

Stenographischer Bericht

Jugendlandtag

XV. Gesetzgebungsperiode – 24. November 2006



Das Präsidium des Landtages Steiermark mit den Mitgliedern der Landesregierung, den Abgeordneten zum Landtag Steiermark und den teilnehmenden Jugendlichen in der Landstube.

Beginn der Sitzung: 24. November 2006, 9.30 Uhr

Präsident Schrittwieser: Ich darf Sie alle recht herzlich zum heutigen **Jugendlandtag**, dem ersten Jugendlandtag in der XV. Gesetzgebungsperiode, begrüßen. Herzlich bedanke ich mich dafür, dass Sie sich bereit erklärt haben, hier in dieser Landtagssitzung mitzuwirken. Ich bedanke mich herzlich, dass Sie gestern bereits einen ganzen Tag in den Ausschüssen die Themen und Beiträge erarbeitet haben und ich bedanke mich auch deshalb, weil wir – diejenigen, die bereits durch demokratische Wahlen in die Politik gewählt sind – meinen, es ist wichtig, dass sich auch junge Menschen hier im Hohen Haus, im Landtag Steiermark, artikulieren, ihre Ideen einbringen können und darüber debattieren. Ich bin überzeugt, es ist wichtig, dass die jungen Menschen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen, dass sie am politischen Geschehen mitwirken. Denn, wie wir es gestern bereits besprochen haben: Wenn Sie als junge Menschen in einer Demokratie sich nicht in das politische Geschehen, in die politische

Entwicklung einbringen, dann werden das andere für Sie tun. Und da glaube ich schon, es ist wichtig, dass man selbst tatkräftig an der Meinungsbildung in unserem Land mitwirkt. Wenn, wie es ja auch über Fernsehen, Rundfunk und Medien immer wieder so berichtet wird, im Parlament gestritten wird, man sich nicht einig ist, man Auseinandersetzungen hat, dann meine ich, das ist wie in einer Familie. Man kann nicht immer gleicher Meinung sein. Darüber muss man dann debattieren und diskutieren. Das ist auch in der Politik so und der Parlamentarismus lebt von der Debatte und von der Diskussion. Daher nochmals herzliche Begrüßung.

Wir haben eine genaue Geschäftsordnung. Sie wissen, dass wir uns für jeden der drei Tagesordnungspunkte ungefähr eine Stunde für die Debatte vorgenommen haben. Ich werde noch im Detail, wie bei einer anderen Landtagssitzung auch, die Formalitäten hier verlesen und berichten, sodass Sie auch sehen, wie hier die Landtagssitzungen, die regelmäßig monatlich stattfinden, ablaufen.

Besonders begrüße ich auch die erschienenen Regierungsmitglieder.

Ich beginne mit der Dame. Unsere Frau Landesrätin Dr. Bettina Vollath ist zuständig für Jugendarbeit und Schulen. Ich darf dich, liebe Bettina Vollath, herzlich begrüßen und bedanke mich für dein Engagement. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Daneben sitzt Herr Landesrat Mag. Helmut Hirt, er ist zuständig für Gesundheit. Gesundheit ist ein Thema, das uns alle bewegt – so lange man so jung ist wie Sie vielleicht weniger. Es kommt aber immer mehr und immer öfter. Ich begrüße also herzlich Herrn Mag. Hirt, herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

An seiner Seite ist der Landesrat für Sport und Umwelt, Herr Ing. Manfred Wegscheider. Lieber Manfred, ich darf dich herzlich hier im Haus begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

Da in den Vorbereitungssitzungen vereinbart wurde, dass nur Abordnungen des Landtages heute hier teilnehmen, so gilt es auch für die Regierungsmitglieder. Als entschuldigt habe ich hier vermerkt Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker, Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, Herrn Landesrat Dr. Christian Buchmann. Er ist entschuldigt, weil er nominiert war, muss ich das berichten, Herr Abgeordneter Ernst Gödl wegen Krankheit.

Ich heiße alle Vertreter der Presse und des Rundfunks herzlich willkommen und ersuche um eine positive Berichterstattung.

Seitens der Fraktionen, meine Damen und Herren, nehmen folgende Abgeordnete im Landtag Steiermark an der heutigen Sitzung teil. Für deren großes Interesse bedanke ich mich. Es sind jene Damen und Herren Abgeordnete, die sich im Landtag immer wieder mit Jugendfragen beschäftigen.

Von der SPÖ begrüße ich die dritte Landtagspräsidentin, Frau Barbara Gross, Frau LTAbsg. Andrea Gessl-Ranftl, Frau LTAbsg. Mag. Dr. Martina Schröck, Herrn LTAbsg. Johannes Schwarz als Jugendsprecher, Herrn LTAbsg. Ewald Persch und Herrn LTAbsg. Klaus KONRAD.

Von der Volkspartei wurden nominiert Herr Klubobmann Mag. Christopher Drexler, Frau LTAbsg. Elisabeth Leitner, der Jugendsprecher der ÖVP, Herr LTAbsg. Bernhard Ederer und Herr LTAbsg. Eduard Hamedl. *(Allgemeiner Beifall)*

Von der KPÖ wurde die Jugendsprecherin, Frau LTAbsg. Claudia Klimt-Weithaler, die ich herzlich willkommen heiße, nominiert. *(Allgemeiner Beifall)*

Von den Grünen wurde Frau LTAbsg. Mag. Edith Zitz nominiert. Sie ist Jugendsprecherin des Grünen Klubs.

Die heutige Sitzung geht auf einen einstimmigen Beschluss des Landtages Steiermark vom 24. Mai 2006 zurück. Ich teile heute, für diejenigen, die gestern nicht dabei waren, mit, dass im Dezember 1992 der erste Jugendlandtag stattgefunden hat. In Entsprechung dieses Beschlusses nehmen folgende Personen am Jugendlandtag teil:

- 28 Teilnehmerinnen/Teilnehmer sowie 28 Ersatzteilnehmer und Ersatzteilnehmerinnen, die über ein öffentliches Ausschreibungsverfahren ermittelt wurden.
- 7 Teilnehmer und Teilnehmerinnen sowie 7 Ersatzteilnehmer und Ersatzteilnehmerinnen aus dem Bereich jugendlicher Lehrlinge bzw. jugendlicher Lehrstellensuchender, die von der ÖGB Jugend Steiermark auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.
- 17 Teilnehmer/Teilnehmerinnen sowie 17 Ersatzteilnehmer/ Ersatzteilnehmerinnen aus dem Bereich der Schüler und Schülerinnen, die von der Landesschüler- und Landesschülerinnenvertretung auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.
- 1 Teilnehmer sowie 1 Ersatzteilnehmer aus dem Bereich des Präsenzdienstes, die vom Soldatensprecher des Militärkommandos Steiermark auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.
- 1 Teilnehmer sowie 1 Ersatzteilnehmer aus dem Bereich des Zivildienstes, die von der Plattform für Zivildienster Steiermark auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.
- 1 Teilnehmer/Teilnehmerin sowie 1 Ersatzteilnehmer/Ersatzteilnehmerin aus dem Bereich der Studenten und Studentinnen, die von der Österreichischen Hochschüler- und Hochschülerinnenschaft auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.

- 1 Teilnehmer/Teilnehmerin sowie 1 Ersatzteilnehmer/Ersatzteilnehmerin aus dem Bereich Jugendlicher mit Migrationshintergrund, die von ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH auf Grund eines vorangegangenen Auswahlverfahrens nominiert wurden.

Die Redezeit der Teilnehmer beträgt 3 Minuten. Ich ersuche die Damen und Herren sowie die Jugendlichen, die hier das Wort ergreifen, sich bitte nach der Geschäftsordnung an diese 3 Minuten zu halten. Ansonsten werde ich mit der Glocke, wie es sonst auch üblich ist, einen Hinweis geben, dass die Redezeit bereits überschritten wird. Ich ersuche Sie, wie es sonst auch der Fall ist, dass man die Geschäftsordnung einhält.

Die Redezeit von Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung, die sich jederzeit und zu jedem Thema zu Worte melden können, das ist auch bei einer normalen Landtagssitzung so, beträgt 6 Minuten. Auch hier ersuche ich die Mitglieder der Landesregierung, sich an diese Redezeit genauestens zu halten.

Den Vorsitz führt der Präsident des Landtages Steiermark. Auch in den anderen Sitzungen des Landtages Steiermark hat der Präsident den Vorsitz und leitet die Sitzung. Er achtet auch darauf – das ist eine Information, – dass die Geschäftsordnung, die sich der Landtag selbst beschlossen hat, eingehalten wird.

Über den Jugendlandtag wird ein stenografischer Bericht durch die Stenografenabteilung verfasst, welcher in CD-ROM Form an alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit einem Gruppenbild ausgegeben wird. Diese Veranstaltung wird auf den Internetseiten des Landes beworben sowie in Ton und Bild übertragen.

Wir sind einer der wenigen Landtage, wo auch der Landtag über Internet übertragen wird. Wenn Sie künftig lesen oder hören, am Dienstag ist eine Landtagssitzung, kann man ab 10.00 Uhr das Internet einschalten und die hier stattfindende Debatte zu Themen, die Sie interessieren, mitverfolgen.

Die Modalität für die Durchführung des Jugendlandtages wurde zwischen allen im Landtag vertretenen Fraktionen in Beratungen des hierfür eingerichteten Unterausschusses festgelegt.

Im Landtag haben wir das Plenum und den Ausschuss. Wenn es Detailberatungen gibt, wird ein Unterausschuss eingesetzt, in welchem alle Fraktionen im Detail ihre Ideen, ihre Vorschläge einbringen. Man versucht, sich zu einigen – wenn es gelingt – oder eine Mehrheit zu finden.

Es ist dies heute der sechste Jugendlandtag. Es haben bereits fünf Jugendlandtage stattgefunden.

Heute wie damals geht die Abhaltung des Jugendlandtages insbesondere auch auf einen Wunsch der Schülervvertretung zurück. Ich sehe darin ein Zeichen, dass für Sie und für jene, die Sie vertreten, die

Geschicke unseres Landes Steiermark wichtig sind. Denn nach den heute aktiven Politikern wird auch die nächste Generation ihre Verantwortung zu übernehmen haben.

Vielleicht findet sich der oder die eine oder andere nach einer demokratischen Wahl auch wieder in dieser Landstube hier.

Dem Landtag kommt unter anderem die wichtige Aufgabe der öffentlichen Meinungsbildung zu. Dazu bedarf es einer öffentlichen Diskussion von Meinung und Gegenmeinung. Die Fähigkeit, am demokratischen Diskurs teilzunehmen, haben die Jugendlichen gestern in unserem Hause schon beeindruckend unter Beweis gestellt.

Am gestrigen Tag fand eine Vorbereitungsveranstaltung - ich bin schon darauf eingegangen - im Landtag Steiermark statt. Daran nahmen etwa 200 Jugendliche aus der ganzen Steiermark teil. In drei Ausschüssen wurden folgende Themen beraten:

1. Der Ausschuss für Jugend und Bildung zum Thema „Gesamt- und Ganztagschulen, Lehrkräfte, Lehrplan, Jugendschutzgesetz, Jugendeinrichtungen und Studiengebühren“.
2. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zum Thema „Rauchen an Schulen, Lehrlingsfonds, Internate, Sucht (Alkohol und Rauchen), Sport, stärkere und strengere Kontrollen vom Arbeitsinspektorat, Berufsinformation – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aufklärung über Rechte und Pflichten des Lehrlings“.
3. Der Ausschuss für Verfassung und Sicherheit zum Thema „Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauches, Bettlereiverbot, Wählen mit 16, Jugendgemeinderat“.

Die heutigen Tagesordnungspunkte 1 bis 3 betreffen die Berichte der Ausschüsse, wobei die gewählten Berichterstatter zuerst ihren Bericht vortragen. Danach werden die Jugendlichen sowie die dafür nominierten Abgeordneten zum Landtag sprechen. Ich weise darauf hin, dass in den Unterlagen sowie beim Direktor des Landtages Steiermark Formulare für Wortmeldungen aufliegen.

Ich bitte, diese zu verwenden. Jeder soll seinen Namen darauf schreiben und von wem er hier in den Jugendlandtag entsandt wurde.

Die Diskussionszeit, das habe ich vorhin erwähnt, wird für jeden Tagesordnungspunkt rund 1 Stunde betragen. Danach, meine Damen und Herren, wenn das der Landtag beschließt –das ist bei einer anderen Landtagssitzung auch so –, wird die Rednerliste geschlossen.

Die Redezeit beträgt für die Damen und Herren des Jugendlandtages sowie für die teilnehmenden Abgeordneten 3 Minuten.

Darüber hinaus steht auch den Regierungsmitgliedern zu sämtlichen Tagesordnungspunkten ein Rederecht mit einer Begrenzung von jeweils 6 Minuten zu.

Ich komme nunmehr zur Tagesordnung. Ich ersuche um Wortmeldung zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

1. Bericht des Ausschusses für Jugend und Bildung zum Thema „Gesamt- und Ganztagschulen, Lehrkräfte, Lehrplan, Jugendschutzgesetz, Jugendeinrichtungen und Studiengebühren“.

Als Berichterstatter wurde nominiert Herr Stefan Bauernhofer. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung. Bitte.

Stefan Bauernhofer (9.42 Uhr): Hohes Landtagspräsidium, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen des Jugendlandtages!

Ich darf euch allen einmal einen recht guten Morgen wünschen. Ich darf mich kurz vorstellen. Ich bin der Bauernhofer Stefan und bin der Berichterstatter des Ausschusses für Jugend und Bildung, welcher folgende Themen behandelt:

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Jugend und Bildung. Betrifft Gesamt- und Ganztagschulen, Lehrkräfte, Lehrplan, Jugendschutzgesetz, Jugendeinrichtungen und Studiengebühren.

Der Ausschuss für Jugend und Bildung hat in seiner Sitzung vom 23. November 2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Gesamt- und Ganztagschule: Bestmögliche Bildung für jeden heißt, ein möglichst breites Spektrum an spezifischen Schultypen anzubieten. Es wird festgestellt, dass es Unterschiede zwischen HS und AHS im ländlichen und städtischen Bereich gibt. Die gemeinsame Gesamtschule der 6 bis 14jährigen wird jedoch nicht als dringend notwendig erachtet, als dass ein sehr gutes Modell vorherrschend ist. Weiters soll die Differenzierung von sozial Schwachen und sozial Starken vermieden werden.

Auf freiwilliger Basis können Eltern und Kinder entscheiden, ob das Kind in eine Ganztagschule geht. Vor allem, wenn beide Eltern berufstätig sind, kann das sehr sinnvoll sein. Bei der Ganztagschule muss natürlich ein Freizeitangebot vorhanden sein. Die Senkung der Klassenschülerzahl ist jedoch definitiv sinnvoll.

Thema Lehrkräfte: Eine intensivere Fortbildung für Lehrer ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um eine Aktualität des Unterrichtes zu gewährleisten. Diese Fortbildung sollte in der Freizeit stattfinden. Weiters sollte bei der Lehrerauswahl mehr auf Pädagogik geachtet werden. Eine gewisse Feedback-Kultur sollte in der Schule Einzug halten. Feedback sollte nicht nur ernst genommen werden, sondern es sollte auch nachhaltige Konsequenzen mit sich bringen. Als letzte Konsequenz sollte man auch vor einer Suspendierung nicht zurückschrecken.

Thema Lehrplan: Praxisbezogene Stunden sollten hinsichtlich des Stundenumfanges intensiver unterrichtet werden. Der Lehrstoff sollte in jedem Fall an etwaige Stundenkürzungen angepasst werden. Weiters sollte mehr Wert auf Politische Bildung und Geschichte gelegt werden. Die Schüler

sollten mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen des Lehrplanes haben. Des Weiteren ist eine Abschaffung des Religionsunterrichtes nicht zu befürworten.

Thema Jugendschutzgesetz: Das Steirische Jugendschutzgesetz soll inhaltlich an das Wiener Jugendschutzgesetz angepasst werden, respektive der Übernahme des Punktes bezüglich der Aufenthaltszeiten. Des Weiteren sollte ein Österreich weit einheitliches Jugendschutzgesetz angestrebt werden. Der illegale Ausschank von alkoholischen Getränken sollte nicht nur strenger kontrolliert, sondern auch nachhaltig sanktioniert werden. Die Altersregelung hinsichtlich Alkoholausschankes sollte unverändert bleiben.

Thema Jugendeinrichtungen: Eine Erweiterung des Angebotes an überparteilichen Jugendzentren mit adäquatem Budget ist anzustreben, dadurch können Jugendliche von „unsinnvollen“ Aktivitäten ferngehalten werden. Weiters sollten Sportplätze und dergleichen (Skaterparks, Beachvolleyballplätze) bei freiem Eintritt forciert werden. Eine Renovierung und Säuberung zur Attraktivierung sollte vor allem bei Spielplätzen erfolgen. Des Weiteren sollte das räumliche Angebot für Musikaktivitäten erweitert werden.

Studiengebühren: Studiengebühren sind für die Qualität der Ausbildung zweckgebunden zu verwenden. Eine Abschaffung bringt nicht nur die Verlängerung der Studienzeit, sondern auch massiven Qualitätsverlust mit sich. Eine Refundierung unter gewissen Umständen sollte jedoch möglich sein. Die Höhe im Allgemeinen wird als adäquat angesehen.

Also am Schluss meiner Rede möchte ich mich noch bei allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit sowie bei unserem Obmann Stefan Jeitler für die konsensuale Vorsitzführung bedanken. Danke sehr. (9.48 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter und komme nun zu den Wortmeldungen. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Walter Posch. Er ist von der Bundeshandelsakademie und Handelsschule Hartberg. Ich erteile ihm das Wort. Die Redezeit beträgt 3 Minuten.

Walter Posch (9.49 Uhr): Liebe Kollegen Abgeordnete, hohe politische Prominenz!

Ich bin gestern in einem Ausschuss „Jugend und Bildung“ gesessen. In einem Ausschuss, in dem die Möglichkeiten, wie man die Qualität der österreichischen Schulen verbessern kann, stark und heftig diskutiert wurde. Die Punkte „Gesamtschule, Ganztangsschule oder Bessere Ausbildung der Lehrer“, diese Punkte wurden stark diskutiert. Jedoch der Punkt „Senkung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25“ wurde mit keinem Wort angesprochen. Und deshalb glaube ich, da dieser Punkt immer präsent und immer wieder diskutiert wird, jetzt präsentiert werden muss.

Die Finanzierbarkeit ist immer wieder ein Punkt, an dem es scheitert, worüber diskutiert wird, welcher auch immer wieder zu Diskussionen führt.

Man muss auch einmal genauer hinsehen. Man muss es aus einer anderen Sicht sehen. Ich möchte jetzt ein Beispiel bringen. In Hartberg, einer ländlichen Stadt mit 7.000 Einwohnern und einem Einzugsgebiet von 25.000 Einwohnern, gibt es eine erste Handelsschule Klasse, in der von 31 Schülern nicht weniger als 16 Ausländer sind. Ich habe nichts gegen Ausländer, denn man muss stark differenzieren zwischen integriert und nicht integriert. Und von diesen 16 Ausländern können 7 keine drei ganzen Sätze auf deutsch sagen. Oder sollen es zwei Sätze sein. Da ist es wohl klar, wenn ein Viertel einer Klasse, fast ein Viertel, nicht deutsch kann, dass ein geregelter Unterricht unmöglich ist. Und das in einer Stadt wie Hartberg mit 7.000 Einwohnern, einem Einzugsgebiet von 25.000 Einwohnern. Da sprechen wir noch nicht von Graz oder Wien und deshalb muss mein Appell lauten: Gegenlenken und nicht Bildung verschenken! Danke! (*Beifall – 9.50 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet über das Thema Gesamtschule hat sich Markus Wagner, BHS Monsbergergasse.

Markus Wagner (*9.51 Uhr*): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Jugendsprecher der Fraktionen, liebe Abgeordnete, wertres Publikum!

Spätestens seit dem allseits bekannten PISA-Desaster ist die Diskussion über unser Bildungssystem wieder aktuell geworden. Die letzte veröffentlichte PISA-Studie hat ganz klar aufgezeigt, dass wir in Österreich im letzten Jahrzehnt die Entwicklung in der Bildungspolitik absolut verschlafen haben. Während vor allem in den skandinavischen Ländern ein progressiver Bildungsweg eingeschlagen wurde, der den gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte entspricht, hat man sich in Österreich darauf ausgeruht, dass man in Zeiten, wo halb Europa im Wiederaufbau nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg stand, eines der besten Bildungssysteme hatte. Statt diesen ungeheuren Vorteil der Vergangenheit zu nützen, als bildungspolitisches Vorbild Europas zu gelten, hat man sich erstmals darauf ausgeruht und den Stillstand propagiert. Es ist aber auch allseits bekannt, dass Stillstand zugleich Rückschritt bedeutet. Während wir im hundertjährigen Dornröschenschlaf immer noch auf den Prinzen warten, der uns aus diesem Koma wach küsst, ist aus der Saat, die in anderen Ländern ausgestreut wurde, längst eine blühende Pflanze geworden. Eine Nebenwirkung dieses Dornröschenschlafes ist auch die Angst vor Veränderung, die sich gestern auch im Ausschuss breit gemacht hat.

Finnland hat es vorgezeigt, dass man mit einer ganztägigen Gesamtschule ein hervorragendes Bildungssystem erreichen kann. Eine Annäherung an dieses System würde natürlich auch eine Veränderung der Lernmethoden, die wir von klein auf gelernt haben, bedeuten. Anstatt diese Herausforderung anzunehmen, lehnt man sich lieber im Sessel zurück und versucht Alibi-Veränderungen herbeizuführen. So wurde das System der Ganztagschule von vielen hier im steirischen Jugendlandtag immer noch nicht verstanden. Wenn man von der Ganztagschule spricht,

reden die meisten von einer Schule mit Nachmittagsbetreuung. Eine Ganztagschule soll aber kein Nachmittagskindergarten für junge Menschen im Schulalter sein, sondern durch bessere Aufteilung der Lerneinheiten auch einen besseren Lernerfolg garantieren. Somit wurde gestern im Ausschuss über die Thematik Ganztagschule am Thema vorbeigeredet. Der hier vorliegende Antrag würde bedeuten, dass das vorherrschende Bildungssystem, welches bei weitem nicht perfekt ist, durch zusätzliche Selektierung verkompliziert wird. Daher werde ich diesem Antrag nicht zustimmen und hoffe, dass ich zahlreiche Mitstreiter und Mitstreiterinnen für mein Anliegen finden werde. *(Beifall – 9.54 Uhr)*

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist zum Thema Berufsschulinternate die Christa Reinisch. Sie ist Landessprecherin und Vizebundessprecherin für Steinmetz, Landesberufsschule V in Graz.

(Christa Reinisch: „Zu diesem Punkt wollte ich mich nicht melden.“)

Die Wortmeldungen werden so aufgerufen, wie sie bei mir abgegeben werden. Aber Sie können auch zurückziehen und sich später melden.

(Christa Reinisch: „Ich ziehe zurück.“)

Okay. Als Nächste zu Wort gemeldet ist dann über Studiengebühren Frau Dagmar Ehrenhöfer, nominiert von der LSV Steiermark aus Hartberg. Bitte.

Dagmar Ehrenhöfer *(9.55 Uhr):* Liebe Jugendlandtagsabgeordnete, liebe Vertreter der Landesregierung, geschätztes Landtagspräsidium!

Ich möchte mich zum Thema Studiengebühren äußern. Vorwegnehmend möchte ich dazu sagen, dass ich anfangs den Studiengebühren auch skeptisch gegenübergestanden bin. Durch eine nähere Auseinandersetzung mit dem Thema wurde mir bewusst, dass Studiengebühren viele Vorteile haben. Einer dieser Vorteile wäre die besser Qualität der Studien.

Wenn Studiengebühren beibehalten werden, dann nehmen die Studenten ihr Studium ernster, es gibt weniger Dauerstudenten, die willigen Studenten, die in der Mindestzeit fertig werden möchten, die Studienplätze wegnehmen. Weiters würde eine Abschaffung eine Verlängerung der Studienzzeit bringen. Dies würde auch einen Qualitätsverlust mit sich bringen. Die Höhe im Allgemeinen wurde in unserem Ausschuss für adäquat befunden.

Zirka 363 Euro sind für den Großteil leistbar. Auch für sozial schwächer Gestellte sollte eine Studiengebühr keine Minderung an Bildung heißen. Für sozial schwächer Gestellte gibt es, wie erwähnt, Studienbeihilfen, die beantragt werden könne. Für sehr fleißige Studenten mit gutem Notendurchschnitt wäre auch ein Stipendium eine Option.

Ich möchte auch erwähnen, dass das Geld jedoch zur Verbesserung der Unis adäquat eingesetzt werden sollte. Wenn die Studiengebühren beibehalten werden sollen, dann ich bin dafür, dass dieses

Geld auch für die Unis verwendet wird. Man muss überfüllten Hörsälen entgegentreten und den Studenten ein besseres effizientes Arbeiten ermöglichen.

Auch wenn die Studiengebühren am Anfang als Belastung für das Studentenleben erscheinen, so sind sie längerfristig doch die bessere Lösung für einen positiven Studienabschluss.

Danke schön! (*Beifall – 9.57 Uhr*)

Präsident: Ich bedanke mich für die Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Handan Özbas, Schülerin der HAK Grazbachgasse. Ich erteile das Wort.

Handan Özbas (9.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Abgeordnete zum steirischen Jugendlandtag, liebe Gäste!

Zeige mir Deine Eltern und ich sage Dir Deine Bildung! In Österreich leben mehr als eine halbe Millionen Menschen unter der Armutsgrenze. Durch die Einführung der Studiengebühren können sich Jugendliche aus Arbeiterfamilien, vor allem jene mit niedrigem Einkommen und weiteren unteren Gesellschaftsschichten ein Studium nur sehr selten leisten. Aufgrund zahlreicher, ohnehin schon bestehender Barrieren, können sozial benachteiligte Menschen, die sich immerhin schon schwierig genug tun, sehr schwer zu einer Bildung gelangen. Die Studiengebühren sind eine weitere Barriere, die den Zugang zu unserem Bildungssystem noch zusätzlich erschweren. Diese jungen Menschen, die sich ein Studium nur noch neben einer Vollzeitberufstätigkeit leisten können, werden dadurch zusätzlich belastet. Die Spirale, die man schon beinahe als Teufelskreis bezeichnen könnte, dreht sich immer weiter. Durch die vermehrte Belastung in der Arbeitswelt und der Degradierung zum Nebenerwerbsstudenten bauen sich weitere Barrieren auf. Durch die Doppelbelastung bleibt natürlich auch weniger Zeit für das Studium, wodurch sich zumeist auch die Studienzeit verlängert. Dadurch entstehen allerdings von Semester zu Semester Kosten wie Miete, Bücher etc. und die Zeit der Ausübung des Berufes nach abgeschlossener Ausbildung verkürzt sich.

Sollte sich heute der steirische Jugendlandtag für den Antrag der Beibehaltung der Studiengebühren entschließen, dann sollten sich jene Kolleginnen und Kollegen auch bewusst sein, dass damit der politische Weg zurück in das Mittelalter in der Bildung in den elitären Schichten der Bevölkerung forciert wird.

Da wir aber im 21. Jahrhundert leben, appelliere ich an euch Abgeordnete und Abgeordnetinnen und bitte, diesen Antrag abzulehnen.

Zu dem ersten Herrn möchte ich nur sagen, dass von wegen, dass anscheinend Ausländer keine drei Sätze schreiben können, dies so ein Blödsinn ist – echt. Das war rassistisch von dir.

(*Allgemeiner Beifall – 10.01 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet zum Thema Gesamtschule ist Herr Felix Schotter. Er ist Schulsprecher, LSU-Mitglied, Pressereferent des LSU und kommt von der HAK Grazbachgasse.

Ich ersuche, meine Damen und Herren, dass bei den Wortmeldungen möglichst so geschrieben wird, dass ich das gut lesen kann. Bei einigen Wortmeldungen ist es nicht so gut sichtbar. Ich ersuche daher bitte, damit es hier zu keinen Versprechern kommt, gut lesbar zu schreiben. Bitte.

Felix Schotter (10.02 Uhr): Herr Präsident, hohe Landesräte, versammelter Landtag!

Ich muss bitte auf meinen Vor-Vorredner ad hoc reden, Thema Gesamtschule, Thema Ganztagschule und es enttäuscht mich. Ich bin jetzt 17 Jahre, gehe in die 4. Klasse HAK-Grazbachgasse. Ich habe in der Schule schon viel mitgemacht und es enttäuscht mich einfach, dass wir jetzt über etwas, was uns nicht mehr betreffen wird, abstimmen wollen, indem man eigentlich unsere zukünftigen Kinder in „Gefängnisse“ steckt. Denn nichts anderes ist – bitte – die Ganztagschule.

Ich sage immer – auf die Gesamtschule werde ich noch näher eingehen, das ist ein anderes Thema – die Ganztagschule ist ein reines Gefängnis. (*Starker allgemeiner Beifall*) Ich meine, ich bin selbst – ich muss ganz ehrlich sagen – 3 Jahre im Abteigymnasium Seckau zur Schule gegangen. Diese wird eigentlich ganztägig geführt, nur ist es eine Internatsschule – ja. Nachdem ich dort den ganzen Tag verbringe und auch dort schlafe, fällt es nicht auf, dass ich von 8 bis 17 Uhr in der Schule bin – ja. Die Schule ist 3 Minuten vom Internat entfernt. Jedoch auch hier hat man Probleme gesehen.

Es hat immer wieder Probleme mit dem Essen gegeben. Essen aus Großküchen ist zum Beispiel absolut schlecht. Das kann jeder bestätigen. Essen daheim ist viel besser. Das sind einfach Probleme, die man nicht zu bewältigen weiß.

Man kommt hier mit Ansätzen, man sagt „Ganztagschule“, die Eltern sollen mehr Zeit haben, die Eltern sollen arbeiten gehen, das Kind soll nicht allein daheim sein. Ich meine aber, bitte: Wohin geht unsere Gesellschaft, wenn es darum geht, wo wir unsere Kinder „hin stecken“ – ja? Es geht vielmehr darum, wer mein Kind erzieht. Das soll nicht der Lehrer sein. Das soll ich sein oder meine Frau – ja, die Mutter meines Kindes. Deswegen ist die Ganztagschule absoluter Blödsinn, um es einmal so auszudrücken.

Nach meiner Meinung sind Lehrer nicht qualifiziertes Fachpersonal für die Erziehung der Kinder. Und wenn man jetzt Jugendliche, so mit unter 15 Jahren, die noch erzogen werden können, in diese Ganztagschulen hineinsteckt, werden sie dort erzogen. Sie werden dort nicht nur gebildet, sie werden dort erzogen. Diese Erziehung sollte eigentlich in den eigenen vier Wänden stattfinden und ist nicht Aufgabe des österreichischen Schulsystems. (*Allgemeiner Beifall unter den Abgeordneten und im Publikum*)

Thema Gesamtschule: Ein Thema, mit dem ich mich noch eher anfreunden könnte, was ich aber trotzdem nicht tue. Es gibt hier einfach Punkte, die mir nicht gefallen. Gesamtschule heißt

Zentralisierung. Zentralisierung heißt Riesenschulen – ja. Das heißt, ich gehe von einer Gesamtschule mit locker dreitausend Schülern aus. Man rechnet zusammen Kindergarten, Volksschule, Hauptschule, Gymnasium oder wie man das halt lösen will, eventuell mit einer Neuen Mittelschule – keine Ahnung – und Oberstufe. Da hat man dann bis zu dreitausend Schüler darin. Man kennt keinen mehr und ich kann nur eines sagen: Es ist doch das Schönste in der Volksschule, wenn man jeden kennt. Man hat einfach Kindheitserfahrungen in so kleinen Schulen – und Volksschulen sind meistens klein, – die man sonst nicht mitnehmen kann. Ich denke, jeder von uns wird mit einem Schulwechsel erfahrener und erwachsener. In diesem Moment, in dem ich meine „heile Welt“ Volksschule verlassen habe müssen und in das Gymnasium gegangen bin, ist am Anfang eine Welt zusammengebrochen. Aber ich habe neue Leute, ich habe neue Perspektiven kennen gelernt. Ich habe gelernt, Mensch zu sein. Genauso war es beim Umstieg in die HAK. Wenn ich das gesamtheitlich mache, dass es nur mehr eine Schule ist, geht genau dieser Schritt verloren.

Was noch das größere Problem meiner Meinung nach ist, ich zum Beispiel als Fahrschüler mit 20 km Schulweg: Ich kann mir im Prinzip nicht mehr die Schule aussuchen. Die Schulen werden derartig zentralisiert, es gibt nur mehr in den Großstädten riesige Schulen, wenn man das wirklich gesamtheitlich durchführt. Diese kleinen Schulen wie Gymnasium mit 200 Schülern oder HLWs mit 180 Schülern fallen einfach weg. Sie werden zentralisiert und das ist einfach nicht tragbar. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall – 10.05 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Andreas Zenz, Vertreter der Studenten für Umwelt-, Systemwissenschaften und Betriebswirtschaft. Ich bitte um die Ausführungen.

Andreas Zenz (10.05): Hohes Landtagspräsidium, Abgeordnete des Jugendlandtages!

Ich referiere jetzt über Studiengebühren, für die ich generell bin. Derzeit belaufen sich die Studiengebühren auf 363,36 Euro. Allerdings bekommt man diese ziemlich einfach durch die Studienbeihilfe zurück. Man muss ein Minimum an Leistung erbringen, damit man die Studiengebühren wieder zurückbekommt. Außerdem gibt es Stipendien für sehr Fleißige, wie wir vorhin schon gehört haben.

Die Universitäten bieten einen Großteil an Ausbildungsmöglichkeiten, so kann man nebenbei noch andere Fächer belegen, wo man sich zum Beispiel in Sprachen weiterbilden kann. Lehrsäle werden durch die Studiengebühren größer und auch moderner ausgestattet.

Wie es derzeit aussieht, ist die ÖVP für die Studiengebühr und auch die SPÖ hat sich gestern, Josef Broukal hat sich gestern dafür auch ausgesprochen. Ich zitiere die Presse von heute: „Im Wahlkampf verspricht die SPÖ noch lautstark deren Abschaffung, jetzt liefert sie selber Vorschläge, wie man diese Versprechen am besten umgeht.“ (*LTA*bg. Persch: „Das stimmt nicht.“) Das steht heute in der Presse und das (*Allgemeiner Beifall*) hat die rot-grüne Studentenvertretung gesagt. OK.

Weiters, Josef Broukal hatte überlegt, dass die Studiengebühr von 363,36 Euro unter einer neuen SP-geführten Regierung doch beibehalten werden könnte. Das ist auch heute in der Presse gestanden. Gestern hat die Presse geschrieben, also ich zitiere wieder die Presse von heute: „Am Mittwoch war von SPÖ und VP-Seite signalisiert worden, man könnte sich darauf einigen, dass die Gebühren bleiben, dafür aber die Stipendien für bedürftige Studenten erhöht werden.“ – Donnerstagsausgabe der Presse. Generell sieht es so aus, dass die Regierung derzeit nicht für die Abschaffung der Studiengebühr ist, was auch eine Beibehaltung der Förderung von Universitäten und auch der Erweiterung von Ausbildungsmöglichkeiten bietet. Deshalb plädiere ich für die Studiengebühren. Danke. (*Allgemeiner Beifall – 10.08 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet zum Thema Bildung/Jugend ist Stefan Jeitler, Obmann des Ausschusses Landesschulsprecher BHS-Bereich. Bitte.

Stefan Jeitler (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, vor allem liebe Mitglieder des Jugendlandtages!

Sie haben gehört, mein Name ist Stefan Jeitler, ich bin 18 Jahre, Schüler der HAK-Hartberg und Landesschulsprecher der Steiermark für den BHS-Bereich.

Bevor ich zum Thema Schule, welches in meinen Bereich, den BHS-Bereich fällt, Stellung nehme, möchte ich als Freund für den angesprochenen Herrn im roten Pullover kurz Stellung nehmen: Rassismus, liebe Anwesende, ist etwas Schreckliches. Rassismus ist zu verurteilen, diskriminiert Leute und sollte in einer angenommenen Gesellschaft keinen Platz mehr haben. (*Allgemeiner Beifall*) Ich lasse in diesem Raum nicht zu, dass man ungerechtfertigtermaßen einen Freund von mir, den ich seit 4 Jahren kenne, der definitiv kein Rassist ist, öffentlich als Rassist bezeichnet, nur weil er Tatsachen auf den Tisch legt, aber sicher niemanden diskriminieren wollte. Bitte, bevor Sie das nächste Mal jemanden als Rassisten bezeichnen, hören Sie auf seine Worte und hören Sie darauf, was er damit sagen will. Danke so weit. (*Allgemeiner Beifall*)

Aber ich möchte zu einem zweiten Thema Stellung nehmen: Wenn man den Bericht unseres Ausschusses, dem ich gestern als Obmann dienen durfte, durchliest, wird man unter dem Punkt „Lehrplan“ die Forderung nach verstärktem Einsatz von politischer Bildung in den Schulen sehen. Dieser Punkt, unabhängig von der politischen Gesinnung aller Mitglieder des Ausschusses, war einer, über den große Übereinstimmung herrschte.

Frau Landesrätin Vollath, ich habe eine direkte Frage an Sie: Sie können sich sicher erinnern, vor zirka 3 Monaten, im September, hat die Landesschülervertretung der Steiermark ein Projekt zur politischen Partizipation betreffend Nationalratswahl eingereicht. Es war sehr kurzfristig, von sehr vielen, ich bezeichne es einmal als Pannen und unglücklichen Situationen geprägt, aber dennoch war es ein Projekt, weil es in den letzten Jahren immer Tradition war, wenn es Wahlen in Österreich

gegeben hat. Ich möchte nicht in einen Wahlkampf verfallen. Aber wir haben gehofft, dass dieses Klischee der Landesschülervertretung, welches in SPÖ-Kreisen herrscht, sie wäre so ÖVP nahe, so konservativ und so weiter, abgelegt wird. Ich gebe mein Wort darauf, dass wir unabhängig und überparteilich agieren. Da können Sie jeden fragen.

Ich frage Sie aber trotzdem (*Allgemeiner Beifall*): Warum war es für Sie nicht sinnvoll, ein Projekt zur Partizipation junger Menschen, von Erstwählern, von 3.500 betroffenen Erstwählern in der Steiermark, nicht mit weniger Mitteln zu fördern als es Ihre Vorgängerin Mag. Edlinger-Ploder getan hat? Ich darf darauf hinweisen, dass dieses Projekt nur deshalb durchführbar war, aufgrund dessen, dass einige Landesschülervertretungsmitglieder unter großem privatem und finanziellem Einsatz dieses Projekt auf die Beine gestellt haben. Weil wir der Meinung sind, dass politische Bildung auch Mitsprachemöglichkeiten offen halten soll. Für Mitsprache unter Jugendlichen und für ein Wahlverhalten ab 16 Jahre braucht man das nötige Hintergrundwissen. (*Allgemeiner Beifall*) Genau deshalb erwarte ich von Ihnen, Frau Landesrätin ... (*Glockenzeichen des Präsidenten*) ... mein letzter Satz, erwarte ich von Ihnen Frau Landesrätin, dass Sie vielleicht auch in Zukunft das Gespräch zu uns suchen, um vielleicht ein gemeinsames, genau so nachhaltiges Projekt zum Wohl der steirischen Schüler, aber vor allem der steirischen Jugend zu finden. Danke vielmals. (*Beifall – 10.11 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächste zum Thema Studiengebühren gemeldet ist Nathalie Schadler. Sie kommt vom Gymnasium Sacré Coeur und ist LSV-Mitglied.

Nathalie Schadler (10.11 Uhr): Sehr geehrte Abgeordnete!

Ich würde gerne kurz über die Studiengebühren sprechen. Und zwar geht Österreich aus diversen Studien im internationalen Vergleich eher ein bisschen weiter hinten angesiedelt hervor, im Bereich des Niveaus unserer Universitäten oder auch in Bereich des Niveaus der Schulbildung – angeblich. Wir reden zwar viel darüber, dass das Niveau einer Schule gesteigert gehört, aber wir müssen auch schauen, dass unsere Universitäten endlich in den internationalen Rankings aufsteigen. Auffällig ist, dass die ganzen Universitäten, die diese Rankings anführen, alle Studiengebühren einheben. In Großbritannien ist seit dem Beginn der Einhebung von Studiengebühren Anfang der Neunzigerjahre das Niveau an den Unis sehr hoch gestiegen und es hat sich verbessert.

Ich glaube, dass das Geld, das durch Studiengebühren frei wird, verwendet gehört, um das Niveau zu steigern, das heißt, dass das Geld, das wir investieren müssten, um eine Abschaffung zu finanzieren, zusätzlich freigemacht gehört, um das Niveau zu steigern.

Und es ist selbstverständlich notwendig, mehr Wege und bessere Wege zu finden, sozial Schwache zu unterstützen, um an einem Studium teilzunehmen.

Aber ich bin auch nicht dafür, dass die Gesellschaft für Dauerstudenten aufkommen muss. Man muss auch anmerken, dass die Leute, die studieren, später im Durchschnitt ein höheres Einkommen haben.

Und dass es nicht sein soll, dass die Gesellschaft dafür aufkommt, dass jemand – keine Ahnung – 10 Jahre studiert und dann vielleicht später aber mehr verdient, als jemand, der über die Steuern sein Studium finanziert hat.

Ich bin dafür, dass es mehr leistungsbezogene Stipendien gibt. Denn auch auffällig ist, dass die Länder, zum Beispiel USA und Großbritannien, die diverse Universitätsrankings anführen, viel stärker leistungsbezogen agieren an den Universitäten. Danke. *(Beifall – 10.14 Uhr)*

Präsident: Danke für die Wortmeldung, als Nächster zu Wort gemeldet: Sven Lackinger, LSV, stellvertretender Seminarreferent, BRG Lichtenfels.

Sven Lackinger *(10.15 Uhr):* Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich ebenfalls zum Thema Gesamtschule und Ganztagschule äußern, da es mir persönlich einfach ein Dorn im Auge ist, dass die Individualität der einzelnen Lebewesen, der einzelnen Jugendlichen, nicht gefördert werden soll. Es ist für jeden klar, dass jemand am Nachmittag andere Interessen ausleben will als in die Schule zu gehen und den gesamten gleichen Unterricht zu haben, wie andere Mitschüler. Es hat jeder andere Interessen. Das nur zum Persönlichen.

Was viel wichtiger ist und das Ganze absolut unmöglich macht, ist die Infrastruktur. Es ist unmöglich, jeden in die Gebäude aufzuteilen; es ist unmöglich, Nachmittagsbetreuungsstätten einzurichten; es ist unmöglich Küchen einzurichten, die diese Schüler alle versorgen können. Der Platz ist einfach nicht vorhanden.

Was ich jedoch befürworte, wie es auch im Antrag steht, ist eine freiwillige Nachmittagsbetreuung, die auf Wunsch der Eltern eingerichtet werden sollte, so wie es zum Beispiel auch bei uns in der Schule der Fall ist.

Was ebenso die Individualität der einzelnen Schüler gefährdet, ist eindeutig die Gesamtschule. Es gibt lernstarke und lernschwache Schüler – bzw. Menschen, die besser lernen und Menschen, die weniger gut sich Dinge merken können. Anstatt diese individuell zu fördern, wird versucht, sie alle in einen Topf zu werfen. Das führt dazu, dass die Schlechten noch schlechter werden und die Besseren ebenso Probleme in der Schule bekommen. Diese alle in einen Topf zu werfen, ist für mich keine Lösung.

Weiters, wie schon vorher erwähnt, ist die Aufteilung der Gebäude und die Ausbildung der Lehrkräfte für diese neue Gesamtschule einfach unmöglich. Es müssten alle Lehrer neu geschult werden. Das ist finanziell und auch politisch unmöglich.

Soviel dazu. Danke. *(Beifall – 10.17 Uhr)*

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Ulrich Pieper, Mitglied des LSV, Schulsprecher des Abteigymnasiums Seckau.

Ulrich Pieper (10.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Abgeordnete!

Ich möchte mich ganz kurz dem Sven noch einmal anschließen, noch ein paar Worte sagen, vielleicht auch einen kurzen Erfahrungsbericht dazu abgeben.

Ich bin der Ulrich Pieper, bin zur Zeit Schulsprecher im Abteigymnasium Seckau und habe ein Jahr im Ausland verbracht – in Spanien. Dort gibt es so eine Gesamtschule, ähnlich wie das Projekt hier. Deswegen kann ich vielleicht ein bisschen aus Erfahrung sprechen und vielleicht das Ganze in einem neuen Licht sehen.

Es war damals so, dass wir alle in einer Klasse waren. In dieser waren Schüler, die sicher schon dreimal sitzen geblieben sind, die waren schon achtzehn und es waren Schüler in dieser Klasse, die hatten immer einen Notendurchschnitt von 1,0. Das bedeutet, dass das Niveau, die Spanne zwischen verschiedenen Schülern so sehr auseinander klappte, dass es dem Lehrer praktisch unmöglich war, auf die einzelnen Schüler einzugehen. Der Lehrer konnte entweder die schlechten Schüler fördern oder auf die guten Schüler Rücksicht nehmen. Wenn er die schlechten Schüler gefördert hat, wurden die Guten unterfordert. Wenn die Guten gefördert wurden, dann hatten die Schlechten keine Chance mitzukommen. Sprich, wie er es gemacht hat, ist es falsch gewesen. Deswegen bin ich stark dafür, eine Gesamtschule zu verhindern.

Was ich vielmehr fordern würde, wäre eine bessere Ausbildung für Hauptschullehrer, wodurch diese vermehrt auf die Entwicklung und auf die Schwächen der Schüler eingehen können. Damit kann erreicht werden, dass schlechte Schüler gefördert werden und gute Schüler ebenfalls. Aber wenn ich alle in einen Topf werfe, hat der Lehrer eine unmögliche Aufgabe, die er nicht bewältigen kann. Wenn die Hauptschullehrer gut ausgebildet sind, kann auch eine Hauptschule eine sehr positive Entwicklung geben. Dankeschön. (Beifall – 10.19 Uhr)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet, das habe ich gerade bekommen, ist jetzt Florian Braunstein, Gesamtschule, Regionalreferent der Landesschülervertretung BRG Weiz. Ich bitte um die Ausführungen.

Florian Braunstein (10.19 Uhr): Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung und sehr geehrte Abgeordnete zum Jugendlandtag!

Ich möchte kurz zur PISA-Studie Stellung nehmen. Natürlich wird jetzt gesagt, Österreich schneidet schlecht ab bei dieser PISA-Studie. Die ganze Zeit höre ich nur PISA, PISA, PISA, aber schauen wir nach Deutschland. Welcher Schultyp hat besser abgeschnitten? Das Gymnasium oder die Gesamtschule? Die Gesamtschule ist dort nicht gut davongekommen. Zu Finnland – weil Finnland geistert ungefähr gleich oft wie dieser „Hai“ PISA-Studie in unserer Medienlandschaft auf – nämlich,

wie manche wissen, Finnland hat zwar die best-ausgebildetsten Schüler auch die best-ausgebildetste Jugendarbeitslosigkeitsrate, weil die meisten Jugendarbeitslosen in Finnland sind.

Zu den Klassenschülerhöchstzahlen: Natürlich kann ein besserer Unterricht stattfinden, wenn man jetzt sagt, 25 Schüler oder 26 Schüler maximal in einer Klasse, aber ich sehe es an meiner Schule dem BG Weiz. Wir haben keinen Platz. Wo sollen die Schüler sitzen? Wir haben letztes Mal überlegt, sollen wir ins Gasthaus gehen, das hat jetzt schön ausgebaut, wo sollen unsere Schüler sitzen? Das muss unbedingt in diese Überlegung mit einfließen.

Noch zu den Lehrern. Es gibt teils untragbare Lehrkräfte in steirischen und auch in österreichischen Schulen. Es gibt Lehrer, die trinken und das weiß man. Solche Lehrer müssen suspendiert werden. *(Beifall)*

Weiters noch zu diesen Lehrern, es wäre sinnvoll, wenn es auch hier ein Konkurrenzdenken gäbe, damit der beste Lehrer für dieses Amt genommen wird und nicht der, wo die Mutter dort unterrichtet et cetera. Danke! *(Beifall – 10.21 Uhr)*

Präsident: Ich danke.

Als vorerst letzte Wortmeldung für diesen Tagesordnungspunkt – bevor die Regierungsmitglieder das Wort ergreifen – liegt mir vor für die Berufsschulinternate Christa Reinisch, Landessprecherin, Vizebundessprecherin Steinmetz.

(Christa Reinisch: „Nein, bitte beim nächsten Ausschuss. Ich habe nur vorher schon die Wortmeldung abgegeben.“)

Ich habe gedacht, zu diesem Punkt als Letzte. Okay. Dann kommen Sie zum Ausschuss zwei? *(Christa Reinisch: „Ja, genau.“)*

Gut dann kommen wir zu den Statements der Landesregierungsmitglieder und ich ersuche die für Bildung und Schule verantwortliche Landesrätin Frau Dr. Vollath um ihren Beitrag. Die Redezeit beträgt sechs Minuten.

Landesrätin Dr. Vollath *(10.22 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kollege, sehr geehrte Abgeordnete!

Als erstes danke ich einmal für die sehr zivilisiert und engagiert abgeführte Debatte. Mir ist es wesentlich, dass sich Jugendliche aus unserem Land zu Wort melden und ich stehe hinter diesem Jugendlandtag, weil ich gerne wissen möchte, wie die Stimmung bei unserer Jugend insgesamt ist, ein Stimmungsbild praktisch abfragen. Es sind Themen zur Sprache gekommen, die gerade Sie alle derzeit ganz, ganz wesentlich betreffen, nämlich unser Bildungssystem. Ich werde mich jetzt auch an die Untergliederung halten und auf die einzelnen Punkte Bezug nehmen.

Zuerst die Gesamtschule: Aus dem Bericht der gestrigen Ausschüsse hat sich ergeben, dass eine gemeinsame Gesamtschule der Sechs- bis Vierzehnjährigen als nicht zwingend notwendig erachtet wird. Auf der anderen Seite wird aber gefordert, dass eine Differenzierung, eine weitere Differenzierung von sozial Schwachen und sozial Starken nicht erfolgen soll. Diese beiden Forderungen nebeneinander erscheinen mir sehr paradox. Das ist so ähnlich wie, ich würde fordern, ich möchte ein leises Rock-Konzert hören oder ich würde gerne einen schwarzen Schimmel reiten. *(Beifall)*

Es lässt sich nicht vereinbaren, ein Schulsystem, das nach außen hin differenziert, wo man eine Differenzierung in der senkrechten Art und Weise vornimmt, dass man die besten zusammenfasst, das, was hier nicht „oben“ mitkommt, in einer nächsten Gruppe und dann noch in einer dritten Gruppe. Weil was passiert dann? Wir haben in den einzelnen Schulen nicht mehr das Abbild unserer Gesellschaft, sondern eben aussortiert. Das heißt aber auch, dass in diesem System, wo so aussortiert wird, einzelne ganz massiv zurückbleiben. Sie alle haben die Ergebnisse von der PISA-Studie mitbekommen, unser Bildungssystem ist dafür verantwortlich, dass ein Fünftel, 20 Prozent derjenigen, die unser Bildungssystem verlassen, funktionale Analphabeten sind. Das heißt, nach ihrer Pflichtschulzeit nicht Sinn erfassend lesen können. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Denn was passiert mit diesen 20 Prozent der jungen Leute? Sie werden nicht in der Lage sein, in unsere Arbeitswelt eingegliedert zu werden. Wir alle wissen, wie die Berufe heutzutage ausschauen. Ohne Computer geht fast nichts mehr, das heißt, Sinn erfassendes Lesekönnen ist nahezu in allen Berufen notwendig. Die Hilfsarbeiten, die früher für solche Schulabgänger zur Verfügung gestanden sind, werden in den nächsten Jahren aus unserer Arbeitswelt vollkommen verschwinden. Das heißt, es ist nicht wesentlich, wie gute Abgänger in einzelnen Elite-Schulen „erzeugt“ werden können, sondern es ist wesentlich, wie gut unsere Gesellschaft insgesamt ist. *(Beifall)*

Es geht hier nicht um Ideologie, sondern um wissenschaftliche Studien, die ganz eindeutig belegen, dass ein Schulsystem, in dem alle gemeinsam unterrichtet werden – mit einer guten inneren Differenzierung, die auf die Leistungsfähigkeit von den einzelnen jungen Menschen abzielt –, dass solch ein Bildungssystem alle miteinander auf ein höheres Niveau bringen kann und es werden nicht die Besten daran gehindert, weiter die Besten zu sein. Aber es werden sehr wohl die Schwächsten auf ein höheres Niveau mitgenommen werden können, nämlich auf das Niveau, das für sie persönlich passt.

Ganztageschule: Ich war sehr nachdenklich, wie ich gesehen habe, dass viele junge, selbstbewusste Frauen, die hier sitzen, einem Redner Beifall zollen, der eigentlich nichts anderes fordert, als dass wir in eine Gesellschaft zurückkehren sollen, die wir vor fünfzig, sechzig Jahren in Österreich hatten. *(Beifall)*

Bitte bedenken Sie, Errungenschaften wie das Frauenwahlrecht, das, glaube ich, für Sie selbstverständlich ist, haben wir noch nicht einmal hundert Jahre in Österreich – seit 1919. Wir haben jetzt das Jahr 2006, es ist keine hundert Jahre her.

Das heißt, diese Gesellschaft, wo es ganz selbstverständlich war, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben, wie die Männer, nicht das Recht haben, sich an unserer Gesellschaft inhaltlich wirklich einzubringen, sondern dazu benutzt wurden, einfach für die Kinder da zu sein und für sonst nichts und zwar wirklich nichts – das ist noch relativ jung in unserer Gesellschaft, dass wir uns davon abwenden.

Ich würde junge Frauen bitten, wirklich kritisch Meinungen, die ihnen nahe getragen werden, zu hinterfragen, dass sie sich ihr eigenes Leben in Hinkunft vorstellen. Wie möchte ich leben? Möchte ich an dieser Gesellschaft teilnehmen? Vielleicht in einer Position, wo ich auch einmal etwas mitzureden habe, wie es mit unserer Politik weiter geht, worauf unsere Wirtschaft in Hinkunft Wert legt. Da zähle ich auf die jungen Frauen in unserer Gesellschaft, dass sie sich kritisch auseinandersetzen.

Warum ich darauf komme, ist die Ganztageschule. Es geht nicht darum, am Nachmittag Kinder irgendwo aufzubewahren. Es geht darum, ein Schulsystem zu haben, wo Kinder in der Schule dorthin geführt werden, wo sie hinkommen können und ein Schulsystem sich nicht selbstverständlich darauf verlässt, dass junge Mütter zu Hause parat stehen, ihre Kinder in Empfang nehmen und Scharten zu Hause am Nachmittag „auswetzen“, die das Bildungssystem verursacht hat. (*Allgemeiner Beifall*) Wir brauchen ein Bildungssystem, das jungen Frauen ermöglicht, ihre Frau im Beruf zu stellen, das Frauen ermöglicht, an unserer Gesellschaft aktiv teilzunehmen und wo Frauen sich dafür entscheiden können: „Ja, ich will das und ich will auch Kinder“, und – die das bestens miteinander vereinbaren können. Das wird nur gehen, wenn wir ganztägige Schulformen haben, wo es nicht darum geht, dass am Vormittag in 50minütigen Einheiten Unterricht hineingepresst und am Nachmittag „kindergartenmäßig“ betreut wird, sondern wo es Unterricht, Freizeiten, Lernzeiten in einer Abfolge über den Tag gibt und wo Kinder – da sind wir bei der gesunden Ernährung – ein gesundes Mittagessen auch in der Schule bekommen. Das mit den Großküchen ist längst überholt. Zentralküchen können sehr gut kochen. Wo Kinder nicht nach Hause kommen in einen Haushalt, wo niemand da ist, wo sie der Pizza und den Pommes Frites aus der Tiefkühltruhe überlassen sind und am Nachmittag dem Computer oder der Straße. (*Allgemeiner Beifall*)

Bei den Studiengebühren: Ich orte eine gefährliche Tendenz weltweit. Es beginnt jetzt im tertiären Sektor – so nennt man die Hochschulstudien. Was will Politik? Politik muss Rahmenbedingungen schaffen und dort ändernd eingreifen, wo es notwendig ist. Man kann gewisse Teile der offenen Marktwirtschaft überlassen und sagen, das regelt sich ohnehin von selbst. Aber Bildung ist der essenzielle Teil, der genau nicht der Marktwirtschaft überlassen werden kann.

Es ist ganz klar, dass, wenn Bildung Geld kostet – deswegen hat mir der Ausspruch von der einen Rednerin so gut gefallen „Zeig mir deine Eltern und ich zeig dir deine Bildung“, in diesem Sinn war es – geht unsere Gesellschaft derartig auseinander. Die einen, die Bildung bezahlen können, und die

anderen, die Bildung nicht bezahlen können. So wie es sich jetzt weltweit abspielt ... – das australische Modell kennen vielleicht einige unter Ihnen. Es war in seinen Ansätzen sehr, sehr positiv gedacht; sie sollen doch später zahlen, wenn sie auf Grund Ihres Studiums viel verdienen. Wie sieht das wirklich aus? Ich habe Verwandte in Norwegen, da gibt es ein ähnliches System. Familie mit 4 Kindern und die konnten ... (*Glockenzeichen des Präsidenten*) ich komme gleich zum Schluss ..., studieren, weil es diese Kreditmöglichkeit gab. Nur wie sieht es nach dem Studium aus? Man möchte eine Familie gründen, man möchte Kinder in die Welt setzen. Man braucht das Geld dann auch. Und wer, schlussendlich, zahlt dann diese Studiengebühren, diese Kredit zurück? Es ist nur ein Verschieben des Zahltages, ein zeitliches Verschieben der Problematik, sodass Bildung für jeden kostenfrei zugänglich sein muss.

Ganz kurz zu dem Projekt, weil ich direkt darauf angesprochen wurde: Es war ein sehr kostenintensives Projekt. Ich habe jetzt die Zahlen irgendwo hier in der Mappe, ich will sie nicht suchen, 14.500,-- Euro habe ich in Erinnerung. Ein Projekt, das sehr kurzfristig eingereicht wurde, es sollte binnen 2 Wochen erstellt werden. Ein sehr umfassendes Projekt. Es haben mehrere Gespräche – nicht mit meiner Person, aber doch indirekt mit meinem Büro – stattgefunden und es ist ganz klar ausgesprochen worden, dass wir gerne solche Objekte fördern. Ich bin sehr für Partizipation. Aber ein Projekt in einem solch finanziellen Ausmaß – das sind knappe 200.000,-- Schilling – muss wirklich professionell geplant sein. Ich habe lediglich gebeten, mir ein solches Projekt wieder vorzulegen – aber mit der nötigen Vorlaufdauer, mit der nötigen Entwicklungsphase, damit man ganz klar erkennen kann, das ist ein gut investiertes Geld. Ich bitte ganz herzlich, sobald das Projekt so auf die Beine gestellt ist, melden Sie sich wieder in meinem Büro. Ich setze mich dann auch gerne persönlich mit Ihnen zusammen. Wir müssen dazu nur zeitgerecht einen Termin vereinbaren. Auch das geht leider innerhalb von 2 Wochen nicht in dieser Position. Setzen wir uns persönlich zusammen, sprechen wir darüber. Ich stelle gerne Geld für so ein Projekt zur Verfügung. Es muss aber dann ausreichend geplant sein. Danke. (*Allgemeiner Beifall – 10.33 Uhr*)

Präsident: Ich danke der Frau Landesrätin für ihre Wortmeldung. Als nächstes zur Wort gemeldet ist der Landesrat für Gesundheit, Herr Mag. Hirt. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Mag. Hirt (10.34 Uhr): Herr Präsident, sehr geschätzte Abgeordnete, Hohes Haus!

Es ist eine gewisse persönliche Betroffenheit, die mich sozusagen veranlasst, eine Wortmeldung abzugeben. Ich möchte es sehr kurz halten, aber ich möchte euch ein paar Dinge sagen, weil mir das unendlich wichtig ist.

Erstens einmal: Mein Vater ist sehr früh verstorben. Meine Mutter hat fast null Pension bekommen. Ich habe eine Mittelschule besuchen können und ich habe später studiert, nebenbei studiert. Was dazu kommt, ich war von Anfang an und vor allem in der Mittelschule ein „Flaschenkopf“ der

Sonderklasse. Meine Professoren und Professorinnen haben immer eine Riesenfreude mit mir gehabt und ich weiß bis heute nicht, wie ich eigentlich eine Matura geschafft habe. Aber ich habe es geschafft, Gott sei Dank. Ich war, nicht der einzige „Flaschenkopf“ in unserer Klasse und es ist, Gott sei Dank, aus allen etwas geworden.

Aber, ich sage es im Klartext: Ich habe ab meinem 14. Lebensjahr nebenbei immer arbeiten müssen. Ich habe mir meine Schier selbst gekauft, für den Schikurs. Ich habe mir meinen Führerschein selbst finanziert und ich habe mir nachher das Studium selbst finanziert, weil ich schon einen Beruf hatte oder weil ich einen Beruf ausüben musste. Ich habe zu diesem Zeitpunkt auch schon Familie gehabt.

Ich würde euch daher um Folgendes bitten: Alle jene, die hier relativ leicht sich für Studiengebühren ausgesprochen haben, denen würde ich Folgendes raten und darum würde ich sie bitten. Geht bitte nach Hause und sagt euren Eltern: „Liebe Mama, lieber Papa, ab morgen braucht ihr euch keine Sorgen mehr zu machen, wie ihr meine Ausbildung finanziert, sondern das mache ich selbst.“ Und wenn ihr das sozusagen macht, dann treffen wir uns wieder und diskutieren über Sinn und Unsinn von Studiengebühren. Wenn ihr die Erfahrung macht, dass es ja nicht nur darum geht, wie der eine Kollege locker gesagt hat, „Ja, das finanziere ich mit der Studienbeihilfe“, dann würde ich euch bitten, mir auch zu sagen, wie dann Wohnung und Ähnliches finanziert wird – ohne Unterstützung der Eltern, das sage ich dazu, bitte. Ich würde sie fragen, ob sie schon bisher nebenbei gearbeitet haben, auch in der Mittelschule. Denn ich habe das immer tun müssen. Dann reden wir. Dann würde ich mir gerne anhören, wie eure Meinung da wirklich aussieht. Danach lassen wir vielleicht noch einmal gut 10 Jahre oder lassen wir 20 Jahre verstreichen. Dann treffen wir uns möglicherweise in meinem so genannten zweiten Leben und irgendwo auf Wolke 7 und wir reden darüber, wie es euch geht, wenn ihr die Ausbildung eurer Kinder finanzieren müsst. Wenn es darum geht, möglicherweise auch die Ausbildung an einer Elite-Uni zu finanzieren. Lieber Lukas, dich meine ich – aber er hört es nicht im Moment -, Kollege Lukas Schnitzer. Lieber Lukas, ich habe gemeint, wenn du Papa bist – ich hoffe und ich wünsche dir das -, dann unterhalten wir uns, wenn ich schon auf Wolke 7 bin, denn da werde ich im Gasthaus oder Park nicht mehr Karten spielen. Dann unterhalten wir uns darüber, wie du die Ausbildung deiner Kinder finanzierst und ich würde dich bitten, daran zu denken, wie deine Schwester die Ausbildung gemacht hat. Diese war erstens super und zweitens hat sie eine Menge Geld gekostet. Ich denke, es ist deinen Eltern nicht leicht gefallen, das zu finanzieren.

Das ist also so viel, was ich zum Thema Studiengebühren sagen möchte und was mir enorm wichtig ist. Ich freue mich auf die Treffen vielleicht in 10 oder 15 Jahren. Wenn es so ist, wie ich es gesagt habe, dass ihr das alles locker macht und alles cool und easy ist, dann freue ich mich schon jetzt, denn ihr habt dann jetzt schon euren Eltern einen Riesendienst erwiesen. Sie brauchen sich nämlich ab morgen keine Sorgen über die Finanzierung eurer Ausbildung zu machen.

Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall – 10.38 Uhr*)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zum Tagesordnungspunkt nicht vor. Ich bedanke mich auch für die Zeitdisziplin. Wir sind genau für den ersten Tagesordnungspunkt, für die uns vorgegebene Stunde innerhalb dieser Stunde geblieben. Ich bedanke mich dafür und appelliere an die nächsten Redner zum Tagesordnungspunkt 2 ebenso die Zeitdisziplin einzuhalten.

Zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit zum Thema Rauchen an Schulen, Lehrlingsfonds, Internate, Sucht (Alkohol, Rauchen), Sport, Stärkere und strengere Kontrollen vom Arbeitsinspektorat, Berufsinformation – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aufklärung über Rechte und Pflichten des Lehrlings.

Als Berichterstatter wurde Herr Stefan Würfel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. (*Allgemeiner Beifall*)

Stefan Würfel (10.39 Uhr): Liebe Jugendliche, werte Abgeordnete, sehr geehrtes Präsidium!

Ich wurde beauftragt, Ihnen den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit hier vorzutragen. Folgende Themen wurden behandelt, acht an der Zahl: Rauchen an Schulen, Lehrlingsfonds, Internate, Sucht (Alkohol, Rauchen), Sport, Stärkere und strengere Kontrollen vom Arbeitsinspektorat, Berufsinformation – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Aufklärung über Rechte und Pflichten des Lehrlings.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit hat in seiner Sitzung vom 23.11.2006 über vorhin angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Zu den Themenbereichen, beginnend mit „Rauchen an Schulen“: Die Kompetenz zur Einführung eines Raucherhofes soll beim SGA bleiben und nicht in den Aufgabenbereich des Landesschulrates fallen, damit Raucher nicht zur Illegalität gezwungen werden.

Weiters „Lehrlingsfonds“: Alle Betriebe, welche die Möglichkeit haben einen Lehrling auszubilden, sollen in einen Lehrlingsfonds einzahlen. Weiters sollen die Betriebe, die einen Lehrling ausbilden von Lehrlingsfonds eine Förderung bekommen. Wenn ein Lehrling 2 Jahre über die Lehrzeit hinaus im Betrieb gehalten wird, bekommt der Betrieb eine zusätzliche Förderung.

Nächster Punkt „Berufsschulinternate“: Das Land Steiermark soll in Hinkunft bei der Ausbildung der Lehrlinge für einen Teil der Internatkosten aufkommen. Den Auszubildenden soll nur ein geringer Selbstkostenbeitrag erhalten bleiben.

Das Thema Sucht wurde in 2 Punkte gegliedert: „Alkohol“ und „Rauchen“, beginnend mit „Alkohol“: Die bestehenden Gesetzes zum Thema „Alkoholabgabe“ sollen in Zukunft strenger exekutiert werden sowie müssen die Strafen für Vertreiber von alkoholhaltigen Getränken erhöht werden. Weiters soll im

Rahmen der Schulausbildung das Präventionsangebot hinsichtlich der Spätfolgen von Alkoholkonsum erweitert werden.

Der zweite Punkt in Sucht „Rauchen“: Über ein generelles Rauchverbot in einem Lokal sollte die Entscheidung dem jeweiligen Betreiber unter Berücksichtigung der derzeitigen Empfehlung des Bundesministeriums unterliegen.

Das nächste Thema „Sport“: Um das Breitensportliche Angebot für Jugendliche zu verbessern, wird gefordert, dass die überparteiliche Landesschülervertretung zweckgebundenes Geld für Sportveranstaltungen vom Land Steiermark bekommen soll. Weiters fordern wir eine bessere Verteilung der Gelder für den Spitzensport. Diese sollen sich nicht an der Attraktivität der Sportart, sondern am Aufwand des Sportlers für seine Sportart orientieren.

Stärkere und strengere Kontrollen vom Arbeitsinspektorat: Das Arbeitsinspektorat des Landes soll mehr finanzielle Unterstützung erhalten, um das Personal aufzustocken. Damit soll besonderes Augenmerk auf den Schutz folgender Arbeitnehmer gerichtet werden: Lehrlinge, angehende Mütter, Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund.

Zum vorletzten Punkt “Berufsinformation – Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“: Was die Aufklärung in den Schulen betrifft, so ergeht die Forderung an den Landesschulrat, in den 8. und 9. Schulstufen mehr für die Berufsorientierung zu tun - mindestens zwei verpflichtende Berufsorientierungstage. Es gibt um die 300 Lehrberufe in Österreich, aber ca. 80 % aller Lehrlinge finden sich nur in den Top Ten wieder.

Die Möglichkeit besteht, dass jeweilige Vertrauensschüler und Vertrauenslehrer, Gewerkschaft, zuständige Pädagogen und Vertreter der weiterführenden Schultypen diese Aufgabe übernehmen.

Weiters wird angeregt, eine breitere Palette an Berufsmöglichkeiten vorzustellen, zum Wohle der Wirtschaft und der Lehrlinge.

Zu unserem letzten Punkt: „Aufklärung über Rechte und Pflichten des Lehrlings“:

Da es zurzeit in den steirischen Berufsschulen keine Aufklärung bezüglich der Rechte und Pflichten der Lehrlinge gibt, fordern wir mehr Aufklärung der Lehrlinge in den Berufsschulklassen. Diese Information können die berufs- und branchenspezifischen Interessensvertretungen durchführen.

Der Obmann: Sasha Meller, Berichterstatter: Meine Wenigkeit, Stefan Würfel.

Kurz angefügt: Ich möchte mich beim Ausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Dankeschön. *(Beifall – 10.44 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt 2. Und jetzt bin ich richtig, vorgestellt habe ich sie schon, wo sie herkommt, die Frau Christa Reinisch. Ich erteile ihr das Wort.

Christa Reinisch *(10.45 Uhr)*: Geschätztes Landtagspräsidium, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Anwesende!

Warum muss ein Lehrling seine/ihre Lehrlingsentschädigung für Internatskosten opfern? Bis zu 75 % der Lehrlingsentschädigung müssen zwangsläufig für das Internat „draufgehen“. Und da sind die Freizeit und die restlichen 16 Stunden des Tage noch nicht mit eingerechnet.

Viele Internate sind bereits zum Verkauf frei gegeben und da kommt das Land ins Spiel. Ein Internat ist kein Internat ohne Schülerinnen und Schüler. Lehrlingsfreifahrt gibt es auch noch keine. Also, wie kommen steirische Lehrlinge dazu, so viel Geld für die Schulzeit zu opfern?

Dankeschön. (*Beifall – 10.46 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet über Rauchen in den Schulen ist Christian Fiammengo, Landesschulsprecher AHS, Lichtenfeldgasse. (*Beifall*)

Christian Fiammengo (10.46 Uhr): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Vertreterinnen und Vertreter der hohen Politik im Haus, liebe Jugendlandtagsabgeordnete und Gäste!

Wir haben gestern in unserem Ausschuss viel debattiert, haben viele Problematiken angeschnitten, haben verschiedene Standpunkte und Meinungen ausgetauscht.

Eine dieser Problematiken ist mit dem Schlagwort „Rauchen an Schulen“ recht gut zu beschreiben. Ich glaube, das ist auch eine sehr aktuelle Diskussion. Anfangs nur kurz etwas zur aktuellen Gesetzeslage, wie es momentan gültig ist beziehungsweise zur Handhabe, wie es gehandhabt wird an den Schulen.

Es ist ein Bundesgesetz, dass das Rauchen in sämtlichen öffentlichen Gebäuden strengstens verboten ist. Allerdings hat es bis jetzt so eine Art Ausnahmeregelung oder so eine Art gesetzliches Schlupfloch gegeben, dass man mit einem Beschluss des Schulgemeinschaftsausschusses weiterhin an zugeordneten Plätzen oder an festgeschriebenen Plätzen nach wie vor noch rauchen darf.

Die Hausordnungen, wo das festgeschrieben ist, liegen beim Landesschulrat für Steiermark auf. Der Landesschulratspräsident, Herr Magister Erlitz, müsste eigentlich die Hausordnungen nach solchen illegalen Rauchparagrafen durchsuchen. Es gibt eine mündliche Zusage von ihm, dem letztjährigen Landesschulsprecher Christoph Monschein gegenüber, dass er dies nicht tun wird. Ich bin gespannt, wie die Situation diesbezüglich weiter verlaufen wird, ob Hausordnungen nach solchen Paragrafen durchsucht werden oder nicht.

Aber vielleicht nur noch ein paar weitere Worte dazu. Schule ist in meinen Augen mehr, als ein öffentliches Gebäude. Schule ist ein Lebensraum – auf Österreich jetzt bezogen – für 1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler. Man verbringt als Schüler den Großteil seiner Zeit in der Schule: Nachmittagsunterricht, Nachmittagsbetreuung, was auch immer.

Warum dürfen Lehrlinge während der Arbeit rauchen, während Schülerinnen und Schüler das verboten sein sollte? Vor allem in berufsbildenden Schulen, sprich BMHS, HTL's, HAK's und so weiter, ist der Großteil der Schüler um die 18 Jahre alt. Das heißt, man verbietet 18-jährigen, nimmt ihnen die Selbstbestimmung weg, verbietet ihnen, in der Schule zu rauchen. Ich finde, das ist einfach

ungerecht und in gewisser Weise auch ein Zwang zur Illegalität, wie es so schön in unserem Antrag steht.

Die Schülerinnen und Schüler hören dadurch nicht auf zu rauchen. Als Landesschulsprecher habe ich schon von vielen gehört, dass sich das Ganze ins Klo verlagert, man geht vor der Schule auf den Gehsteig. Ich habe von einer Grazer Schule gehört, dass die auf den Gehsteig vor der Schule gegangen sind und daraufhin haben die Anrainer – die haben sich natürlich aufgeregt, ist klar, wer regt sich nicht auf, wenn vor seinem Gehsteig 100 Schüler, das ist eine große Schule, rauchen – einen Kübel Wasser auf die Schülerinnen und Schüler runter geschüttet.

Ich muss ehrlich sagen, es ist gefährlich vor der Straße. Es macht ein schlechtes Bild und ist wirklich ein Zwang zur Illegalität, der so nicht sein darf. Man nimmt den Schülern wirklich das Recht auf Selbstbestimmung weg. Im Sinne der Eigenverantwortung darf es nicht sein. Sie sind ja schon beinahe erwachsen.

Das ist ein Problemeverschieben. Wir sagen: „In der Schule dürft ihr nicht rauchen, aber was ihr zu Hause macht, ist uns komplett egal.“ Was gefördert gehört, ist Vorbeugung, Prävention, Aufklärung über die Gefahr des Rauchens. Aber nicht, dass man sagt: Ihr dürft einfach nicht, ein striktes Verbot. Es wird, wenn das komplette Verbot kommt, bin ich mir sicher, in Klos geraucht werden, es wird vor der Schule geraucht werden, es wird zu Unfällen, es wird zu großen Problemen kommen.

Ich finde, dass es grundsätzlich falsch ist, in die falsche Richtung geht. Ich bin auch dagegen, dass Minderjährige, Jugendliche rauchen. Es ist gefährlich, es ist schädlich. Aber wenn man in einen Raucherhof in der Schule geht, dann weiß jede Schülerin und jeder Schüler, wenn ich dort hingehe, bekomme ich Passivrauchen mit und das ist schädlich. (*Glockenzeichen des Präsidenten*) Aber trotzdem, die Zeit ist schon knapp, unser Antrag lautet, dass die Kompetenz weiterhin beim SGA bleiben sollte und dass der Landesschulrat hier kein Mitbestimmungsrecht hat, da im Schulgemeinschaftsausschuss für die Region für die Schule spezifische Entscheidungen getroffen werden können, damit Gerechtigkeit und Fairness für alle vorhanden sein können.

Danke. (*Beifall – 10.50 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet über Aufklärung und Rechte und Pflichten der Lehrlinge Herr Sascha Meller, er ist Maurerlehrling. Ich erteile ihm das Wort.

Sascha Meller (*10.51 Uhr*): Liebe Abgeordnete, liebe Jugendliche, sehr geehrtes Präsidium!

Es ist gestern in einer großen Diskussion um die Rechte und Pflichten der Lehrlinge gegangen, worüber ich selbst sehr gut Bescheid weiß, denn ich bin Jugendvertrauenswart von drei Firmen. Das heißt, ich habe selbst mit vierzig Lehrlingen zu tun und kenne natürlich einige Geschichten, wo dadurch, dass Lehrlinge über ihre Rechte genügend wissen und hinsichtlich der Pflichten, die sie

haben, einfach – sagen wir einmal – über den Tisch gezogen und von dem Druck in den Firmen zur Illegalität gezwungen werden, weil ein Großteil dieser Dinge gegen die Gesetzgebung geht.

Weiters ist noch anzumerken, dass es von dem her nicht sein kann, so wie es bei uns in der Berufsschule ist, dass es zwar ein Fach für politische Bildung gibt, in dem es aber nicht darum geht, Schüler bzw. Lehrlinge darüber zu unterrichten, wie sie sich schützen können, was sie zu tun haben, sondern in dem es größtenteils darum geht, dass man ihm nur sagt: „Private Informationen finden Sie bei ihrer Arbeiterkammer oder Gewerkschaft.“ Leider ist dem so und trotzdem finde ich, dass zum Beispiel – wie soll man sagen – Institutionen wie Gewerkschaft oder sonstige Vertreter von Schülern, auch Jugendvertrauensräte, vom Gesetz her oder zumindest vom Bundesrat gezwungen sein sollten, mehr Information zu haben. Es gibt zum Beispiel – ich will jetzt natürlich keine Werbung machen – von der Gewerkschaft ein kleines Pilotprojekt, in dem die Gewerkschaft mit Bussen zu den einzelnen Berufsschulen fährt. Sie darf die Berufsschule aber leider nicht betreten, sondern darf die Schüler nur in den Pausen sprechen – und das nur, wenn sie das Schulgebäude und das Schulgelände verlassen. Leider ist dem so, dass natürlich jeder Schüler entweder rauchen, sich etwas zu essen holen geht oder zu trinken, aber keiner geht an den Stand und informiert sich. Und deshalb ist mein Anliegen, dass dieses Informationsbild auch in den Schulen durchgeführt wird. Danke! (*Beifall – 10.53 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Minela Mujaric. Sie ist Bürokauffrau und hat sich gemeldet zur stärkeren und strengeren Kontrolle des Arbeitsinspektorates. Ich erteile ihr das Wort.

Minela Murjaric (10.54 Uhr): Werter Präsident, werte erwachsene und jugendliche Abgeordnete!

Ich spreche jetzt ein Thema an, das uns alle etwas angeht, die Schüler früher oder später auch und zwar die Kontrolle von Betrieben. In vielen Betrieben kommt es vor, dass Minderheiten, Frauen gemobbt werden, dass Lehrlinge während der Berufschulzeit in den Betrieb geholt werden, zum Beispiel samstags oder wochentags oder an schulautonomen Tagen zum Beispiel. Oder dass minderjährige Lehrlinge im Gastro-Bereich bis vier Uhr in der Früh arbeiten, was strengstens verboten ist. Ich bin dafür, dass unsere Forderung aufgeht und zwar, dass das Arbeitsinspektorat des Landes mehr finanzielle Unterstützung unterhält für mehr Einstellung von Personal und dabei auch besonderes Augenmerk auf den Schutz folgender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bedacht genommen wird: Lehrlinge, angehende Mütter, Minderheiten, Migrantinnen und Menschen mit Behinderungen.

Danke. (*Beifall – 10.54 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zum Lehrlingsfonds hat sich gemeldet Herr Markus Hafner. Er ist Lehrling bei der Steiermärkischen Sparkasse. Ich erteile ihm das Wort.

Markus Hafner (10.55 Uhr): Lieber Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Jugendliche!

Da die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark immer ein gleich bleibendes Problem ist, finde ich es für richtig, einen Lehrlingsförderungsfonds einzurichten. Das schaut so aus, dass alle Betriebe, die die Möglichkeiten hätten, einen Lehrling aufzunehmen, in einen Lehrlingsfonds einzahlen und die Betriebe, die wirklich einen Lehrling ausbilden, bekommen von dem Lehrlingsfonds eine Förderung. Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen erreichen, dass mehr Betriebe einen Lehrling aufnehmen und dann auch ausbilden. Denn die Betriebe, die keinen Lehrling ausbilden, überlegen sich dann: „Wenn ich schon in einen Lehrlingsfonds einzahle, möchte ich auch etwas davon haben.“ Und so werden mehr Betriebe Lehrlinge aufnehmen und die Jugendarbeitslosigkeit wird gesenkt. Weiters soll es noch eine Förderung geben, wenn ein Betrieb den ausgelernten Lehrling nach der Lehrzeit noch zwei Jahre behält, bekommt er zusätzlich eine Förderung. Damit soll erreicht werden, dass der Lehrling nach der Lehrzeit weitere Berufserfahrung sammeln kann. Ich hoffe, der Lehrlingsfonds wird im Landtag umgesetzt, damit die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt wird. Danke. (Beifall – 10.58 Uhr)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zum Thema Bettlerverbot ist zu Wort gemeldet Herr Christopher Till. Er ist der Vertreter der Zivildienler. Ich erteile ihm das Wort.

(Zwischenruf: „Das ist der dritte Ausschuss!“) Das ist der dritte Ausschuss - dann geben wir das weg.

Wir kommen zum Thema Rauchen, bitte Herr Florian Braunsteiner, Regionalreferent des LSV, BRG Weiz.

Florian Braunsteiner (10.57 Uhr): Liebe Abgeordnete zum Jugendlandtag, liebe Landesregierung!

Ich bin natürlich auch für die größere Autonomie von Schulen, wenn es um die Raucherfrage geht. An meiner Schule sind von 650 Schülern zirka 15 Raucher. Ich glaube, die stören keinen, wenn sie in einem Raucherhof rauchen.

Aber jetzt möchte ich noch zu etwas anderem Stellung nehmen, liebe Frau Landesrätin Dr. Vollath, nämlich dieses Projekt zur Nationalratswahl hat nicht, wie Sie gesagt haben, oder hätte nicht, wie Sie gesagt haben, 14.500 Euro gekostet, sondern gleich viel wie unter Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, was nicht einmal die Hälfte von 14.500 ist. Weiters möchte ich Sie fragen, was Sie dazu sagen, dass Mitglieder Ihres Büros Kandidaten für Diskussionen im Zuge dieses Projektes empfohlen haben, an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen und sich daher nicht bei einer politischen Diskussion vor Schülern in der Steiermark zu politischen Themen zu äußern. Ich bin mir sicher, dass unser lieber Landesschulsprecher Stefan Jeitler gerne ein Gespräch mit Ihnen aufnehmen wird.

Danke! (Beifall – 10.58 Uhr)

Präsident: Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet betreffend Sucht und Alkohol ist Sven Lackinger, LSV-Seminarreferent, BRG Lichtenfelsgasse. Ich bitte darum.

Sven Lackinger (10.59 Uhr): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ein Satz noch vorweg zu Frau Dr. Vollath. Ich verstehe Ihre Ansicht überhaupt nicht zum Thema Gesamtschule und Ganztagschule. Vielleicht wären Sie bereit, mir das nachher noch einmal bei einem Glas Wasser oder Orangensaft zu erklären.

(Präsident: „Ich möchte nur die Damen und Herren Abgeordneten darauf hinweisen, es ist auch bei einer normalen Landtagssitzung so. Es gibt in der Geschäftsordnung den Ruf zur Sache. Wir haben das Thema Bildung im ersten Tagesordnungspunkt abgehandelt und sind jetzt beim Tagesordnungspunkt 2. Da geht es um Gesundheit, Soziales und Arbeit. Ich möchte nur diesen Hinweis geben. Ansonsten müsste ich so vorgehen wie beim Landtag auch, dass ich das Wort entziehe. Ich ersuche daher – wir haben uns geeinigt auf diese Stunde –, dass jeweils zum Tagesordnungspunkt gesprochen wird. Ich bitte darum.“)

Ich habe das zur Kenntnis genommen und werde jetzt mit dem Tagesordnungspunkt Sucht und Alkohol fortfahren.

In unserem Ausschuss wurde gestern darüber diskutiert – Suchtprävention und Alkohol. Vor allem Alkohol ist eines der wichtigsten Themen in der heutigen Jugend. Viel zu viele Jugendliche werden zum Alkohol hingeführt, die meisten davon unter 16 Jahre. Um jetzt ein paar Zahlen zu nennen: Durchschnittlich wird fast jeden zweiten Tag auf der Grazer Kinderklinik jemand mit einer Alkoholvergiftung eingeliefert. Das kann es nicht sein und wir sehen es als Aufgabe der Landesregierung, dem etwas entgegenzusetzen. Als Grund dafür sehen wir schlicht und einfach den Profit, den Wirte und andere Vertreter von alkoholischen Getränken daraus schlagen, auch an unter 16-Jährige bzw. bei harten Getränken unter 18-Jährige Alkohol zu verkaufen. Die Lösung zu diesem Problem wäre unserer Ansicht nach, die Strafen so zu erhöhen, dass die Gefahr für einen Wirt oder Alkoholvertreiber zu groß wäre, trotzdem Alkohol auszuschenken. Und somit fordert der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit durch einen einstimmigen Beschluss – wir waren uns gestern alle darüber einig, am 23. November 2006 –, dass die bestehenden Gesetze zum Thema Alkoholabgabe in Zukunft viel stärker exekutiert werden, da es unserer Meinung nicht sein kann, dass Wirte straffrei davonkommen und es darf sich nicht auszahlen, aus Jugendlichen Profit zu schlagen.

Weiters... *(Glockenzeichen des Präsidenten)* ich bin gleich fertig, ...die Jugendlichen betreffend, fordern wir ein besseres und erweitertes Präventionsangebot im Rahmen der Schulausbildung und hoffen auf Ihre Zustimmung. Danke. *(Allgemeiner Beifall – 11.02 Uhr)*

Präsident: Ich danke schön. Als Nächste zu Wort gemeldet zum Thema Sport ist Frau Eva Duller. Sie ist Schulsprecherin in einer Modeschule. Bitte.

Eva Duller (11.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Ich bin die Eva Duller, komme von der HBLA für Mode- und Bekleidungstechnik, bin Schulsprecherin und in der Landesschülerinnen- und –schulervertretung.

Es freut mich, dass ich heute hier sein darf und einen unserer Anträge vorstellen kann. Wir im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wollen das Breitensportliche Angebot für Jugendliche verbessern. Deshalb fordern wir ein zweckgebundenes Budget vom Land Steiermark für die Landesschülerinnen- und –schulervertretung. Sport soll für junge Menschen alltäglicher werden, da die körperliche Betätigung die geistige Anstrengung erleichtert. Das heißt, nach körperlichen Anstrengungen ist der Kreislauf angeregt, die Fähigkeit sich zu konzentrieren ist hoch und der Kopf ist aufnahmefähiger. Tatsache ist, dass Sport Glückshormone auslöst, einen Ausgleich für stressige Lebenssituationen bietet, die wir alle kennen, wie zum Beispiel Prüfungsängste und Leistungsdruck. Gesunde und vitale Menschen sind motivierter, leistungsfähiger. Deshalb sollte Bewegung und Sport in jedem Alter ein Teil des Lebens sein. Sitzende Tätigkeiten nehmen heutzutage in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Dadurch geht die Bewegung verloren. Unzufriedenheit, Unausgeglichenheit und Depressionen nehmen immer mehr zu. Sport kann dem entgegenwirken. Die Landesschülerinnen- und Landesschulervertretung will den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, sich sportlich zu betätigen und die Vielfalt der Sportarten kennen zu lernen, um für sich das Richtige zu finden, woran man Spaß hat. Dafür brauchen wir finanzielle Mittel. Wir wissen, dass das Geld knapp ist und überall eingespart wird. Jedoch sollte man an der Gesundheit junger Menschen und somit an deren Zukunft als letztes einsparen.

Danke. *(Allgemeiner Beifall – 11.05 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als nächstes zum Thema Rauchen in Lokalen hat sich Herr Nutz Roman zu Wort gemeldet. Er ist Schüler im BORG Kindberg. Ich erteile ihm das Wort.

Roman Nutz (11.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Abgeordnete zum Landtag 2006!

Im Vorhinein möchte ich mich entschuldigen, wenn ich schwer verständlich bin, aber ich leide seit 2 Wochen an einer schweren Verkühlung.

Nun, im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wurde der Antrag gestellt, dass die Kompetenz über die Verordnung eines Rauchverbotes in Lokalen beim zuständigen Betreiber bleiben sollte. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag zu unterstützen, da es sich um eine Frage der persönlichen

Freiheit des Betreibers handelt, ob er das Rauchen in – wohlgemerkt – seinem Lokal bzw. seinem Betrieb tolerieren möchte oder nicht, da die persönliche Freiheit im Vordergrund stehen sollte und nicht durch gesetzliche Zwänge der Erfolg seines Unternehmens gefährdet werden soll. Der Grundsatz zur Erhaltung bzw. Ausdehnung der persönlichen Freiheit sollte sich aber auch in den weiteren Beschlüssen des heutigen Tages wieder finden.

Da ich die Nacht von gestern auf heute in einer Gaststätte in Graz verbracht habe (*Allgemeine Heiterkeit*) und dort das Glück hatte, auch andere Abgeordnete zum heutigen Jugendlandtag zu treffen, haben wir uns auch über die Arbeiten in den verschiedenen Ausschüssen unterhalten und diverse Positionen diskutieren können. Mit Erschrecken habe ich die Mitteilung eines Kollegen, der sich im Ausschuss für Verfassung und Sicherheit eingebracht hat, vernommen, dass man sich dort auf eine Erweiterung des steirischen Landessicherheitsgesetzes in Form eines allgemeinen Bettelverbotes geeinigt hat. Gerade in diesem Landessicherheitsgesetz wird die persönliche Freiheit allerdings wesentlich beschnitten. Die Ausweitung des Bettelverbotsgesetzes ist eine weitere Beschneidung der persönlichen Freiheit im Handeln und Denken des Menschen. Dieser kurze Exkurs war notwendig, weil ich der Meinung bin, dass sich aus den heutigen Beschlüsse auch eine Grundlinie der hier anwesenden Vertreter und Vertreterinnen der steirischen Jugend ableiten lassen sollte. Noch einmal fordere ich hiemit auch die Zustimmung zum Antrag ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Lokalen zu verhindern, da die persönliche Freiheit des Einzelnen gewahrt bleiben soll. Dies erwähne ich deshalb so oft, weil ich klarstellen möchte, dass es nicht darum geht, den Konsum von Nikotin zu fördern sondern lediglich Menschen die Möglichkeit zur Entfaltung zu gewährleisten. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Allgemeiner Beifall – 11.08 Uhr*)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir von den jungen Abgeordneten nicht mehr vor. Ich ersuche daher, zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Dr. Vollath, um die Ausführungen.

Landesrätin Dr. Vollath (11.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Kollege!

Ja, eine ganz kurze Wortmeldung, weil die meisten Themenbereiche nicht in meinem Ressort beheimatet sind. Ich wollte mich kurz zum Thema Lehrlingsfonds melden. Ich halte die Ansätze, die gestern diskutiert wurden, für sehr vernünftig. Das geht in meinen Augen in die richtige Richtung. Es war unter der bisherigen Bundesregierung nicht möglich, so einen Fonds einzurichten. Die Zuständigkeit dafür läge auf Bundesebene. Ich hoffe, dass es unter der nächsten Bundesregierung möglich sein wird, hier die entsprechenden Schritte zu gehen.

Betreffend die Berufsschulinternate: Das Land Steiermark lässt sich seine Lehrlinge sehr viel kosten und steht voll hinter der dualen Berufsausbildung. Gerade in der letzten Landtagssitzung – ich weiß es

nicht mehr, in der Regierungssitzung – wurde der Ankauf der Internate, die bisher von der Wirtschaftskammer geführt wurden, beschlossen. Es wird hier ein Betrag von 15 Millionen Euro seitens des Landes Steiermark aufgewendet.

Es wurde ein Grundsatzbeschluss dahingehend gefasst, dass diese Internate einer Standardanhebung unterzogen werden sollen, die in einigen Internaten wirklich dringend nötig ist. Und hier wurde ein Finanzrahmen in Höhe von 60 Millionen Euro entwickelt.

Also eine gewaltige Summe Geldes, die das Land Steiermark hier in den nächsten Jahren bereit ist, in die Hand zu nehmen und zeigt eindeutig, dass das Land hinter der dualen Berufsausbildung steht.

Es wird gefordert, dass ein geringer Selbstkostenbeitrag eingehoben wird. Es ist so, dass es bereits nur ein Selbstkostenbeitrag ist. Internate sind nicht kostendeckend zu führen, es bleibt immer ein gewaltiger Teil übrig, der finanziell abgedeckt werden muss, weil er nicht von den Insassen eingefordert wird. Auch diesen Abgang, den die Internate jährlich produzieren, übernimmt das Land Steiermark. Der Selbstkostenbeitrag, der noch eingehoben wird, dient unter anderem dazu, dreimal täglich qualitätsvolle Mahlzeiten zur Verfügung zu stellen. Das ist etwas, was man sonst auch bezahlen muss und ich denke, es ist ganz wichtig, dass hier Qualität geboten wird, dass Bewusstsein geweckt wird auch für gesunde Ernährung. Auch das findet in mehreren Projekten an den Berufsschulen statt.

Ich möchte kurz noch einmal zu diesem Projekt Stellung nehmen, obwohl es in diesem Ausschuss wirklich nichts mehr verloren hat. Wir haben das abgehandelt. Es gibt einen detaillierten Aktenvermerk darüber, wie das damals von statten gegangen ist. Ich stehe gerne im Anschluss an den Landtag, das geht gerade nicht, ich habe einen weiteren Termin – aber ich bitte, mit meinem Büro Kontakt aufzunehmen, einen Termin auszumachen und wir besprechen das in Ruhe noch einmal durch. Es ist nur so, der Finanzplan, der meinem Büro vorgelegt wurde, lautete tatsächlich über 14.800 Euro. Also ich habe die Zahl richtig im Kopf gehabt. Aber wir unterhalten uns gerne darüber und wie gesagt, ich stelle für gut vorbereitete Projekte gerne zur Verfügung. Danke. *(Beifall – 11.08 Uhr)*

Präsident: Ich danke der Frau Landesrätin. Als Nächster zur Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Mag. Hirt.

Landesrat Mag. Hirt (11.12 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Rauchen – der Untergang des Abendlandes ist damit verbunden und Österreich wird sozusagen zu vorderst dabei sein.

Ich habe mir häufig die Frage gestellt, ist das gescheit, was ich da mache, oder ist es nicht gescheit? Aber ich muss euch sagen, im Prinzip ist es so und ich freue mich, dass es eigentlich so ist und ihr erlebt das ja auch. Was kann einem Schöneres in der Politik passieren, wie wenn sozusagen ein Thema

landauf, landab diskutiert wird – durchaus polarisierend - Einengung der persönlichen Freiheit und, und, und.

Aber ich muss noch einmal darauf zurückkommen. Ich kann jetzt wieder nicht sagen, dass ich persönlich betroffen bin, denn ich habe tatsächlich viele Jahre, viele Jahrzehnte nicht mehr geraucht. Ich habe im zarten Alter von 12 illegaler weise selbstverständlich geraucht. Ich habe den so genannten tiefen Zug nicht zustande gebracht. Da war ich entweder zu feige dazu oder was auch immer. Wahrscheinlich habe ich das Glück gehabt, dass daraus oder deshalb in meinem Körper keine Abhängigkeit entstanden ist und ich habe das daher nie so erlebt: „Großhirn an Kleinhirn“ – oder umgekehrt – „gib mir endlich wieder Nikotin, weil das brauche ich, sonst funktioniere ich nicht richtig.“

Und ich habe vor allem damals null Ahnung gehabt, dass das in irgendeiner Form gesundheitsschädlich sein könnte, dass ich damit sozusagen andere in ihrer Gesundheit gefährde oder sonst irgendetwas. Null komma null null null null – war überhaupt nie das Thema.

Das ist es aber gerade heute. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen einmal, dass vor allem in den letzten Jahren das Passivrauchen in einem Ausmaß schädlich ist, wie wir es über Jahrzehnte nicht angenommen haben, nämlich im Prinzip gleich, wie wenn man selber raucht, teilweise sogar noch mehr.

Und wir haben eine Situation, wo sozusagen ein Kollege von euch mit 15 Jahren mit Lungenkrebs in einem Grazer Landeskrankenhaus war – im zarten Alter von 11 hat er begonnen zu rauchen. Die junge Lunge reagiert wesentlich sensibler noch als die Lunge eines Erwachsenen auf die Inhaltsstoffe von Zigaretten und von Nikotin.

Und, weil das so gefallen ist: Ja natürlich wäre es mir auch am Liebsten, wenn man keine Gesetze machen bräuchte, wenn man sozusagen keine Einschränkungen treffen könnte, wenn jeder und jede leben kann, wie immer man möchte.

Die bedauerliche Erkenntnis ist: 30 Jahre Aufklärung und Information zu diesem Thema haben null gebracht. Die Zahl der Raucherinnen und Raucher ist heute doppelt so hoch wie vor 30 Jahren und die Schäden daraus sind noch gewaltiger.

Ich würde euch daher bitten, bei diesem Thema daran zu denken – es geht mir nicht darum, dass sozusagen jedem die persönliche Freiheit genommen wird, es geht mir nicht um den Glaubenskrieg zwischen Rauchern und Nichtrauchern und es geht mir nicht darum, dass Raucher und Nichtraucher nicht mehr miteinander auskommen sollen. Aber es geht mir, und das aus bestimmten gesundheitlichen Gründen, um den Schutz der Nichtraucher und vor allem auch um den Schutz von Kolleginnen und Kollegen von euch in diversen Gasthäusern, Bars, Diskotheken, die eine ganze Nacht lang dort arbeiten und bis zu 200 Zigaretten passiv rauchen – in einer Nacht, bitte.

Es geht mir daher um die gesundheitlichen Auswirkungen. Es geht mir vor allem um den Schutz der Bediensteten und es geht mir darum, einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen, dass

Passivrauchen im allerhöchsten Ausmaß schädlich ist. Dass die berühmte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – von wegen „Was täte der Finanzminister, wenn die Einnahmen aus der Tabaksteuer nicht mehr da sind“ – überhaupt nicht aufgeht, weil die Spätausgaben wesentlich höher sind. Ich halte es daher für eine Maßnahmen, die letzten Endes zur Folge gehabt hat, dass in Italien – und die sind im Prinzip viel schlampiger und lässiger als wir – rund 500.000 Italiener und Italienerinnen mit dem Rauchen aufgehört haben, weil es eben unbequem geworden ist. Das ist für jemanden, der Gesundheitspolitik macht und machen soll, ein entscheidender Faktor. Deshalb habe ich mich entschlossen und hat, Gott sei Dank, der SPÖ-Landtagsklub dazu beschlossen, dass wir für eine solche Maßnahme eintreten und rund drei Viertel der Bevölkerung sind dafür.

Ein Letztes daher noch dazu, das ist die Frage an Jungabgeordnete: Braucht man als äußeres Zeichen der Revolution, als Zeichen der Auflehnung und der Ablehnung und das ist ja wichtig, sage ich dazu, aber braucht man dazu wirklich den „Tschick“ in der Hand? Oder geht das nicht anders auch?

Danke. (*Beifall – 11.16 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landesrat. Wir haben hier noch größere Disziplin gehabt, wir haben rund 40 Minuten für den Tagesordnungspunkt 2 benötigt.

Da mir keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, komme ich zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Sicherheit zu den Themen „Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauches, Bettlerverbot, Wählen mit 16 und Jugendgemeinderat“.

Als Berichterstatterin wurde gemeldet die Stefanie Benedik. Ich erteile ihr das Wort.

Stephanie Benedik (*11.18 Uhr*): Wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, werte Kollegen, liebe Gäste!

Als Berichterstatterin des Ausschusses für Verfassung und Sicherheit unter dem Obmann Felix Schotter möchte ich Ihnen unsere Anträge, und zwar 4 an der Zahl, näher bringen und zwar: 1. Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauches, 2. Bettlereiverbot, 3. Wählen mit 16 und 4. Jugendgemeinderat.

Der Ausschuss für Verfassung und Sicherheit hat in seiner Sitzung vom 23.11.2006 über die oben angeführten Gegenstände die Beratungen durchgeführt und die Punkte 1 und 2 einstimmig sowie die Punkte 3 und 4 mit Stimmenmehrheit beschlossen.

1. Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauches:

Die Mitglieder des Jugendlandtages stellen fest, dass in der Steiermark gerade an Orten, an denen sich Jugendliche häufig aufhalten, Drogen gehandelt und konsumiert werden. Das Land Steiermark soll daher für eine verschärfte Kontrolle von einschlägig bekannten Drogenumschlagplätzen durch

die Exekutive eintreten. Hierzu solle die Exekutive auch ohne konkrete Verdachtsmomente zu Ermittlungen befähigt werden. Weiters soll das Land für die Verschärfung des Strafmaßes bei Verstößen gegen das Suchtmittelgesetz eintreten, jedoch sollen auch im gleichen Maße Therapien und Sozialarbeit als Strafersatz angeboten werden.

2. Bettlereiverbot: Der Jugendlandtag ist der Meinung, dass das Betteln in der Steiermark von organisierten Gruppen missbraucht wird. Er fordert daher, dass zur Verhinderung der Ausbeutung und der betroffenen Menschen im Steiermärkischen Landessicherheitsgesetz über die bestehende Regelung hinaus, ein generelles Verbot des Bettelns an öffentlichen Orten festgelegt werden soll.
3. Wählen mit 16: Der Jugendlandtag bekennt sich dazu, dass die Regelungen über das Wahlalter vorerst nicht geändert werden. Die Möglichkeit der Senkung des Wahlalters im Bereich der Landtags- und auch Nationalratswahl soll erst dann geprüft werden, nachdem in der neunten Schulstufe das Fach der Politischen Bildung an allen betreffenden Schulen verpflichtend eingeführt wurde.
4. Jugendgemeinderat: In allen steirischen Gemeinden soll jährlich ein Jugendgemeinderat abgehalten werden. Die Teilnehmer sollen von Jugendlichen der betreffenden Gemeinde gewählt werden. Aktiv wahlberechtigt sollen alle Jugendlichen von 10 bis 18 sein, passiv wahlberechtigt alle 14- bis 18-Jährigen. Der Vorsitzende des Jugendgemeinderates muss 16 Jahre alt sein und soll beim Gemeinderat ein Antragsrecht über alle Beschlüsse, die im Jugendgemeinderat gefasst wurden, haben.

Zuletzt möchte ich mich noch bei unserem Obmann Felix Schotter für die vorbildliche Führung unseres Ausschusses bedanken. (*Beifall – 11.20 Uhr*)

Präsident: Ich danke für den Bericht. Als Erster zu Wort gemeldet ist Christopher Till, er ist Zivildienervertreter und spricht zu „Wählen mit 16“. Ich erteile ihm das Wort.

Christopher Till (11.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr Mitglieder der Landesregierung, liebe Abgeordnete zum steirischen Jugendlandtag, liebe Gäste!

Am 13. März 2005 war es endlich so weit. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren waren bei den steirischen Gemeinderatswahlen zur Stimmabgabe berechtigt. Obwohl das Projekt mit der hohen Wahlbeteiligung dieser Wählerschaft ein hoch erfolgreiches war, wurde bei den ein halbes Jahr später folgenden Landtagswahlen diesen Jugendlichen die Wahlmündigkeit wieder abgesprochen. Auch bei den am 1. Oktober abgehaltenen Landtagswahlen war dieser Teil der Bevölkerung auf die Zuschauerbank verbannt. Eine logische Konsequenz dieser Handhabung ist die Thematisierung der Senkung des Wahlalters auf Landes- und Bundesebene bei diesem Jugendlandtag. Diese Position zur Wahlaltersenkung im gestrigen Ausschuss hat bei mir aber ein vierundzwanzigstündiges Kopfschütteln verursacht, denn sollte dieser Antrag auf den Verzicht der Senkung des Wahlalters

wirklich angenommen werden, wird dieser zweitägige Jugendlandtag, unser aller Jugendlandtag, ad absurdum geführt. Nicht nur deswegen, weil es eine im Jahr 2005 durchgeführte steirische Jugendstudie gibt, bei der sich 63,1 Prozent der Jugendlichen für eine Wahlaltersenkung aussprechen und dieses nicht repräsentative Gremium dem Wunsch der steirischen Jugend widerspricht, sondern vielmehr deshalb, weil es im Widerspruch zu anderen Beschlüssen, die wir gestern tätigten, steht.

Einerseits haben wir Wien als großes Vorbild in Sachen Jugendschutz angesprochen und fordern eine Angleichung des steirischen Jugendschutzes an das Wiener Gesetz, andererseits ist es in Wien schon längst Realität, dass die Jugendlichen ab 16 an den Landtagswahlen teilnehmen dürfen. Auch das ist ein Teil der erfolgreichen Wiener Jugendpolitik. Auf der einen Seite besprechen wir im kommenden Punkt auch einen Jugendgemeinderat, den ich übrigens absolut befürworte. Wir sprechen den Jugendlichen die politische Kompetenz für einen Jugendgemeinderat zu, nehmen als politisch interessierte Menschen an einem eigenen Jugendkongress teil – mit dem Titel Jugendlandtag, sprechen uns auf der anderen Seite im Rahmen dieses Kongresses gegen ein Mitspracherecht der Jugendlichen am politischen Prozess aus. Wenn wir verhindern wollen, dass die Beschlüsse dieses Jugendlandtages je ihre Glaubwürdigkeit verlieren, dann müssen wir im Gegensatz zur vorliegenden Position auch für eine Wahlaltersenkung sein. Daher fordere ich die Abänderung des Folgetextes in wie folgt:

„Der Jugendlandtag bekennt sich dazu, dass eine Wahlaltersenkung bis zur Wahl für die nächste Gesetzgebungsperiode umgesetzt werden soll. Um den Jugendlichen eine zusätzliche Information zum politischen Geschehen zu gewährleisten, sollte ehest möglich das Pflichtfach Politische Bildung ab der neunten Schulstufe eingeführt werden.“

Diese Formulierung würde eine Glaubwürdigkeit des hier abgehaltenen Jugendlandtages garantieren. Anderenfalls würden wir hiermit auch aussagen, dass die vielen unter 18-Jährigen in diesem Raum in politischen Entscheidungen unmündig sind und den Beschlüssen des gestrigen Tages Wertlosigkeit zukommen lassen. *(Beifall)*

Jetzt würde ich noch gerne zum gestrigen, zum Dringlichen Antrag, der eingegangen ist, zum gestrigen Ausschuss Verfassung und Sicherheit eine Klarstellung machen. Im Punkt 2, Bettlereiverbot, steht, dass dies einstimmig beschlossen wurde und das ist nicht korrekt. Das stimmt nicht.

Weiters ist interessant, dass die Schriftlichen Berichte nicht geschlechtsneutral verfasst worden sind, was an und für sich bei 50/50-Aufteilung legitim wäre und das ist leider nicht passiert.

Danke. *(Beifall – 11.26 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Bei Landtagssitzungen wird geschlechtsneutral formuliert. Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, die jungen Abgeordneten, die in den Ausschüssen die Berichte formuliert haben, in Zukunft geschlechtsneutral zu formulieren. Es ist an und für sich Usus, wurde aber nicht von der Landtagsdirektion oder den Mitarbeitern formuliert.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Jakob Krainz. Er ist vom BORG Kindberg und ist vom Ring Freiheitlicher Jugend.

Jakob Krainz (11.27 Uhr): Werte Hörer und Hörerinnen!

Wir haben gestern einen Antrag gestellt, der sich klar gegen den Drogenmissbrauch stellt. Als Jugendliche kommt man sehr leicht in einen Teufelskreis hinein. In einen Teufelskreis von Sucht, Beschaffungskriminalität und vielen weiteren Problemen, die sich ergeben, wenn man Kontakt zu Drogen hat. Unser Antrag besagt, dass wir uns klar dafür aussprechen wollen als Jugendliche, dass Dealern und auch Leuten, die öffentlich Drogen gut heißen, Strafen drohen. Ich glaube, das ist ein Thema, das die Jugend auf jeden Fall bewegen sollte und dafür sollte jeder stimmen. Denn es geht um unsere Zukunft. Ich will, dass kein Jugendlicher mehr in Österreich wegen Drogen Probleme bekommt mit sich selbst, mit seinem Inneren, und dass jeder Jugendliche deshalb auf den richtigen Weg geleitet wird und weg von Drogen kommt. Danke. (*Beifall – 11.29 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Jetzt ist gemeldet Herr Michael Winter. Er ist vom Ring der Freiheitlichen Jugend und ist beim Bundesheer.

Michael Winter (11.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Jungabgeordnete, sehr geehrte Gäste!

Wir stehen leider heute vor bitterlichsten und schrecklichsten Tatsachen. Um nackte Zahlen zu nennen: Es gibt jährlich in Österreich rund 200 Todesopfer durch Drogenmissbrauch, rund 32.000 Süchtige. Jeder fünfte Fünfzehnjährige hat bereits einschlägigen Kontakt mit Cannabis gehabt. Die AGN - Arbeitsgemeinschaft für Notfallmedizin sowie die Suchtmittelgruppe der Kriminalpolizei Graz sprechen in ihren Berichten von einem wahren Boom der Drogenszene in der kompletten Steiermark mit dem Zentrum Graz. Zusätzlich wird bestätigt, dass es praktisch an jeder in der Steiermark befindlichen Schule Gruppierungen gibt, die in einem Naheverhältnis zur Drogenszene stehen und die einen Einstieg in diese Szene erleichtern. Wenn man sich die Tatsachen ansieht, müsste man eigentlich der Meinung sein, dass im Prinzip jeder vernünftig denkende Mensch meinen würde, dass hier ein Problem vorliegt, und dass etwas dagegen unternommen werden müsste. Die Frage ist natürlich, wie man es angeht und welche Maßnahmen man setzt. Es müsste aber generell ein Konsens aller Parteien, aller Ideologien vorhanden sein, um hier eine Problematik festzustellen und etwas dagegen zu unternehmen. Wer sich jetzt gedacht hat, dass dies der Fall sein würde, der irrt leider. Ich erinnere hier an den Landtagswahlkampf 2005, bei dem die Grüne Jugend einen 5 Meter hohen Joint am Kapfenberger Hauptplatz aufgestellt hat und scheinbar an der Drogenproblematik nicht das Geringste auszusetzen hat (*Beifall*) und ganz im Gegenteil Drogen für ihre Werbezwecke einzusetzen versucht.

Meiner Meinung nach muss genau hier der Jugendlandtag – er repräsentiert ja einen Teil der Steiermärkischen Jugend – ein klares Zeichen setzen und hier einer Verschärfung der Drogengesetze, wie es eben in diesem Antrag formuliert ist, zustimmen. Wer aber genau so denkt, dass die Grünen hier die einzige Partei sind, die im Landtag vertreten ist und scheinbar wenig gegen die Drogenproblematik zustande bringen möchte, der irrt. (*Glockenzeichen des Präsidenten*)

Ganz kurz die Ausführung noch: Es gibt auch die KP-Stadträtin, die derzeit einen Konsumraum für Drogenabhängige in Graz vorschlägt. Dort könnte man Drogen legal unter ärztlicher Aufsicht konsumieren und so quasi könnte in diesen Räumen – positiv verbal natürlich – auf die Drogenabhängigen eingewirkt werden. Hier muss eindeutig etwas dagegen unternommen werden und daher muss diesem Antrag unbedingt mit einer möglichst breiten Mehrheit zugestimmt werden.

Danke sehr. (*Allgemeiner Beifall – 11.32 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als nächstes zum Thema „Wählen mit 16“ hat sich Frau Natalie Schadler gemeldet. Sie ist LSV-Mitglied und Schülerin. Ich bitte um die Wortmeldung.

Natalie Schadler (*11.32 Uhr*): Sehr geehrte Abgeordnete!

Also ich stimme mit dem Antrag nicht ganz überein, weil ich finde, dass jeder ab 16 das Recht haben sollte zu wählen. Im Staat Österreich wird uns mit 14 Jahren zugetraut, uns dafür zu entscheiden, welcher Religion wir angehören wollen, mit 16 Jahren wird uns zugetraut zu entscheiden, ob wir rauchen wollen, wieviel Alkohol wir konsumieren. Wir dürfen mit 16 Jahren bei Gemeinderatswahlen mitwählen, aber wir dürfen nicht bei Landtagswahlen wählen oder bei Nationalratswahlen. Das verstehe ich nicht ganz. Wenn uns zugetraut wird, dass wir uns dafür entscheiden, welche Richtung wir in der Gemeindepolitik befürworten, glaube ich schon, dass wir auch wissen können, in welche Richtung wir wollen, dass die Politik im Nationalrat oder Landtag läuft.

Was ich an diesem Antrag eigentlich schon fast bedenklich finde, ist, dass darin steht, dass politische Bildung sozusagen zuerst einmal stattfinden muss. Ich finde es ganz arg, wenn wir davon ausgehen müssen, dass 16-Jährige noch nicht genügend politische Bildung erfahren haben, um wählen zu können. Ich meine, da muss die Politik irgendetwas unternehmen, dass es Teil des Rahmenlehrplanes wird – wenn es das noch nicht ist, dass Leute mit 16 Jahren in der Lage sind, zu wissen, was sie politisch wollen. Ich glaube auch, dass dies die meisten auch sind. Politik ist die Gestaltung der Zukunft und die Zukunft betrifft vor allem die 16-Jährigen. Ich bin schon der Meinung, dass Wählen ab 16 ganz wichtig ist und auch gefordert werden sollte.

Noch etwas: Es ist so, dass wir diesen Vorschlag laut der bestehenden Geschäftsordnung des Jugendlandtages nicht abändern können. Deshalb würde ich gerne anregen, dass die Geschäftsordnung zukünftiger Jugendlandtage so aussieht, dass (*Beifall mit unverständlichem Zwischenruf*) solche

Vorschläge in der Beschlussfassung noch abgeändert werden können. (*Glockenzeichen des Präsidenten*) Danke. (*Allgemeiner Beifall – 11.35 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Markus Hendlich von der HTL-Kapfenberg – „Wählen mit 16“. Ich bitte darum.

Markus Hendlich (11.35 Uhr): Hohes Landtagspräsidium, werte Abgeordnete des Jugendlandtages! Mein Name ist Hendlich Markus, ich bin 18 Jahre alt und besuche zur Zeit die HTL in Kapfenberg. Ich habe mich dazu entschieden, dass ich mich zu dem Thema „Wählen ab 16“ noch einmal äußere, weil ich einfach der Überzeugung bin, dass ein Großteil der Jugendlichen in Österreich wenig Ahnung von Politik hat. Ich weiß, es ist eine brutale Aussage, aber ich stelle das jetzt einfach einmal so in den Raum.

Wenn man in der Schule das Wählen ab 16 in politischer Bildung besprechen würde, könnte man vielleicht auch weiterhin darüber reden, im Landtag oder bei Nationalratswahlen dies durchzuführen. Nur ich bin der Meinung, ohne genügende Vorkenntnisse ist es nicht möglich, dass man jetzt im Landtag in einer weitreichenderen Sache noch eine breite Wählerschar eben aufmacht, für Parteien, die nur auf radikale Dinge aus sind, wofür Jugendliche recht leicht zu begeistern sind. Danke. (*Allgemeiner Beifall – 11.37 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet zum Thema „Wählen mit 16“ ist Herr Stefan Jeitler, Obmann des Ausschusses Landesschulsprecher, BMHS Steiermark und Bundesbereichssprecher. (*Vereinzelter Beifall*)

Stefan Jeitler (11.37 Uhr): Sehr geehrte Anwesende, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter – schön, dass Sie auch den Weg zu uns gefunden haben, danke für Ihre Anwesenheit auf jeden Fall!

Kurz die Pointe am Rande. Der Landtag hat lange gehalten in seiner baulichen Form, da ist die Michi Kaufmann zu uns gekommen. Aber ich hoffe, das wir es herrichten können, gell Michi.

Der Punkt, weshalb ich heraus gekommen bin und mich zu einer zweiten Rede hierher stelle, ist der, dass ich bei einer Rede meines Vorredners – vom Herrn Till – eigentlich nur den Kopf schütteln konnte. Also der Unsinn, den du da verzapfst, der sucht seinesgleichen. Du diskreditierst – und ich hoffe, du bist dir dessen jetzt bewusst, ich spreche es ganz deutlich überspitzt aus – jeden Abgeordneten von uns Jugendlichen hier herinnen, indem du sagst, dass wir Jugendliche unmündig sind. „...Teile von den Abgeordneten hier unmündig sind“, jetzt bitte erkläre mir einmal (*Unverständlicher Zwischenruf*) ... bitte, eine Gesprächskultur haben wir schon. Jetzt lass mich einmal

ausreden, und dann sagst du einmal was dazu. Deshalb gibt es ja diese netten Zettel, die du abgeben kannst.

Du kannst nicht zu einem Jugendlichen, der hier herinnen sitzt, sagen, dass er unmündig ist zu jugendrelevanten Themen, wofür der Jugendlandtag da ist, Stellung zu nehmen. Ich glaube, zu jugendrelevanten ... (*Herr Till: „Wenn er nicht wählen darf? Was ist er in deinen Augen? Ich weiß nicht!“*) Du hast gesagt, er ist unmündig. Aber diskutieren wir nicht darüber, das können wir dann bei einem Glas Wasser machen.

Fakt ist, der Jugendlandtag ist ins Leben gerufen worden, um der Landesregierung die Meinung der Jugendlichen vor Augen zu führen. Dies auf einer sachlichen Basis. Ich glaube, die Landesregierung denkt sich etwas dabei, dass sie Jugendliche aussucht, um jugendrelevante Themen zu diskutieren und zu erörtern. Denn, wenn die Landesregierung der Meinung wäre, dass meine Großeltern die idealen Leute dafür wären, dass sie hier jugendrelevante Themen diskutieren, hätten sie nicht die Jugendlichen eingeladen. Oder? Also ich glaube schon, dass wir sehr wohl mündig sind hier herinnen. Ich hoffe, dass wir hier eine breite Zustimmung haben. (*Bravo-Rufe und kräftiger, allgemeiner Beifall*) Aber ein Punkt ist mir noch viel wichtiger und das ist der Punkt „Wählen ab 16“. Eine Gemeinderatswahl, eine Landtags- und Nationalratswahl sind wohl 3 verschiedene Bereiche. Das muss man auseinander halten. Bei der Gemeinderatswahl habe ich als 16-Jähriger Einblick in das Gemeindegeschehen gehabt, weil ich gewusst habe, was in meiner Gemeinde vor sich geht und was für die Jugend gemacht wird. Da tue ich mir im Landtag schon schwerer. Denn ich habe nicht die Zeit, dass ich zu jeder Landtagssitzung nach Graz fahre und mir anschau, welche Abgeordnete von welcher Partei für welches jugendrelevante Thema eintreten. Da tue ich mir auf der Gemeinde schon leichter. (*Unverständlicher Zwischenruf*) Ich ersuche dich zum letzten Mal, dass du mich ausreden lässt. Danke.

Auf jeden Fall, Fakt ist, ich habe eine ganz große Bitte an dich. Bitte, bitte, bitte (*Glockenzeichen des Präsidenten*) hänge die Glaubwürdigkeit von Jugendlichen nicht auf ihr Alter auf und vor allem pass auf, dass du nicht den Jugendlandtag selbst in den Schatten stellst und nicht die Befürchtungen in den Raum stellst. Danke vielmals. (*Allgemeiner Beifall – 11.40 Uhr*)

Felix Schotter (*11.39 Uhr*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, liebes Publikum, liebe Landtagsabgeordnete!

Ich möchte jetzt noch kurz ad hoc das Thema „Wählen mit 16“ ansprechen, werde dann auf ein anderes Thema übergehen. Es tut mir nicht Leid, dass ich dem Stefan Jeitler zustimmen muss, aber die Gemeinderatswahl ist eine Persönlichkeitswahl. Und wenn ich sehe, mein Bürgermeister oder der, den ich favorisiere, ist ein guter Kerl, ich habe mit dem schon einmal ein Bier getrunken, man sieht ihn im Gasthaus, vor allem in der ländlichen Gemeinde sind diese Leute absolut präsent, dann kann ich mir ein Bild davon machen, ob er meine Meinung vertreten würde. Ich denke, dass sehr viele, die im

Gemeinderat wählen gehen, nicht Partei sondern wirklich Persönlichkeit wählen. Und das finde ich gut. Und man soll einer Persönlichkeit, die meine Meinung im Gemeinderat vertreten kann, natürlich seine Stimme geben. Aber im Landtag ist es absolut verfehlt. Der Landtag ist für mich als Grazer nicht weit weg. Aber ich denke, es gibt auch Leute aus Bad Aussee, die in ihrem Leben vielleicht einmal in Graz waren, vielleicht zweimal, die nicht einmal wissen, wo der Landtag überhaupt ist, was der macht. Ich sage, politische Bildung gibt es bei uns ab der 7. Klasse Gym, also 11. Schulstufe. Wie kann man nur solchen Leuten erlauben, wählen zu gehen, die mit 17 nicht wissen, was die Materie und was die Parteien vor allem machen, weil Persönlichkeit im Land ist egal und im Nationalrat noch viel „egaler“. Vielleicht Vorzugsstimmenwahlkampf, aber das ist wieder ein anderes Thema. Ich denke, wir haben ja nicht gesagt, dass Wählen ab 16 im Landtag generell verboten gehört. Das hat unser Ausschuss nie beschlossen, bitte. Ich denke auch, dass es manche 16-Jährige gibt, oder dass gebildete 16-Jährige in Sachen politischer Meinung absolut wählen gehen dürften. Und deswegen fordere ich, dass eben ab jetzt – das fordert auch unser Ausschuss – in der 9. Schulstufe, wo noch jeder schulpflichtig ist, das heißt im Poly, im 5. Gymi, 1. HAK, verpflichtend politische Bildung gemacht wird. Und da geht es nicht darum, dass man irgendwie schaut, eine Gewerkschafts-Homepage oder was heute schon einmal gefallen ist, sondern was macht eine solche Partei, für was tritt eine/welche Partei an, welche Parteiprogramme gibt es. Dann bin ich mündig, wählen zu gehen mit 16 und vorher nicht.

Mein zweiter Punkt: (*Präsident: Glockenzeichen – „Die drei Minuten sind um!“*) Oh! Gut, dann werde ich jetzt damit enden und werde nochmals eine Rede einreichen. Danke! (*Beifall – 11.43 Uhr*)

Präsident: Ich habe bereits eine Minute toleriert, aber ich versuche alle gleich zu behandeln. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker (11.43 Uhr): Hohes Haus!

Ich habe mich deswegen gleich zu Wort gemeldet, weil ich um 12.00 Uhr bei einer Pressekonferenz sein muss und doch das Bedürfnis habe, ein paar Worte loszuwerden.

Ich frage mich schon, wo wir hinkämen, wenn wir nur Leute wählen lassen würden. An sich schon eine sehr interessante Formulierung, wenn man sagt „ich lasse jemanden wählen“, hat einen stark monarchistischen Zug, wenn wir nur Leute wählen lassen würden, die nach Meinung derjenigen, die wählen lassen, gebildet sind. Das ist eine völlige Verkennung demokratischen Denkens und ein völliges Verkennen politischer Zusammenhänge. Was glaubt denn ihr, wie viele, die etwas älter sind als 18 oder 20 oder 50 oder 90, Parteiprogramme kennen? Wwie viele diese politische Bildung haben, von denen hier das als Voraussetzung genannt werden soll, um überhaupt demokratische Rechte in Anspruch zu nehmen? (*Beifall*)

Liebe Freunde, das Wählen ist ein durchaus individuelles Recht. Und wenn jemand nur aus so einem Spektrum heraus seine Wahlentscheidung trifft, so ist diese Wahlentscheidung legitim. Und ich kann auch eine Wahlentscheidung aus Angst oder anderen Gründen heraus treffen. Das ist nun einmal das Wesen der Demokratie und ich persönlich halte es einmal für – na sagen wir – selbstverständlich, dass Menschen in eurem Alter durchaus Anforderungen an die Gesellschaft haben und durchaus Meinungen haben, die zu berücksichtigen sind und durchaus von der Politik und den Volksvertretern vertreten werden sollen. Und um das umzusetzen, bedarf es, dass Menschen in dem Alter auch wählen dürfen. *(Beifall)* Und wenn ich sage, für die Gemeindeebene geht es noch, aber ab Landesebene bist du zu blöd, dann ist das genau jener Zugang zur Politik, die man vom Altvorderen gepredigt bekommt und die eine Verewigung des Konservativen bedeuten. Liebe Freunde, Demokratie hat nichts mit Abwägung von Höherwertigem und weniger Höherwertigem zu tun, sondern Demokratie ist unteilbar, egal auf welcher Ebene. *(Beifall)*

Erlaubt mir noch ein Wort. Ich will da nicht obergescheit sein, aber auch Toleranz ist etwas, was im Wesen der Demokratie liegt. Und es mag schon sein, dass es Bettler gibt, die organisiert sind. Aber ich glaube, dass jene, die ein Bettelverbot verlangen, das wohl am ehesten deswegen tun, weil sie sich genieren, hinzuschauen und weil sie mit Armut nichts anfangen können. *(Beifall)* Wisst ihr, dass es in der Steiermark 140.000 Menschen gibt, die armutsgefährdet sind? Und wisst ihr, dass es in der Steiermark 70.000 Menschen gibt, die unter der Armutsgrenze leben? Und ihr kennt sie nicht – so wie wir sie auch nicht kennen. Wahrscheinlich deswegen nicht, weil Armut etwas ist, was nicht schick ist, was diskriminiert wird und diejenigen, die arm sind, sich meistens nicht aus der Deckung trauen. Und Menschen, die sich aus der Deckung trauen, egal woher sie kommen, sollen das dann natürlich auch nicht dürfen, weil es ja unangenehm ist in einer Gesellschaft wie der unsrigen, wo es uns ja relativ gut geht, zu sehen, dass es auch Arme gibt. So zu denken, ist übelstes konservatives Denken *(Beifall)* und höchst unsolidarisch mit Menschen, denen es auch in unserer Wohlstandsgesellschaft dreckig geht. Denkt auch an die. Es bedarf, so glaube ich, einer sehr großen Überwindung, sich dort unten auf die Straße hinzusetzen und die Hand aufzuhalten. Ich glaube nicht, dass einer von uns das tut ohne tatsächlich in Not zu sein. Danke! *(Beifall – 11.49 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet zum Thema „Bettlereiverbot“ ist Herr Jakob Krainz, Ring Freiheitlicher Jugend, BORG Kindberg.

Jakob Krainz (11.50 Uhr): Ich freue mich so richtig, dass ich einmal nach einem Mitglied der Landesregierung gleich auf dessen Rede Bezug nehmen kann. Wir sind es nicht, die die Bettler bestrafen wollen. Nein, wir wollen ihnen helfen, dass sie nicht ausgebeutet werden. *(Heiterkeit unter den Abgeordneten)* Immer wieder sieht man auf der Straße kleine Kinder die mit ihren Müttern usw.

dort sitzen müssen. Stundenlang in der Kälte. Das ist eigentlich Kinderarbeit, die beim Betteln passiert. Betteln gehört verboten. Wer betteln kann, könnte auch irgendwo arbeiten. (*Allgemeine Unruhe*) Ich glaube, Österreich ist so sozial, dass hier niemand verhungern muss. (*Gleichzeitige, nicht zuzuordnende, ablehnende Zwischenrufe*) Der Ring Freiheitlicher Jugend tritt auch dafür ein, dass Österreich so sozial ist, dass niemand verhungern muss. Aber, betteln ist dahingehend zu verbieten, da immer wieder Banden, wirklich organisierte Banden aus Slowenien, mit Mafiastrukturen in Busse zwängen – 30, 40 Personen, denen einen Standplatz in Graz zuweisen und dort stundenlang sitzen lassen, dann noch die Hälfte des Verdienstes einkassieren als Zuschuss zu den Fahrtkosten für den Bus. Außerdem, das Betteln belästigt uns. Immer wieder wird man angeredet von Leuten „Entschuldige, habt’s einen Euro“ usw. und das ist wirklich Belästigung. (*Landesrat Mag. Hirt: „Das kann aber kein Slowene sein!“ – Beifall*). Und weil jetzt auch noch angeredet worden ist, Punkte zur Geschäftsordnung und so weiter. So möchte ich doch sagen, dass ich Kritik äußern will am Vorsitzenden unseres Ausschusses. Wir haben als Ring Freiheitlicher Jugend einen Antrag eingebracht, dass über Zuwanderung geredet wird. Es wurde ein Antrag dann bei uns im Ausschuss, ein Entschluss gefasst, dass die Debatte nicht beendet wird. Und zwei Minuten später wird der nächste Antrag eingebracht von dem Herrn da drüben. Ich möchte es nur erwähnt haben, dass das sehr demokratiefeindlich ist. Danke die Erteilung des Wortes. (*Beifall – 11.53 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist zum Thema „Jugendgemeinderat“ Stefan Schauer, geschäftsführender Landesschulsprecher BMHS, Leibnitz.

Stefan Schauer (11.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, geschätzte Landesregierung, liebe Jungparlamentarier!

Zuerst möchte ich darauf zurückkommen – auf den Herrn da drüben im braunen „Leiberl“, weil du gemeint hast, der Zettel da. Erstens, der Zettel ist „GeO-widrig“. Ich glaube nicht, dass der Herr Landtagspräsident genehmigt hat, dass er ausgeteilt wird. (*Präsident: „Ich kenne ihn nicht!“*) Sie kennen ihn nicht. Ich kann ihn gerne nach hinten geben. Ist laut GeO verboten, da er genehmigt hätte werden müssen, bevor du ihn austeilst. (*Beifall*) (*Der angesprochene Abgeordnete: „Ich habe ihn nicht ausgeteilt.“*) (*Abgeordnete daneben: „Er hat ihn wirklich nicht ausgeteilt, Stefan.“*) O.k., keine Ahnung wer ihn ausgeteilt hat, dann nehme ich das zurück.

Jedenfalls, ich darf mich kurz vorstellen. Mein Name ist Stefan Schauer. Ich bin Geschäftsführer der Landesschulsprecher im BMS-Bereich. Und zwar, wir haben jetzt den ganzen Tag diskutiert und ich glaube, dieses Jugendparlament sollte den Sinn haben, Interessen von uns Jugendlichen – wie wir alle hier sitzen – an die Öffentlichkeit zu tragen bzw. an das zuständige, politische Gremium wie z.B. die Landesregierung, um so unsere Interessen offen zu legen und unser Mitspracherecht vielleicht auszuweiten. Im gestrigen Ausschuss Verfassung und Sicherheit haben wir deshalb eine Idee

aufgeworfen, um das Mitspracherecht der Jugendlichen in den Gemeinden besser auszuweiten. Und zwar die Idee eines verpflichtenden Jugendgemeinderates mit Antragsrecht des Vorsitzenden im nächsten Gemeinderat. Also, ich glaube, das ist für uns Jugendliche sehr wichtig, da die Wahlheimat, die eigentliche Heimat, die Gemeinde neben der Schule und dem Arbeitsraum sicher der wichtigste Lebensraum ist. Man wächst Zuhause auf, man hat dort Freunde, man fühlt sich dort wohl und kommt eigentlich immer gerne zurück. Trotzdem ist in den meisten Gemeinden – also in den kleineren Gemeinden – es nicht so, dass die Leute, der Gemeinderat, auf die Jugend eingeht. Es gibt meistens keinen Jugendsprecher, es gibt meistens keinen Jugendgemeinderat. Und ich glaube, das ist ein wesentlicher Sinn, dass in einer kleineren Gemeinde oder auch in größeren, mehr auf die Jugend eingegangen wird. Sie sind unsere Zukunft und wir sollten so auf unsere Zukunft bauen, indem wir ihnen Mitspracherecht geben. Ich glaube, dieser ganze Antrag ist im Sinne aller, im Sinne des Jugendparlaments. Danke schön. *(Beifall – 11.56 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet zum Thema „Drogenmissbrauch“ ist Herr Nutz Roman, BORG Kindberg.

Roman Nutz (11.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Mitglieder des Gremiums!

Herr Landtagspräsident, ich hätte die Bitte, dass ich nicht nur über den Drogenmissbrauch rede, sondern über alle drei Themen. Über das Bettelverbot, über Drogenmissbrauch und über die Wahl ab 16. Ich werde mich überall relativ kurz halten, weil ich zu jedem Thema etwas zu sagen habe und mir das schon sehr lange aufbehalte.

Anfangen möchte ich beim Bettelverbot. Ich habe gehört, es ist Hilfe. Es soll Hilfe sein das Betteln zu verbieten. Den Bettlern wird damit geholfen. Ich weiß nicht, ob es Hilfe ist, wenn ich Ihnen Ihre Existenz nehme. Der Bettler hat nichts. *(Beifall)* Mit Sicherheit gibt es diese Banden. Nur, sollen andere Menschen, 100.000 Menschen – grob angenommen jetzt – die betteln weil sie nichts haben, dafür leiden, weil macht- und geldgierige Organisationen aus diesen ärmlichen, aus den Menschen denen es wirklich dreckig geht, aus der sozialen Unterschicht, sollen die dafür leiden, damit andere Organisationen Geld bekommen? *(Beifall)* Hier gilt es, dass sich die Exekutive eher durchsetzt, dass die Exekutive härter durchgreift, aber nicht, dass ein allgemeines Verbot des Bettelns freigegeben oder gestattet wird.

Zum Thema „Drogenmissbrauch“ finde ich sehr gut, dass die Jugend hergeht und sagt, „Drogen – wir wollen etwas dagegen tun“. Nur sollte man eines nicht vergessen, dass mit diesem Landessicherheitsgesetz, welches das ja einschließt, der Exekutive gestattet wird, nach Willkür zu handeln bzw. nach Willkür Waffengewalt einzusetzen und nach Willkür Geldstrafen zu verhängen, die bis zu –meines Wissens – mehrere tausend Euro betragen können. Ist das eine wahre Demokratie? Ich bin eher dafür, dass das zu einem Polizeistaat neigt, Willkürherrschaft der Exekutive. *(Beifall)*

Und zum Schluss zum Thema „Wahl ab 16“. Wenn ich den – ich glaube – BMHS-Schulsprecher ansprechen darf, und zwar, er ist hier nicht weil er sagt, die 16-Jährigen sind nicht mündig, oder irgendeiner in dem Gremium ist nicht mündig. Er ist hier, weil er sagt: „Ich will was tun, damit die Wahl ab 16 erlaubt wird.“ Das zeugt davon, dass er der Ansicht ist, dass die Wahl ab 16, Jugendliche ab 16 wahlberechtigt sein müssen, weil sie die Mündigkeit besitzen zu sprechen. Wenn das nicht so wäre, dann würde er nicht hier sein, denn dann würde er das Ganze für einen Witz halten und würde mit Sicherheit nicht hier sitzen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall – 11.59 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächster spricht zum Thema Drogenmissbrauch Stefan Bauernhofer, Schüler der BHS-Hartberg.

Stefan Bauernhofer *(12.00 Uhr):* Wertes Hohes Haus, liebe Jugendlandtagsabgeordnete!

Also gleich einmal vorweg: Drogenmissbrauch – Nein, danke! Also die Frage ist eigentlich, was sollen wir noch legalisieren? Was sollen wir noch erlauben? Sollen wir etwa zulassen, dass unsere Jugendlichen bereits mit 12 bzw. 13 Jahren Alkohol und Zigaretten konsumieren? Wir sind doch nicht in den Niederlanden, wo bestimmte Drogen bereits legalisiert sind. Daher gibt es jetzt eigentlich zwei Fragen: Weshalb sollte man Drogen wie Extasy, Speed, Marihuana oder z.B. Kokain an die Öffentlichkeit bringen? Was verspricht man sich davon? Illegale Leistungssteigerungen? Da bin ich mir nicht ganz sicher. Wenn man ehrlich ist, gibt es mehr Nachteile als Vorteile, wenn man Drogen legalisiert. Es drohen eigentlich nur grausame Konsequenzen, wie z.B. die totale Abhängigkeit und Entzugserscheinungen. Also das ist alles in allem ein sogenannter Teufelskreis, aus dem man sehr schwer rauskommen kann, jedoch nicht muss, weil man eventuell sehr lange in diesem Drogenkreis gefangen ist. Daher mein Appell: Gebt den Drogen einen Korb. Danke.

(Allgemeiner Beifall – 12.00 Uhr)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als nächstes zum Thema Bettlerverbot zu Wort gemeldet ist Herr Michael Winter, Ring Freiheitlicher Jugend Steiermark und er ist beim Bundesheer.

Michael Winter *(12.02 Uhr):* Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Abgeordnete zum Jugendlandtag 2006, geehrte Gäste!

Was hier ein bisschen bisher im Landtag vorherrscht ist für mich eine verfehlte, sozialromantische Vorstellung. Diese lautet ein bisschen in die Richtung, wenn wir den Bettler nur betteln lassen, würden wir ihm früher oder später helfen, dass er sich selbst aus der Armut herauszieht. Dass aber in Wirklichkeit kriminelle Banden aus dem ehemaligen Ostblock dahinter stecken und die Bettler selbst, ob sie Geld bekommen – ja oder nein, nichts davon haben, ist eine Tatsache, die nicht zu verleugnen ist, was allerdings teilweise hier im Landtag vorhanden ist. Es muss jedem bewusst sein und ich

möchte einen kleinen Denkansatz geben, für die Abstimmung über das Bettelverbot. Es muss sich jeder bewusst sein, dass, wenn er diesem Antrag nicht zustimmt, er im Prinzip die kriminellen Machenschaften dieser organisierten Bettelbanden aus Tschechien und Slowakei mit dem Zentrum Hostice unterstützt, diese Machenschaften deckt. Gleichzeitig ist er dafür verantwortlich, dass weiterhin diese Menschenhändler diese armen, gebrechlichen Menschen genauso wie Kinder mit allen ihren Fehlern, die dementsprechend Mitleid erregend aussehen, hier nach Graz oder in die ganze Steiermark herschleppen und im Prinzip nichts anderes geschieht, als dass sie ausgenutzt werden. Das ist eine Tatsache, dass eben eine kriminelle Struktur dahinter steckt. Mit diesem Bettelverbot wird im Endeffekt den Bettlern selbst auch geholfen, indem man sie nämlich aus dieser Abhängigkeit der kriminellen Strukturen herauslöst und sie nicht mehr zu willenslosen Sklaven dieser kriminellen Strukturen aus dem Osten macht. Daher kann ich nur dafür plädieren, dass das Bettelverbot in dem Sinn angenommen wird, weil es auch Beispiele dafür gibt, dass dieses Bettelverbot wirkungsvoll ist. Es gibt dieses Bettelverbot in Fürstenfeld, in Baden bei Wien. In Wiener Neustadt ist es seit 2003 in Kraft und es funktioniert. Es gibt in Wiener Neustadt einen sozialistischen Bürgermeister, der durchaus damit zufrieden ist. Das ist fern von jeder Ideologie und kann nur befürwortet werden. Danke sehr. *(Allgemeiner Beifall – 12.04 Uhr)*

Präsident: Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Eva Duller, Schulsprecherin der Modeschule. Bitte. Ich möchte zwischendurch noch sagen, wenn wir die Stunde einhalten wollen, gehen sich noch 4 Wortmeldungen aus. Wenn wir kürzer als 3 Minuten sprechen, gehen sich noch mehrere Wortmeldungen aus. Ich habe noch 8 Meldungen.

Eva Duller *(12.05 Uhr)*: Ich werde mich kurz halten. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Jung-Abgeordnete!

Mich hat gewundert, dass der Antrag „Wählen mit 16“ gestern keine Zustimmung im Ausschuss gefunden hat. Wir Jugendlichen sind heute hier, um unsere Wünsche und unsere Bedürfnisse auszusprechen. Das Durchschnittsalter liegt – würde ich schätzen – bei 16, 17 Jahren. Uns ist nicht egal, was in unserem Land passiert. Wir wollen mitreden und mitbestimmen. Deshalb sitzen wir heute hier zusammen. *(Allgemeiner Beifall)* Warum aber wollen wir mit 16 nicht wählen? Ich sehe den Vorteil der Senkung des Wahlalters darin, dass Jugendliche schon früher mit politischem Geschehen konfrontiert werden und ihre Stimme, damit ihre Wünsche, abgeben können. Darin sehe ich eine Verbesserung der Jugendpolitik, wenn wir Jugendliche unsere Stimme abgeben können. Danke. *(Allgemeiner Beifall – 12.06 Uhr)*

Präsident: Ich danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Michael Eisner, Schulsprecher BRG Gleisdorf. Bitte.

Michael Eisner (12.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete!

Ich halte ein Bettlerverbot für unsozial. Man darf armen Leuten einfach nicht verbieten, ihr Überleben zu sichern. *(Allgemeiner Beifall)*

Zum Punkt des schriftlichen Berichtes, dass organisierte Gruppen Leute ausbeuten: Keiner ist gezwungen, den Bettlern auf der Straße Geld zu geben. Daher kann man auch nicht behaupten und es nicht verallgemeinern, dass Leute von Bettlern ausgebeutet werden. Es gibt jedoch einen Fall, in welchem ich einem Bettlerverbot zustimmen könnte. Es müsste eine besser organisierte Hilfe für Menschen, die nichts haben und nur schwer überleben können, geben.

(Allgemeiner Beifall – 12.07 Uhr)

Präsident: Das nenne ich Rücksichtnahme auf die weiteren Abgeordneten. Nächste Wortmeldung zum Thema „Wählen mit 16“ Sven Lackinger, BRG Lichtenfels. Ihn habe ich heute schon vorgestellt. Bitte.

Sven Lackinger (12.07 Uhr): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen des Jugendlandtages!

Was ich jetzt hier sagen werde, ist meine persönliche Meinung. Es wurde gestern nicht in unserem Ausschuss darüber diskutiert, ob man Wählen mit Sechzehn erlauben soll. Ich werde meine Meinung hier kundtun, weil ich dafür heute hergekommen bin und es auch ein Recht jedermanns ist, dies hier zu tun.

Wir, die wir hier sitzen und hierher gekommen sind, sind alle sicherlich sehr politikinteressiert, engagieren uns in verschiedensten Organisationen und wollen etwas für unser Land und unsere Mitmenschen tun. Jedoch dürfen wir hier nicht nur von uns ausgehen. Ohne jemanden diskriminieren zu wollen et cetera, wenn ich mir meinen Freundeskreis, meine Schulkollegen ansehe, denke ich nicht, dass über 50 Prozent von ihrer geistigen Reife her bereit sind zu wählen. Durch diese mangelnde geistige Reife ist es manchen Organisationen ein Leichtes, Jugendliche zu beeinflussen oder sie auf ihre Seite zu ziehen und ihnen einschlägige Vorurteile mitzugeben.

Jedoch, eines möchte ich anmerken um nun etwas davon abzukommen, es geht nicht nur um die Jugendlichen. Eine kleine Anekdote: Ich habe letztes Jahr auf einem Bio-Bauernhof gearbeitet und das Landleben etwas mitbekommen. Wenn mir eine 66jährige Frau sagt – das war vor den Landtagswahlen -, dass sie, das ist nur ein Beispiel bitte, den Herrn Landeshauptmann Mag. Voves gewählt hat, weil er ihr so gut gefällt, ist das meiner Meinung nach auch eine persönliche Wahl und keine Parteiwahl. Das wollte ich nur als kleine Anekdote anbringen.

Ebenso wird es verabsäumt, in gewissen Wählerkämpfen Themen zu organisieren und somit wäre eine unparteiliche Aufklärung der Jugendlichen und teilweise auch Erwachsenen absolut vonnöten.

Zum Bettelverbot möchte ich noch kurz anmerken: Ich halte es nicht für richtig, dass kleine Kinder, Mütter, Rollstuhlfahrer – es ist öfter vorgekommen, dass sich Leute in ihrer Heimat selbst verstümmelt haben, nur um mehr Geld zu bekommen – in Graz betteln. Ich halte es auch nicht für richtig, dieses Problem einfach „unter den Tisch zu kehren“ und zu sagen, wir verbieten es. Es muss eine Lösung gefunden werden und es muss diesen Leuten, die ganz klar bedürftig sind, geholfen werden. *(Glockenzeichen des Präsidenten)* Danke vielmals. *(Allgemeiner Beifall – 12.10 Uhr)*

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet zum Thema „Wählen ab 16“ ist Frau Dagmar Ehrenhöfer, BORG Hartberg.

Dagmar Ehrenhöfer *(12.10 Uhr):* Wertes Hohes Haus, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich möchte mich zum Thema „Wählen ab 16“ äußern, da ich in meinem Freundeskreis sehr stark bemerke, wie unterschiedlich sich die Leute für Politik interessieren oder nicht. Es ist verständlich, dass wir, die wir hier sitzen und uns für Politik interessieren, uns entschlossen haben, mitzusprechen. Jedoch glaube ich, dass das doch ein kleiner Teil der Jugendlichen ist. So habe ich als Beispiel in meinem Freundeskreis ein 17-jähriges Mädchen, das nach einer fundierten Hauptschulbildung mit Geschichte und politischer Bildung mich fragte, was eine Demokratie sei. Und ich finde es doch sehr schade, wenn sich Leute so wenig mit Politik auseinandersetzen, als dass sie wissen, in welchem politischen System wir leben. Leider herrscht dieser Mangel nicht nur bei Jugendlichen sondern auch bei vielen Erwachsenen. Ich appelliere daher an euch, interessiert euch für Politik, sprecht mit, aber „Wählen ab 16“ ist meiner Meinung nach keine gute Idee. Wenn schon so viele Erwachsene unmündig sind und sich nicht für Politik interessieren und einfach nur aus Sympathie wählen, wie sollen es dann 16-Jährige schaffen, sich eine fundierte Meinung zu bilden und an Hand von dieser Meinung ihr Kreuzchen zu machen. Danke! *(Beifall – 12.12 Uhr)*

Präsident: Als Nächster ist zu Wort gemeldet für „Verfassung und Sicherheit“ Lukas Schnitzer, Delegierter des LSV Steiermark.

Lukas Schnitzer *(12.12 Uhr):* Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin der steirischen Landesregierung, liebe Mitglieder des steirischen Jugendlandtages!

Ich sehe mich hier schon eher am Schluss der Debatte dazu gezwungen, einige Klarstellungen zu treffen.

Zum ersten Vorredner in diesem Bereich im Ausschuss für Verfassung und Sicherheit möchte ich sagen, warum du Kopfschütteln gehabt hast, ist mir nicht erklärlich. Aber ich möchte es dir klarstellen. Wir haben uns in diesem Ausschuss niemals für „Wählen mit 16“ ausgesprochen. Wir haben gesagt, „Wählen mit 16“ ist dann zu unterstützen, wenn eine politische Bildung ab der 9. Schulstufe erfolgt.

Dann sind wir sehr wohl dafür, dass Jugendliche mit 16 bereits zur Wahl gehen dürfen. Aber unter der Voraussetzung, dass sie dies nicht haben, ist es relativ unklug, würde ich jetzt einmal sagen, dies zu unterstützen. (*Einer der Abgeordneten: „Ich habe es nie behauptet!“*) Du hast es sehr wohl behauptet. Du hast gesagt, es ist Unfug, dass man 16-Jährige nicht zur Landtagswahl und Nationalratswahl zulässt. Bitte, und jetzt lass mich weiter fortfahren, ich möchte zum zweiten Punkt kommen, zum Armutsthema, das hier die Freiheitliche Jugend angesprochen hat. Ich finde es traurig, wie ihr gesagt habt, Armut und Betteln ist ein Verbrechen. Ich finde es traurig, dass in Österreich Leute überhaupt auf die Straße gehen müssen, um zu betteln. Aber wir wollten mit diesem Bettelverbot, was wir auch als zweiten Punkt abgestimmt haben, sagen, Leute, die betteln, wollen wir weg von der Straße bringen und hin zur sozialen Betreuung, damit diese Leute, die gezwungen sind, zu betteln, wieder den Einstieg in unsere Gesellschaft finden. Ich glaube, das sind wichtige Punkte, die man nicht im Raum stehen lassen soll, sondern klarstellen soll. Danke! (*Beifall – 12.15 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zum „Bettlerverbot“ hat sich Herr Manuel Wörndle, Schüler Neues Gymnasium Leoben, zur Wort gemeldet.

Manuel Wörndle (*12.15 Uhr*): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Jugendlandtagsabgeordnete und Gäste!

Wir leben – wie leider Gottes festzustellen ist – in einer jetzigen Zeit, in der die Armut auf der gesamten Welt immer mehr zunimmt. Und mit der gesamten Welt meine ich auch Österreich. Ja, genau, das reiche, wirtschaftlich angeblich bestens dastehende Österreich. Auch hier nimmt die Armut drastisch zu und das nicht nur in den ausländischen Emigrantenfamilien sondern auch wohlgemerkt in österreichischen Familien. Dies sollte nur einmal gesagt und aufgezeigt werden.

Nun aber zum Thema „Bettlereiverbot“. Es mag schon sein, dass das Betteln unter anderem in der Steiermark von organisierten Gruppen missbraucht wird und dies ist selbstverständlich aufs Schärfste zu verurteilen und übrigens auch laut Gesetz verboten. Aber man muss trotzdem bedenken, dass es auch Hunger leidende, zukunftslose, so genannte richtige Bettler gibt, die nicht nur aus Geldsucht, sondern mit dem Hintergrund zu überleben auf den Straßen lungern und um ein paar Almosen betteln. Ich bin mir sicher, dass jene das sicher nicht aus Spaß machen. Wenn jetzt aber im gesamten Bundeslande ein allgemeines Bettlereiverbot durchgesetzt wird, hat das zur Folge, dass die wahren hilfsbedürftigen Menschen auch ihre letzte Einnahmequelle verlieren. Und dann darf man sich nicht wundern, wenn solche Leute auf die kriminelle Bahn geraten, um sich auf diese Weise ihr Leben zu finanzieren, was natürlich dann auch wieder nicht richtig ist. Deshalb schlage ich vor, dass Herbergstätten gebaut werden sollten, in denen es Gratisessen und Verpflegung gibt, denn so kann man sich sicher sein, dass dorthin nur jene Art von Menschen kommen, die wirklich einen schrecklichen Kampf gegen den Hunger ausüben, weil es in diesen Nahrungsstätten ja nur Essen und

Verpflegung und kein Geld zu holen gibt. Im Übrigen möchte ich nur noch klarstellen, dass es in Steiermark und auch im restlichen Österreich kein Gesetz gibt, das besagt, das Spenden seines Geldes an einen Bettler ist Pflicht. (*Glockenzeichen des Präsidenten*) Gleich! So kann also jeder mit seinem Geld machen, was er will. Der, der sein Geld für seiner Meinung nach hilfsbedürftige Bettler hergibt, kann es ruhigen Gewissens tun. Und wenn nicht, kann er es mit ebenso ruhigem Gewissen bleiben lassen. Danke! (*Beifall – 12.17 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Anna Zenz zum Thema „Betteln“, Schülerin. Ich bitte, meine Damen und Herren, um kurze Wortmeldungen. Wir haben die Zeit bereits überschritten. Ich werde nach der Wortmeldung der Frau Landesrätin einen Vorschlag machen.

Anna Zenz (12.17 Uhr): Sehr geehrte Anwesende!

Ich bin eigentlich sehr schockiert über die Meinung vieler zum Thema „Betteln“ und ich bin gegen ein Verbot von Betteln aus dem Grund, wenn wir Betteln verbieten auf Grund existierender, organisierter Bettlei oder Verbrecherbanden, dann ist das Problem damit nicht beseitigt. Wir sehen es vielleicht nicht mehr, aber es ist noch da. Und ein Bettelverbot wäre nur dann annehmbar, wenn wirklich die Ursprünge bekämpft werden.

Und dann wollte ich noch meinen Kollegen korrigieren, weil Sie nämlich gesagt haben, dass sehr viele Bettler lästig sind. Also mir ist noch kein lästiger Bettler untergekommen, sondern vielleicht Schnorrer am Hauptplatz, die sich noch ein Bier kaufen damit. Aber Bettler sitzen nur da und halten die Hände hin oder einen Becher. Das war es eigentlich, was ich alles sagen wollte. Danke! (*Beifall – 12.19 Uhr*)

Präsident: Danke schön! Da die Frau Landesrätin um 12.30 Uhr eine Pressekonferenz abzuhalten hat, hat sie sich zu Wort gemeldet. Ich danke dir, Frau Landesrätin, dass du die ganze Sitzung hindurch hier anwesend warst. Du hast damit auch bewiesen, dass dir die Anliegen der Jugend wichtig sind. Ich darf dir nun das Wort erteilen. (*Beifall*)

Landesrätin Dr. Vollath (12.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Jugendabgeordnete!

Als erstes mein Dank an Sie alle für die wirklich mit äußerster Disziplin abgeführte Debatte. Ich möchte Sie von Herzen ermutigen, dass Sie sich weiter aktiv in politische Prozesse einbringen. Ich möchte aber auch einen Appell an Sie richten:

Bitte setzen Sie sich mit den wichtigen Themen kritisch und vorurteilsbewusst auseinander. Vorurteilsbewusst meint, es ist eine Illusion zu sagen, dass jemand vorurteilsfrei sein kann. Jeder von uns hat Vorurteile, aber man muss sich dieser Vorurteile bewusst sein, um sich Themen wirklich ganz öffnen zu können. Und kritisch meint in diesem Zusammenhang, holen Sie sich bestmögliche

Informationen ein von mehreren Seiten, verlassen Sie sich nicht auf eine Informationsquelle, hinterfragen Sie Informationen. Lassen Sie bitte andere Meinungen zu und hören Sie sich andere Meinungen auch offen und vorurteilsbewusst an. Und dann kommt der wichtigste Schritt. Bilden Sie sich aus dem was Sie gehört haben, Ihre eigene persönliche Meinung. Lassen Sie Ihr eigenes persönliches Gewissen sprechen, leisten Sie Ihrem persönlichen Wissen Ohr und werden Sie auf diese Weise zu einem mündigen Staatsbürger zu einer mündigen Staatsbürgerin, die unsere Gesellschaft in eine positive und gute Zukunft tragen. Danke für Ihre Teilnahme an diesem Jugendlandtag.

(Beifall – 12.20 Uhr)

Präsident: Ich danke dir, Frau Landesrätin. Ich wünsche dir bei dieser Pressekonferenz ein gutes Gelingen. Es sind sicherlich Botschaften für die Öffentlichkeit, die wichtig sind.

Und jetzt, meine Damen und Herren! Es ist ja im Leben Toleranz eine ganz wichtige Sache. Normalerweise sagt der Präsident jetzt, die Zeit ist überschritten, die Rednerliste geschlossen. Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen. Es sind aber alles Redner, die bereits am Rednerpult waren oder schon zweimal, aber nicht zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich würde daher bitten, dass die Toleranz der Redner auch groß ist und dass Sie doch noch zu Wort kommen, aber sich auf 1, 2 Minuten beschränken. Findet das die Zustimmung des Hohen Landtages. *(Beifall)* – Ihr Applaus hat mich bestätigt.

Daher ist als Nächste zu Wort gemeldet zum „Bettlerverbot“ Frau Nathalie Schadler, LSV-Mitglied und Schülerin. Bitte.

Nathalie Schadler *(12.23 Uhr)*: Es ist ein bisschen zynisch so zu tun, als wäre man so sozial wenn man sagt: „Ja, wir müssen den Leuten erlauben, dass sie auf der Straße sitzen und betteln. Die kämpfen ja um ihre Existenz.“ Wir sollten es eher bedenklich finden, dass Leute auf der Straße sitzen und betteln und für ihre Existenz kämpfen und nicht sagen: „Wir sind so sozial. Ja super, dass die da sitzen.“ Ich finde das ehrlich gesagt ziemlich zynisch. Ich finde, wir sollten einmal über das System nachdenken und uns eigentlich genieren, dass wir jetzt im Jahr 2006 noch Mitglieder der Gesellschaft haben, die auf der Straße sitzen müssen. Das war es eigentlich. *(Beifall – 12.23 Uhr)*

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich herzlich unter uns begrüßen, er ist zuständig für Landwirtschaft und Wohnbau, unseren Landesrat Hans Seitinger. Herzlich willkommen. *(Beifall)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Stefan Jeitler, Landesschulsprecher Steiermark. Bitte sehr. Die Länge der letzten Rede, die war super.

Stefan Jeitler (12.24 Uhr): Ich werde mich nicht ganz daran halten können. Ich werde mich aber kurz halten. Ich möchte nur dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker kurz zustimmen. Er hat gesagt, „Du bist zu blöd den Landtag zu wählen“, zu einem 16jährigen zu sagen, „das ist ziemlich hart.“ Ich gebe ihm vollkommen Recht. Es ist wirklich hart, Jugendlichen ins Gesicht sagen zu müssen, dass man zu blöd ist. Aber, ich würde das gerne umformulieren. Ich würde gerne sagen: „Lieber Jugendlicher, du hast das Pech in einem politischem System zu sein, wo es nicht möglich ist, mit 16 Jahren das Wissen zu haben, um eine nachhaltige politische Entscheidung zu treffen.“ (Beifall) Aber, wie so oft im Leben schließt sich der Kreis. Im Endeffekt haben wir heute Landtagssitzung gehabt, die Jugendlandtagssitzung über die wir sehr froh sein können. Ich möchte auch ein paar positive Seiten herausheben. Wir haben sehr viel zwiespältige Diskussionen gehabt, sehr viele Zwischenrufe – die nicht unbedingt sein müssen, aber die wir uns auf jeden Fall von den Erwachsenen schon abgeschaut haben. Im Endeffekt möchte ich euch mitgeben, für mich war es das vierte Jahr in der Schülervertretungspolitik sprich in der Politik der Schüler. Ich habe durch diese Politik, durch diesen Zugang zur Politik sehr viele wunderbare Menschen kennen lernen dürfen. Ein Haufen der Menschen ist auch heute da. Ich möchte euch, als Landesschulsprecher, nicht nur den Schülern, sondern auch den anderen Jugendlichen die da sind, eines mit auf dem Weg geben. Bitte lasst euch eure Freude an der Politik nicht durch irgendwelche Meinungen, Parteien oder sonst was, zerstören. (Beifall) Im Endeffekt gibt es soviel liebe, extrem nette jugendliche Menschen, mit denen man diskutieren kann, Spaß, zwischenmenschliche Gespräche und sonstiges haben kann, einfach den Spaß an der Politik gemeinsam teilen kann.

Und ein letzter Satz meiner Rede heute, dann ist meine Redezeit auch schon vorbei, was mich gestört hat: Konservatives Gedankengut als Übelstes darzustellen. Unabhängig von parteilichen Meinungen halte ich konservatives Gedankengut für nicht so übel. Weil im Endeffekt heißt es nur, dass wir uns auf alte Werte besinnen und ich glaube, so schlecht steht unser Land nicht da und so schlecht geht es nicht, dass wir sagen müssen, konservativ ist schlecht. Danke vielmals. (Beifall – 12.26 Uhr)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet zum Thema „Bettlerverbot“ ist Nutz Roman, BORG Kindberg.

Roman Nutz (12.27 Uhr): Ich stehe nun das letzte Mal da, nerve Sie. Und zwar wegen dem Bettlerverbot, weil darauf hingewiesen wurde, „Bettler zurück zur Sozialität, eben zum sozialen Wesen des österreichischen Staates.“ Hier steht im Bettlerverbot, im Antrag, dass das gehandhabt wird nach dem Landessicherheitsgesetz. Vom Landessicherheitsgesetz ist das eine einzige Vorgabe, dass

hier die Exekutive ohne konkrete Verdachtsmomente zur Ermittlung befähigt wird. Ich lese da ehrlich gesagt keine Zurückführung zur Sozialität hin. („Das ist aber traurig.“) Wenn Sie sagen, (*Nicht zuzuordnende, unverständliche Zwischenrufe*) nein, sicher nicht. („Lies nach, steht da.“) O.k., Entschuldigung. Da muss ich mich entschuldigen. (*Beifall – 12.28 Uhr*)

Präsident: Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Schotter Felix, Grazbachgasse. Ich erteile ihm das Wort.

Felix Schotter (*12.28 Uhr*): Herr Landtagspräsident, liebe Abgeordnete.

Es sind für mich jetzt die letzten Worte. Und hier möchte ich noch ganz kurz am Anfang, bevor ich auf das Bettelthema eingehe, noch Dankesworte aussprechen. Danke für diejenigen, die diese Zettel aufgelegt haben. Ich lese nur die Überschrift vor „Gegen den Missbrauch des Jugendlandtages“. Und da bin ich absolut dafür, ich kann das nur unterstützen, denn wenn ich schau wie viele Leute heute geredet haben, die ich dem linken Lager zuteile, die vorgeschriebene Texte hatten, wo es sicher nur die Formulierung ihrer Parteisekretäre drinnen war, dann ist es absolut nicht OK. (*Beifall*) Weiters möchte ich mich noch bedanken, gestern hat der SJ Generalsekretär gesagt, wir waren „unter der Gürtellinie“. Ich finde es war sehr fair, mir taugt es und ich finde, es war ein sehr harmonischer Ablauf. Es waren keine bösen Worte drinnen.

Jetzt noch ganz kurz. Ich werde mich kurz halten zum Thema Bettelverbot. Meine Vorredner waren zweimal RFJ, einmal weiß ich nicht – aus meinem Ausschuss halt und ich denke, es ist nicht ganz klar herübergekommen, um was es mir persönlich zum Beispiel geht. Denn indem man die Leute weg von der Straße bringt, indem man ihnen verbietet zu betteln, gibt man dem Staat Österreich, der Regierung, dem Land, der Polizei, der Exekutive den Auftrag, diese Leute wieder zu integrieren und anscheinend schafft unser Staat es nicht, diese Bettler zu integrieren. Also müssen wir Maßnahmen setzen. Wenn wir ihnen verbieten zu betteln, stehen die Leute herum – und herumstehende Leute werden beschäftigt. Es ist einfach so. Das Bettelverbot ist einfach nur eine Reaktion darauf, dass der Staat nichts tut. Wir müssen dem Staat zeigen: „Kümmere dich darum, fangen wir diese Leute wieder auf“, da ist ein Bettelverbot die absolut beste Maßnahme. Danke. (*Beifall – 12.30 Uhr*)

Präsident: Die vorerst letzte Wortmeldung der jugendlichen Abgeordneten ist von Christian Fiammengo, Landesschulsprecher AHS, Lichtenfelsgasse.

Christian Fiammengo (*12.30 Uhr*): Hohes Präsidium, werte Abgeordnete, liebe Gäste und Jugendlandtagsabgeordnete!

Ich möchte nur kurz zum Bettelverbot ein paar Klarstellungen sagen, bevor ich auch mit Dankesworten schließen werde. Man muss da, glaube ich insoferne differenzieren: Betteln mit

Kindern in der Hand oder so etwas in der Art ist in Österreich gesetzlich verboten. Das ist auch gut so. Ich war vor kurzem in Italien, habe dort gesehen, es ist eine Frau einen ganzen Tag vor einem Geschäft mit einem kleinen Kind gesessen und hat es gestillt. So etwas ist in meinen Augen schlimm und es ist gut, dass es in dieser Form in Österreich verboten ist. Genauso das Betteln organisiert von Banden und Kriminellen. Das gehört einfach verboten. Wenn jetzt ein normaler Mensch dort sitzt, wirklich aus Armut, finde ich persönlich, sollte man die Augen nicht verschließen und es ihm verbieten. Aber dennoch ist es, glaube ich, sehr schwer, mit so einem Bettelverbot dann wirklich ... Es ist wichtig, dass man die Organisierten trifft. Ich finde, es ist sehr schwer auszudrücken. Es ist wirklich ein polemisches Thema mit vielen konträren Meinungen. Ob jetzt Bettelverbot – ja oder nein – sollte jedem selbst überlassen sein. Prävention, Hilfe ist, glaube ich, bei weitem wichtiger, als dass man sie jetzt auf der Straße sitzen lässt. Es ist erniedrigend und gegen die Menschenwürde, dass jemand auf der Straße sitzen muss, um sich sein tägliches Brot zu verdienen. Das verurteile ich absolut und strikt. Erst recht, wenn das organisiert und mit kriminellem Hintergrund ist. *(Allgemeiner Beifall)*

Abschließend möchte ich mich nun bedanken. Es war mein erster Jugendlandtag. Es hat mir sehr gut gefallen. Ich habe gestern am Abend, es ist schon kurz von meinen Vorrednern angeschnitten worden, relativ – nennen wir es nicht negative Meinungen – störende, die Gesellschaft störende Sachen gehört, was heute geschehen wird. Es ist relativ wenig davon geschehen. Ich möchte mich dafür bei allen bedanken. Ich hoffe, es hat euch gleich viel Spaß gemacht wie mir. Vielleicht sehen wir uns wieder einmal. Bleibt weiterhin so engagiert und fleißig. Danke. *(Allgemeiner Beifall – 12.32 Uhr)*

Präsident: Ich danke allen Damen und Herren. Es gibt noch eine Wortmeldung. Das ist Herr Landesrat Seitinger, ich erteile ihm das Wort. *(Allgemeiner Beifall)*

Landesrat Seitinger (12.32 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe junge Freunde!

Ich will die Zeit nicht hinauszögern. Ich möchte mich vorweg entschuldigen, dass ich zu spät gekommen bin. Wir haben heute Vormittag ein großes Zukunftsthema aufgearbeitet, nämlich das Zukunftsforum Ländlicher Raum. Die neue Landentwicklung Steiermark ist in der Hans Sachs-Gasse eröffnet worden und nachdem ich hier der Hauptverantwortliche bin, habe ich dort sein müssen. Ich möchte deshalb danke sagen, dass ihr diese Abwesenheit entschuldigt habt oder vielleicht entschuldigen werdet.

Zwei Sätze nur: Ihr seid die Zukunft dieses Landes und ich habe jetzt nur ein paar Minuten zuhören können, wie gut oder lebendig argumentiert hier schon an die Sache herangegangen wird von euch. Ich muss euch eines schon sagen: So etwas erwarten wir uns von der Jugend. Doch sehr klar in der Ausdrucksweise aber auch vernünftig in der Sache selbst diskutieren zu können, das gehört auch schon in die Jugend. Das gehört nicht erst so quasi ab einem gewissen Alter, das gehört auch schon in die Jugend. Ich habe selbst zwei Kinder zu Hause, man kann eigentlich gar nicht mehr Kinder sagen.

Die Tochter ist 20 Jahre und der Bursche geht in die 8. Mittelschule, ist also 17 Jahre. Die beiden denken auch schon sehr intensiv über die Politik, über das Leben nach. Ich möchte sehr klar sagen, ihr werdet die sein, die in Zukunft – in wenigen Jahren – in den Gemeinden die politische Gestaltung sehr wesentlich mitdenken, mitgestalten. Ihr werdet die sein, die kritische Themen aufgreifen. Ihr werdet auch die sein, die da und dort klare Veränderungen in unserem Land herbeiführen werden. Ich möchte euch Mut zusprechen. Es ist also heute schon einmal hier gesagt worden, auch von der Kollegin Vollath. Diesen Mut zu haben, deutlich etwas zu sagen, aber auch den Respekt vor dem anderen zu haben. Denn wir wissen alle, die Demokratie ist eine sehr teure Art des Zusammenlebens, auch oft eine sehr komplizierte und aufwendige. Sie ist aber unumstritten die beste Art, die es gibt auf dieser Welt, wo Menschen im Frieden zusammenleben können und wo auch das Streitbare noch Platz hat. Ich möchte euch wirklich auch um eines bitten: Wo immer ihr argumentieren werdet, wo immer ihr euch einbringen werdet – in der Gemeindestube, in den Vereinen, in den Verbänden, in den verschiedensten Organisationen -, bringt euch ein, so wie ihr es im Kopfe auch habt. Bringt euch ein, sehr deutlich und klar auch in der Sprache, aber vergesst nie, dass auch der andere Mensch ein Herz in sich trägt, einen Verstand. Vielleicht hat er eine andere Auffassung zum einen oder anderen Thema. Respektiert auch die Meinung des anderen. Das ist wichtig – auch in einer harten Auseinandersetzung, dass man sich im Nachhinein immer noch in die Augen schauen kann, und dass man auch im Nachhinein noch sagen kann: „Du bist vielleicht nicht ideologisch mein Freund, aber im Grunde genommen schätze ich dich als Mensch und schätze dich als den, der halt eine andere Ideologie, eine andere Denkweise sozusagen zum Leben hat.“ Diesen Respekt vor den Menschen sollte man immer haben und ich bitte euch auch wirklich, den mitzunehmen. Denn man spürt das auch ein bisschen in der politischen Kultur und in der Diskussion, die wir zurzeit auf der politischen Bühne erfahren. Ganz egal ob das im Land oder im Bund ist. Diese harte Sprache, das vielleicht etwas unter der Gürtellinie Hingreifende, hat zunehmend mehr Erfolg – auch in der Wahlauseinandersetzung. Ich glaube, es sollte ein bisschen unser Ziel sein, dass wir wissen, was wir vor einer Wahl unseren politischen Gegnern oder Mitbewerbern – wie immer man sich ausdrücken möchte – sagt, damit man auch nach einer Wahl mit ihnen zusammenarbeiten kann. Das ist ein ganz ein entscheidender Punkt. Im Übrigen nicht nur in der Politik, sondern auch im Leben ist es dasselbe. Das kann ich euch aus meinem Leben so sagen. Ich danke euch herzlich, dass ihr so aktiv mit dabei gewesen seid und mitgestaltet habt. Ein bisschen habt ihr das Gespür, was sich hier herinnen tun kann. In Summe kann man sagen, das was hier herinnen im Lande Steiermark sehr oft ausgetritten wird, sehr oft einstimmig beschlossen wird, Gott sei Dank, ist ja das, was ihr dann draußen alle verspürt. In eurem Leben, auf eurem Arbeitsplatz, in der Wirtschaft, in der Kultur, im sozialen Leben, auch in den wichtigen Fragen, die hier heute angesprochen worden sind – Bettlerverbot und so weiter. Das sind alles wichtige Themen, die hier abgehandelt und letztlich sehr differenziert gesehen werden. Aber in der Summe, glaube ich, das hat der letzte oder vorletzte Redner sehr, sehr gut gesagt. Unser Land steht gut da. Wenn man im

internationalen Blickfeld unser Land vergleicht, kann man sagen, hoffentlich ist das auch in 5, 10, 20 Jahren noch so, wenn vielleicht eure Kinder da vorne im Jugendlandtag sitzen oder stehen werden. Hoffentlich ist es so. Dazu müssen wir alle beitragen. Vor allem auch ihr, die ihr in der nächsten Zeit an der führenden Position im Denken, im Gestalten dieses Landes dabei sein werdet. Alles Gute. Viel Glück auch weiterhin und viel Freude. Jenen, die in die Maturaebene schon sozusagen einschwingen, wünsche ich natürlich viel Kraft beim Durchdringen dieser wichtigen Lebenshürde.

Alles Gute und herzlichen Dank. *(Allgemeiner Beifall – 12.38 Uhr)*

Präsident: Ich danke allen für ihre engagierten Wortmeldungen. Es wurde in der Vorbereitung und auch gestern euch so mitgeteilt und vereinbart, dass die Abgeordneten, die vom Landtag Steiermark von den Fraktionen nominiert wurden, ebenfalls – und sie haben sich darauf geeinigt – am Ende der Diskussion der Jugendlichen Wortmeldungen abgeben können. Ich werde jetzt die Fraktionen und Klubs und die Abgeordneten nach der Größe der Fraktion von der kleinsten bis zur größten aufrufen. Die Abgeordneten haben ebenfalls 3 Minuten Redezeit. Ich ersuche, die Redezeit so einzuhalten. Die jungen Abgeordneten haben das hervorragend vorgelebt und ich bin überzeugt, dass die durch eine Wahl gewählten Abgeordneten dem nicht nachstehen wollen.

Als Erste darf ich aufrufen die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort. Sie ist von der Fraktion der Grünen hier im Landtag. *(Allgemeiner Beifall)*

LTAbg. Mag. Zitz (12.39 Uhr): Allerseits guten Tag!

Ich möchte zu einigen Punkten etwas sagen. Ich fange einmal mit dem Thema Sucht an. Es gibt Menschen, die nach der Politik „süchtig“ sind. Für mich ist Politik die Möglichkeit, eigene Positionen sehr leidenschaftlich zu vertreten. Ich habe hier einige Haltungen und Positionen gehört, die ich überhaupt nicht teile. Trotzdem habe ich sie mir mitgeschrieben, weil ich diese Argumente einfach auch kennen lernen möchte. Zum Thema Sucht insgesamt: Für mich als „Grüne“ ist es interessant, warum Menschen süchtig werden – nach Nikotin, nach Kokain.

Das ist derzeit eine Substanz, die stark zunimmt, weil Leute einfach leistungsfähig sein müssen und dazu auch so „perverse“ Aufputzmittel wie Kokain verwenden. Und für mich ist die Frage, wenn jemand süchtig ist, wie kann man die Person unterstützen, da wieder raus zukommen. Und da hilft meistens weder der erhobene pädagogische Zeigefinger noch das Kriminalisieren, sondern da braucht es ganz handfeste Angebote im Bereich Wohnen, im Bereich soziale Integration und im Bereich Arbeitsmarkt. *(Beifall)*

Zum Thema „Bettelverbot“ brauche ich nicht lange erklären, wie die Grünen dazu stehen. Für uns sind Menschenrechte ein großes Anliegen. Meine Position haben einige von den Vorrednerinnen vorher

sehr gut zusammengefasst. Österreich ist das siebenreichste Land der Welt und ich wünsche mir ein politisches und gesellschaftliches System, wo niemand am Boden sitzen und betteln muss. *(Beifall)*

Ich persönlich habe mich von Bettlern noch nie belästigt gefühlt. Wenn mich jemand belästigen würde, dann würde ich mich dort genau so zur Wehr setzen, wie wenn ich mich durch betrunkene, schlagende Burschenschafter belästigt fühle *(Beifall)*, mit denen ich in den Monaten zwischen November und Februar immer wieder Bekanntschaft machen durfte.

Eine Bemerkung noch zur Wahlaltersenkung. Es ist ein strittiges Thema, jetzt strittiger als vor drei oder vier Jahren, das nehme ich wahr, obwohl die Grünen ganz klar für eine Wahlaltersenkung auf 16 sind. Gestern haben wir bei diesen so genannten „Lümmeltischen“ verschiedene Themen zugespielt bekommen, unter anderem das Thema „Soziale Bewegungen in Lateinamerika, in Südamerika“. Und ich denke mir, wenn junge Leute im Alter von 14, 15, 16 Jahren sich mit globalisierungskritischen Themen auseinandersetzen, dann habe ich die Vermutung, dass für diese Leute kommunale Politik genauso interessant sein kann wie Bundespolitik, wie auch Landespolitik. *(Beifall)*

Es ist hart aber realistisch, dass es 16-jährige Hilfsarbeiter gibt, die ein vertragliches Verhältnis nicht mit ihrem Lehrherrn oder ihrer Lehrfrau haben, sondern mit einem „normalen“ Arbeitgeber. Und wenn man diesen jungen Leuten zumutet, voll in einem teilweise ziemlich mühsamen Erwerbsarbeitsleben zu stehen und Steuern zu zahlen, die ihre Ausbildung finanzieren oder die ein politisches Setting wie dieses finanzieren, dann denke ich, wäre es für diese Leute auch zumutbar, wählen zu gehen. Wobei das, was ich sehr kritisch sehe, ist, dass wir bei bestimmten Wahlen eine ganz, ganz miserable Wahlbeteiligung haben. Zum Beispiel bei der EU-Europawahl – und das ist für mich ein politischer Auftrag an alle politischen Parteien und ideologischen Haltungen.

Kurz noch zum Bereich „Arbeit“, der angesprochen worden ist. Von Seiten der Grünen habe ich es sehr gut gefunden, dass auch Themen wie Mobbing oder Anti-Mobbing-Arbeit von einer Kollegin angesprochen wurden. Fakt ist einfach, dass es am Arbeitsmarkt teilweise brutalen Druck gibt auf die verwundbarsten Leute in dieser Kette und das sind ganz junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und auch ältere aus Sicht der Grünen, das ergibt einen Antidiskriminierungszusammenhang. Ich wünsche mir, um jetzt meine drei Minuten einzuhalten, einfach einen Jugend- und auch Altersverträglichkeits-Check in allen Politikbereichen, von der Verkehrs- über die Agrarpolitik bis zur Verfassungspolitik bzw. auch zur Arbeitsmarkt- und zur Sozialpolitik.

Dankeschön für den Austausch! *(Beifall – 12.43 Uhr)*

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten Edith Zitz für ihre Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler. Sie gehört der Fraktion der KPÖ an und ist dort Jugendsprecherin. *(Beifall)*

LTabg. Klimt-Weithaler (12.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Jungabgeordnete, Besucher und Besucherinnen, sehr geehrte Kolleginnen, Kollegen und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen!

Ich habe den gestrigen Tag, den ich hier verbracht habe mit euch/mit Ihnen zum Teil hochkonstruktiv empfunden. Es wurde in den verschiedenen Ausschüssen sehr intensiv gearbeitet und es hat eben gezeigt, dass diejenigen, die hier sind, ein großes Interesse an Politik mitbringen. Ich habe in meiner Einleitung gestern einiges über Partizipation gesprochen und über Verantwortung und dass diese Verantwortung, die ihr/Sie jetzt übernommen habt, nicht bei euch bleiben darf, sondern an uns Politiker und Politikerinnen zurückgegeben werden muss und wir müssen damit auch etwas machen. Ich habe der jetzigen Debatte sehr aufmerksam zugehört und kann durchaus nicht bei allen Punkten, zu denen ich gerne etwas sagen möchte, Stellung nehmen. Dazu werden die drei Minuten nicht reichen. Ich habe ein paar Punkte herausgenommen und möchte beim – jetzt chronologisch – ersten Ausschuss beginnen „Jugend und Bildung“.

Es ist mein großes Anliegen, noch einmal zu dem Punkt „Studiengebühren“ noch etwas zu sagen. Bildung ist ein Menschenrecht und Bildung beginnt nicht mit dem Eintritt in die Schule, mit der Schulpflicht. Bildung beginnt vorher schon. Da reden wir von dem außerschulischen Bereich. *(Beifall)* Und Bildung ist etwas, das uns lebenslang begleitet. Wir sind für einen freien Zugang zu jeglicher Art von Bildung. Wenn es nach der KPÖ geht, dann möchten wir gerne, dass es von der Kinderkrippe bis zum Hochschulstudium für niemanden eine Gebühr oder einen Betrag gibt, den er oder sie zahlen muss. *(Beifall)*

Die Einführung der Studiengebühren hat uns nämlich nicht bewiesen, dass die Hörsäle leerer werden und die Studienplätze mehr werden. Und um jetzt gleich auf die darauf folgende Frage, wie soll man das alles finanzieren, zu kommen, es geht um eine generelle Umverteilung nicht nur in unserem Land Steiermark sondern auch in unserem Land Österreich. Es gibt genug Geld, es ist genug da, wenn es gerecht und sozial gerecht verteilt wird, dann braucht es solche Gebühren und Beiträge nicht. Eine Kollegin hat vorher irgendwo erwähnt, ich glaube, das waren Sie, dass die Einführung der Studiengebühren ein Rückschritt ist. Und das sehe ich auch so. Ich war Ihnen sehr dankbar für diese Wortmeldung. *(Beifall)*

Zum Thema, dass jene Gebühren zahlen könnten, dass jene als Studierende Beiträge zahlen sollen, weil sie ja später höhere Einkommen haben, möchte ich nur noch einmal auf eine sehr hohe Arbeitslosenrate auch bei Akademikern und Akademikerinnen hinweisen. Und Studierende sind nicht nur jene, die von der Schule kommen und vom Elternhaus bis zu einem gewissen Grad noch unterstützt werden. Studierende sind auch zum Beispiel Alleinerzieherinnen mit Kind oder ältere Menschen oder Berufstätige, die nebenbei ein Studium machen.

Zur Gesamtschule und Ganztagschule noch. Für mich haben sich die Begriffe oft vermischt. Ich möchte auch noch einmal dazu sagen und bei der Landesrätin Dr. Vollath anschließen, man darf nicht

vergessen, wie die Realität aussieht. Es ist nicht mehr so, dass der Mann arbeiten geht und die Frau zu Hause sitzt und wartet, bis die Kinder zum Essen kommen. Unsere Lebensrealität hat sich verändert. Es gibt nicht mehr typische Familien im Sinne von Vater, Mutter, Kind. Es gibt verschiedenste Familienformen, es gibt Patchwork-Familien und es haben alle auch das Recht, berufstätig zu sein und dieser gesellschaftlichen Änderung muss man sich auch anpassen. *(Beifall)*

Abschließend noch ganz kurz zum Thema, weil ich da praktisch indirekt angesprochen worden bin, mit den Konsumräumen, das war da vorne irgendwo, von der kommunistischen Gesundheitsstadträtin. Das ist keine Idee, die sie sich persönlich ausgedacht hat. Es gibt in unserem Land, sowohl im Land Steiermark als auch in der Stadt Graz, viele Experten und Expertinnen, die sich mit dem Thema Sucht und Missbrauch auseinandersetzen. Sucht ist eine Krankheit. Die Menschen, die süchtig sind, sollen nicht irgendwo eingesperrt werden, sondern behandelt werden. Solche Konsumräume, das wurde von Suchtexperten und –expertinnen sozusagen auch erarbeitet, wären eine Hilfe dahingehend. Darum ist es auch ein wichtiges Anliegen. Und so weit ich weiß, sind das Leute, die sich jetzt zum Beispiel auch in der ÖVP sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen, nicht gegen solche Konsumräume und halten das auch für wertvoll und sinnvoll. *(Beifall)*

Zum Schluss möchte ich mich einfach noch für die Mitarbeit bedanken. Für mich waren manche Wortmeldungen so, dass ich mir gedacht habe, zum Glück sitzt hier nicht wirklich die ganze Jugend der Steiermark, ich hätte da bei manchen Wortmeldungen großes Bauchweh. *(Beifall)*

Im Großen und Ganzen danke ich aber euch/Ihnen für die Mitarbeit und für die Aufmerksamkeit. Dankeschön! *(Beifall – 12.49 Uhr)*

Präsident: Ich danke! Als Nächste zu Wort gemeldet von der steirischen Volkspartei ist die Frau Abgeordnete Elisabeth Leitner. Ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Leitner (12.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Jugendabgeordnete!

Ich freue mich wirklich, dass Sie sich für Politik interessieren, dass Sie kräftig diskutieren und Ihre Meinung äußern. Politik ist der ständige Versuch etwas zum Besseren zu wenden und es ist unser gemeinsames Anliegen. Politische Bildung ist daher wichtig und Bildung ist ganz einfach die wichtigste Grundlage für eine gute Zukunft und sollte zur Verwirklichung individueller Lebens- und Berufsziele auch dienen. Vor allem auch soll Bildung zu Toleranz führen. Wir haben sehr viel über Ausbildung diskutiert und vor allem möchte ich aus diesem Grund auch noch schlagwortartig ergänzen bzw. bestätigen: Wichtig ist die Vielfalt, die Wahlfreiheit, die Durchlässigkeit und vor allem die Freiwilligkeit. Damit für die unterschiedlichsten Begabungen die Möglichkeiten, aber vor allem die Chancen offen sind. Weiterbildung ist daher enorm wichtig. Für jene, die im Beruf stehen wichtig, für jene, die die Chancen nachher erst wahrnehmen und vor allem brauchen wir Aufbaulehrgänge,

Berufsmatura. All diese Modelle, die jetzt bereits installiert sind, sind sehr notwendig und die müssen wir verstärken. Zur Ganztagschule, selbstverständlich brauchen wir dieses Angebot der Ganztagschule. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, alles wurde genannt – aber bitte auf freiwilliger Basis und das möchte ich wirklich unterstreichen. Freiwilligkeit noch einmal genannt in allen Bereichen. *(Beifall)* Wir brauchen vor allem Pädagogen, die auf dem neuesten Stand der Pädagogik sind. Ich bin sehr froh über die Pädagogischen Hochschulen. Hier ist viel Inhalt gegeben, vor allem auch die Qualitätssicherung in Zukunft. Nun, Fremdsprachenförderung wurde genannt, enorm wichtig. Gesunde Jause, Lehrlingsverbände, Jugendarbeitsstiftung, Integration, all das muss noch ausgeweitet werden. Oft wurde genannt, Bildung muss für jeden zugänglich sein, jede Art von Bildung. Vollste Unterstützung, selbstverständlich! Aber das hat mit dem Abschaffen der Studiengebühren nichts zu tun. Denn den Studiengebühren stehen Studienbeihilfen, stehen Stipendien gegenüber und mit Studienbeihilfen sollten wir die Qualität erhöhen. Zurzeit, das wissen wir alle, bricht jeder dritte Studierende das Studium ab. Und dafür sollte mehr Qualität herrschen. *(Beifall – 12.43 Uhr)*

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten Leitner. Als Nächster zu Wort gemeldet von der steirischen Volkspartei ist der Edi Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Hamedl (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, vor allem liebe Jungabgeordnete und die Damen und Herren im Zuschauerraum!

Ich möchte mit einem Zitat von Salvador Dali beginnen, der hat gesagt: „Das größte Übel der Jugend besteht darin, dass man nicht mehr dazugehört.“ Ich glaube, das sagt schon sehr, sehr viel. Das heißt, ihr seid die Zukunft und ihr seid die Chancen in unserem Leben. Ich möchte mich für die Wortmeldungen bedanken. Ich denke mir, ihr habt versucht neue Ideen beizubringen, Anregungen zu den verschiedensten Themen gebracht. Ich kann jetzt nicht zu allen Themen Stellung nehmen, obwohl ich es gerne machen würde. Ihr habt aber aufgezeigt, uns Politikern Anregungen gegeben, was wir für die Jugend machen sollten. Das ist für mich eine ganz wichtige Frage. Was tun wir wirklich für die Jugend und was versäumen wir in unserer Zeit? Was ich mir aber erwartet hätte eigentlich von euch, ich hätte mir vielmehr Aufstand und Revolution erwartet. Entschuldigt, dass ich euch das sage, ihr seid mir zu viel angepasst an die Erwachsenen. Viel mehr Revolution. *(Beifall)* Ich darf ein paar Gedanken zum Thema Drogen machen. Ich bin seit 35 Jahren Polizeibeamter, der immer die ganze Tragik miterlebt hat in den unterschiedlichsten Facetten des Lebens. Wir von der Politik sind so oft versucht auf Vorkommnisse immer nur mit Gesetzen und mit strengeren Kontrollen zu antworten. Ich sehe das Thema jetzt sehr, sehr differenziert. Man muss einmal nachdenken. Es werden die bestehenden Gesetze zu wenig kontrolliert und zu wenig eingehalten. Ich bin aber schon sehr, sehr dankbar, dass gesagt worden ist, wir wünschen uns ganz klare Regelungen. Und vor allem Nein zur Freigabe von weichen Drogen. Härtere Strafen für Dealer. *(Beifall)* Aber Hilfe für suchtkranke Menschen – und es

sind kranke Menschen – mehr Therapien. *(Beifall)* Die Kollegin hat auch die Konsumräume angesprochen. Ich wünsche mir keine Konsumräume. Ich wünsche mir Ausstiegsräume. Ausstiegsräume für Suchtkranke. Aber ich bin gerne bereit, oder wir sind gerne bereit über solche Themen zu diskutieren, weil wir alles wollen was dazu beiträgt, Suchtkranken zu helfen. *(Glockenzeichen des Präsidenten)* Jetzt könnte ich noch viel sagen, der Präsident hat schon geläutet. Bei meiner Matura hat mir mein Professor gesagt als Abschied: „Gehe Wege die noch niemand ging, damit du Spuren hinterlässt und nicht nur Staub.“ Das wünsche ich euch auch. Alles Gute. *(Beifall – 12.57 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Jugendsprecher der steirischen Volkspartei, der Abgeordnete Ederer. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Ederer (12.57 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Jugendliche und Jungabgeordnete!

Danke zunächst für die kritische Auseinandersetzung und die aktive Mitarbeit in den letzten beiden Tagen, sich mit Politik auseinanderzusetzen, die jeden betrifft. Einfach mehr zu wissen, aber auch die Erfahrung zu machen, wenn verschiedene Meinungen aufeinanderprallen, auch die Erfahrung zu machen Mehrheiten zu finden, Kompromisse zu schließen. Es ist nicht einfach, aber notwendig. Das ist gelebte Demokratie und die Demokratie – und das möchte ich festhalten – ist das Wertvollste was wir haben. Sie gibt uns Freiheit, sie gibt uns Frieden und das ist für uns und alle Jugendliche ganz, ganz wichtig. Es werden Emotionen wach, aber es ist auch wichtig, die sachliche und fachliche Auseinandersetzung zu suchen und das gegenseitige Akzeptieren. Ich glaube, wir sind hier sehr aufgeschlossen. Wir machen das, aber ich fordere auch Teile aus dem linken Lager auf, hier diese Akzeptanz zu finden, um das Miteinander zu fördern und nicht auseinander zu leben. *(Beifall)* Danke für euer Interesse, für die Teilnahme, für das Engagement. Ihr habt die Unterstützung von mir und von unserer Fraktion, von meiner Fraktion, der steirischen Volkspartei gewiss, dass wir uns für eure Beschlüsse einsetzen. Es sind wichtige Themen dabei. Es sind alle vorgebrachten Themen sehr, sehr wichtig. Ich kann jetzt auf Grund der Redezeit fast nichts rausnehmen.

Aber vielleicht zur Berufsinformation, dass eine breitere Palette an Berufsmöglichkeiten vorgestellt wird, denn es soll ja nicht so sein, dass nur für wenige der Traumberuf Wirklichkeit wird und die Massen in ganz wenigen Berufen drängen. Dass hier mehr passiert. Dass Aktionen wie girls-days, wo Berufe aus dem technischen Bereich auch den Mädchen verstärkt vorgestellt werden usw., beibehalten werden und auch forciert werden. Es geht um die Mitbestimmungsrechte, um mitgestalten und mitreden zu können. Das ist weiter auszubauen. Die Durchführung der Jugendgemeinderäte jährlich in allen Gemeinden ist endlich umzusetzen. Auch die Abhaltung des internationalen Jugendlandtages im nächsten Jahr und der Jugendenquete soll und wird ihres dazu beitragen. *(Glockenzeichen des*

Präsidenten) Die Redezeit habt ihr ja sehr diszipliniert eingehalten. Ich habe gestern am Vormittag, als die Jugendsprecher ihre Rede gehalten haben, viele Themen noch angeschnitten, jetzt ergänzt und verstärkt durch eure vorgebrachten Meinungen. Ich möchte nicht zum Schluss kommen ohne euch vorher das noch zu sagen, egal ob jetzt Lehrling, Schüler oder Student. Alles, alles Gute zu wünschen in eurer Ausbildung. Macht weiter so, behaltet euer Interesse für die Politik. Wir werden ein starker Partner für euch sein. Danke schön. *(Beifall – 13.00 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der Steirischen Volkspartei hier im Landtag, Mag. Christopher Drexler. Ich darf dir das Wort erteilen.

LTabg. Mag. Drexler (13.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Präsidentin, Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das so sagen darf am heutigen Tag! Zuerst eine Vorbemerkung, weil die Kollegin Mag. Zitz so enttäuscht ist, dass ein vierter ÖVP-Mandatar sich zu Wort meldet *(Mag. Zitz: „Im Jugendlandtag. Ja.“)* Naja, ich bin eh noch jung. *(Heiterkeit und Beifall bei den Jugendlandtagsabgeordneten)* Nicht wirklich, sage ich gleich dazu, im Vergleich zumindest zu den heutigen Kolleginnen und Kollegen.

Ich glaube aber, dass es nicht schlecht ist, wenn gerade am Schluss einer solchen Debatte, wo wir sehr viele differenzierte Wortmeldungen gehört haben und einen sehr ernsthaften Zugang der Auseinandersetzung mit wesentlichen politischen Themen erleben durften, dann sehe ich es nicht als Beleidigung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtages, wenn sich auch die tatsächlichen Mandatäre zu Wort melden. Sondern ich sehe es im Sinne eines Dialogs und eines Austausches von Meinungen als außerordentlich sinnvoll. So war es ja auch von Anfang an vereinbart. Herr Präsident, diese Minute der Einleitung musst du mir abziehen, weil das war eigentlich noch nicht zum Thema. *(Präsident: „Ich habe heute schon einmal gesagt, Toleranz ist wichtig.“)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, in aller Kürze zu zwei, drei Punkten Stellung zu nehmen. Zum Ersten, den Dank, den schon der Bernhard Ederer ausgesprochen hat, diesen gilt es zu unterstreichen. Ich bedanke mich für das Engagement, für die Vorbereitung und für die wirklich qualifizierte Debatte am heutigen Vormittag. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsdirektion und der Klubs, dass dies alles in der Vorbereitung so gut stattgefunden hat.

Inhaltlich möchte ich zu zwei Themen Stellung nehmen, die in der Debatte über den Verfassungsausschuss jetzt im Mittelpunkt gestanden sind. Zum einen finde ich es erfreulich, dass sich dieser Jugendlandtag auch mit einer gesellschaftspolitisch sehr sensiblen Frage auseinander gesetzt hat, nämlich mit der Frage eines Bettelverbotes. Ich möchte es mir nicht so einfach machen wie Dr. Kurt Flecker. Auch ich bin der Meinung, dass wir kein Übermaß an Regelungen und Verboten in einer Gesellschaft haben sollten. Insofern muss jedes Verbot in diesem Zusammenhang sehr gut überlegt

und sensibel begründet werden. Ich gehe aber einen Schritt nach vorne. Ich bin der Meinung, dass gerade Kurt Flecker – und da biete ich ihm jede Zusammenarbeit an – an sich als Soziallandesrat oder als Sozial-Landeshauptmannstellvertreter, wie immer man das heute nennt, dafür verantwortlich ist, gemeinsam mit den Fraktionen hier im Hause die Qualität und die Sicherheit unserer sozialen Sicherungssysteme so abzusichern, dass es schlicht nicht notwendig ist, in diesem Land zu betteln. Das muss das Ziel der Politik sein und nicht (*Allgemeiner Beifall*) eine falsch verstandene Liberalität am falschen Ort. Das mache ich mir überhaupt nicht einfach. Bevor wir über ein Bettelverbot sprechen, müssen wir über ein verlässliches Sozialsystem sprechen.

Punkt zwei: Es ist über ein Wählen mit 16 gesprochen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Folgendes sagen: Ich bin sehr froh, dass wir in der letzten Legislaturperiode hier in diesem Haus „Wählen mit 16 für Gemeinderatswahlen“ besprochen und beschlossen haben. Es ist nicht so, wie es hier heute gesagt worden ist, dass mit einem Wählen mit Sechzehn auf Gemeindeebene, zu dem ich mich absolut bekenne, damit gesagt wird, man ist für andere Wahlgänge zu blöd oder zu dumm. Das mit Sicherheit nicht unsere Intention sondern es ist ein Unterschied erstens zwischen der Gemeindeebene und zweitens zwischen einer gesetzgebenden Körperschaft. Ich sage an diesem Ort eines: Wenn wir ab 16 gesetzgebende Körperschaften wählen wollen, dann sehe ich es nicht ein, dass die Geschäftsfähigkeit im täglichen Leben erst mit 18 beginnen soll. Beides ist in einem zu diskutieren. Wer sich ein wenig einer Mühe unterzieht und in alten Schriften, die man möglicherweise über Google gar nicht mehr finden kann, nachliest, dass ich immer für Wählen mit 16 auf allen Ebenen war, aber es muss in einem sinnvollen Zusammenhang beschlossen werden. Ich biete daher an, dass wir – es gibt einen Antrag der Steirischen Volkspartei – überhaupt über die Zukunft unserer Verfassung hier im Lande im Rahmen eines Verfassungskonvents diskutieren, im Rahmen eines Steiermark-Konvents. Ich bin absolut dafür, dass wir Wählen mit 16 auf Landtageebene in diesem Konvent diskutieren und ich glaube, wenn ich mich richtig kenne, dass ich eher am Ende dafür sein werde, dass wir im Rahmen dieses Konventprozesses auch Wählen mit 16 auf Landtageebene verwirklichen. Das wollte ich in inhaltlicher Hinsicht kurz noch anfügen. Ansonsten herzlichen Dank für die Teilnahme und herzlichen Dank für die vielen Wortspenden. (*Allgemeiner Beifall – 13.06 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung. Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Dr. Martina Schröck. Sie gehört den Sozialdemokraten in diesem Haus an und ist eine der jüngsten Abgeordneten hier.

LTAbg. Dr. Schröck (13.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Junges Hohes Haus!

Ich möchte mich am Anfang bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken. Es waren mit Ihnen zwei sehr interessante Tage und ich möchte Ihnen etwas mitgeben.

Ich bin jetzt seit einem Jahr in der „Landstube“ vertreten, bin aber schon seit meinem 16. Lebensjahr politisch aktiv und habe daher doch schon einige Erfahrung. Politikerinnen und Politiker sollten vor allem Ehrlichkeit, Klarheit in der Argumentation und keine widersprüchlichen Aussagen auszeichnen. Ich sage das deswegen, weil heute über das Thema Drogen diskutiert worden ist und es andererseits völlig klar war, dass Bier trinken in Ordnung ist, dass Zigaretten rauchen in Ordnung ist, und dass unter Drogen immer nur die ganzen „bösen“ Drogen fallen. Dass aber jährlich tausende Menschen an Alkohol sterben, das wird völlig ausgeblendet.

(Allgemeiner Beifall. Unverständlicher Zwischenruf)

Ich bedanke mich sehr ehrlich bei Ihnen für Ihre heutigen engagierten Wortmeldungen, über die hitzige Debatte. Wir haben sehr unterschiedliche Themen gehört und ich war wirklich beeindruckt, was für tiefgehende Kenntnisse Sie haben. Welche unterschiedliche Meinungen Sie zu Themen vertreten. Ich möchte Ihnen versprechen, ich werde dafür kämpfen, dass Sie diese Meinung auch im echten Leben umsetzen können, indem ich gemeinsam mit der Steirischen Sozialdemokratie ganz hart für die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre auf allen Ebenen kämpfen werde.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihr Kommen. *(Allgemeiner Beifall – 13.08 Uhr)*

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hannes Schwarz. Er ist der Jugendsprecher bei den Sozialdemokraten hier im Haus.

LTabg. Schwarz (13.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Präsidentin, Herr Landesrat! Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtages Steiermark!

Ich möchte inhaltlich gar nicht mehr so viel sprechen, weil schon so vieles gesagt worden ist und weil die Mitglieder der Landesregierung von der Sozialdemokratie und der Herr Landesrat aus der Sicht der Sozialdemokratie schon sehr viel gesagt haben. Ich habe gestern davon gesprochen, dass Sie, dass ihr in diesen zwei Tagen einen gewissen Einblick in die Arbeit des Landtages gewinnen könnt. Das ist, glaube ich, sehr gut gelungen. Ihr habt Ausschussarbeit geleistet. Ihr habt euch heute an einer Debatte beteiligt und so denke ich, dass ihr auch herausgefunden habt, es ist wichtig als Abgeordnete zu beachten, man hat Rechte.

Man hat das Recht sich zu etwas zu äußern, man hat das Recht für etwas zu stimmen. Man hat aber auch Pflicht und Verantwortung; nämlich darüber nachzudenken, was bedeutet es für die Menschen in diesem Land, wenn ich so oder so stimme. Was bedeutet es für die Menschen im sozialen Bereich, im Bildungsbereich, wenn ich mich in die eine oder andere Richtung entscheide, wenn ich das eine oder andere Gesetz mit beschließe. So denke ich, dass es Aufgabe von einem Abgeordneten ist, nicht nur an seine eigene Situation zu denken, sondern auch an die Situation wie es bei euch ist, bei den vielen steirischen Jugendlichen in unserem Land.

So denke ich, dass Abgeordnete auch die Aufgabe haben, sozial zu denken, an die soziale Gerechtigkeit zu denken. Deshalb denke ich, man kann nicht einfach so sagen, für einen persönlich sind Studiengebühren kein Problem, sondern man muss daran denken, dass für den einen oder anderen – ich meine für viele – an diesen Studiengebühren der Grund liegt, dass sie sich ein Studium nicht finanzieren können. *(Beifall)*

Wenn man als Abgeordneter seine soziale Verantwortung für das Land wahrnimmt, muss man auch bedenken, was es bedeutet, Menschen das Betteln zu verbieten. Ich habe in dieser Debatte heute sehr vieles gehört, warum man es verbieten sollte. Ich habe aber sehr wenig darüber gehört, wie man verhindern kann, dass Menschen in diesem Land gezwungen sind, auf die Straße zu gehen und sich ihr tägliches Brot zu erbetteln. Ich denke, darüber sollte man mit sozialem Gewissen nachdenken. *(Beifall)*

Und ich denke, wenn man seine demokratiepolitische Verantwortung als Abgeordneter wahrnimmt, darf man auch nicht so leichtfertig verschiedene Gruppen unseres Landes vom Wahlrecht ausschließen. Ich denke – und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das bereits erwähnt und dafür bin ich ihm sehr dankbar, dass es nicht von Mehrheiten in einem Land abhängen kann, ob die eine oder andere Gruppe in diesem Land wählen kann, sondern dass es das Recht eines jeden Menschen, ob er 16, 17, 18 oder 95 Jahre alt, ob er geistig in der Lage ist, seine Entscheidung voll zu hinterfragen, ob er politisch gebildet ist oder nicht, ob er jeden Tag die Zeitung liest oder nicht, dass es das Menschenrecht eines jeden in diesem Land ist, sich demokratisch zu betätigen und vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das kann die Mehrheit nicht entscheiden. *(Beifall)*

Und so denke ich, dass das Wichtigste, was ein Abgeordneter zunächst lernen sollte, Respekt und Toleranz vor der Meinung eines anderen ist. Und ich bin sehr dankbar, dass es hier sehr viele Debattenbeiträge gegeben hat. Ich bitte schon eines, wenn hier Kolleginnen und Kollegen aus dem Jugendlandtag sich hier zu Wort melden, die vielleicht nicht so geübt sind in der Debatte, die vielleicht nicht jeden Tag vor einer großen Anzahl von Menschen sprechen, dass man denen den Respekt entgegenbringt, wenn sie sich ihre Reden halt aufschreiben müssen und diesen Respekt auch ihrer inhaltlichen Anschauung entgegenbringt. Ich glaube, wir haben einen Landtag gemacht, damit alle steirischen Jugendlichen sich hier beteiligen können und ich bin sehr froh darüber, wenn sich Jugendliche beteiligen, die nicht im alltäglichen politischen Geschehen sind, sondern die neu zur Politik dazukommen und ihre Ansichten hier einbringen können. *(Beifall)*

In diesem Sinne möchte ich mich bei allen bedanken, dass sie gekommen sind. Wir werden – und das hat meine Vorrednerin ja bereits erwähnt – Ihre Anregungen, Ihre Anträge im Landtag besprechen, wir werden das nicht unter den Tisch fallen lassen. Ich hoffe, wir werden noch die eine oder andere Debatte, sei es in Zukunft hier, sei es wo auch immer, politisch führen können. In diesem Sinne: Dankeschön! *(Beifall – 13.11 Uhr)*

Präsident: Ich bedanke mich beim Herrn Abgeordneten Schwarz. Bevor ich nun zu den abschließenden Bemerkungen komme und dann zum Buffet einlade, darf ich noch bitten, weil ich meine, dass eine Nachbetrachtung oder Nachbearbeitung dieses Landtages notwendig ist, dass wir nicht beschließen.

So wird jetzt Frau Mag. Jutta Petz, die die Projektleiterin im Landesjugendreferat für diesen Jugendlandtag ist, diesen Landtag nachbetrachten. Ich bitte Sie, Frau Magister.

Mag. Jutta Petz (13.12 Uhr): Danke!

Ich möchte die Chance nützen und mich bei den Damen bedanken, die mitschreiben, es war sicher heute nicht leicht. *(Beifall)*

Das Protokoll der heutigen Sitzung und das Bild, das in der Früh gemacht worden ist, werden euch allen nach Hause zugeschickt. Das Organisationsteam ist bemüht, mit den Jugendsprecherinnen an der Aufarbeitung des heutigen Tages zu arbeiten. Eine Nachbereitungssitzung ist Anfang nächsten Jahres geplant, zu der ihr alle dann eingeladen werdet. Als Angebot für alle bietet das Landesjugendreferat auch jetzt schon Seminare zu den Themen „Deeskalation und Gruppendruck“, „Achtung für alle“, „Chancengleichheit, Toleranz und Solidarität“.

Der Kinder- und Jugendanwalt ist ebenfalls Ansprechpartner, heute anwesend und immer für Menschenrechte und Jugendthemen da. Danke! *(Beifall – 13.13 Uhr)*

Präsident: Es ist immer gut, wenn man jemand hat, der einen aufmerksam macht. Es gibt eine Einigung der Ausschussvorsitzenden, dass einer von Ihnen abschließende Bemerkungen macht.

Ich bitte darum, das ist der Herr Jungabgeordnete Jeitler. *(Beifall)*

Stefan Jeitler (13.14 Uhr): Okay, es kommt doch noch zu einer letzten Wortmeldung von mir.

Wie gesagt, wie der Herr Präsident richtig sagt, der Sascha, der Felix und ich haben uns darauf geeinigt, dass ich eben noch am Schluss für uns – ich hoffe, ich spreche für alle Abgeordneten und auch Ersatzmitglieder – das Wort ergreifen darf und mich bei einigen Leuten ganz, ganz recht herzlich und anständig bedanken darf.

Ich glaube, die Möglichkeit zu haben, dass wir heute da sitzen und die steirische Jugend repräsentativ vertreten können, haben wir vielen zu verdanken. Anfangen möchte ich bei Ihnen, Herr Präsident. Auch wenn ich anmerken möchte, dass es vielleicht für uns schwer verständlich war, dass Sie ein paar Mal den bösen Präsidenten spielen mussten, aber danke vielmals für die sehr geordnete und wunderbare Leitung dieses Jugendlandtages. Danke vielmals! *(Beifall)*

Was mir ganz besonders aufgefallen ist, ist, wenn Landesregierungsmitglieder – ich habe es besonders am Schluss beim Herrn Landesrat Seitinger erkannt – gesprochen haben, haben alle aufmerksam zugehört und haben großteils ein Lächeln auf den Lippen gehabt. Deswegen sehe ich es als ganz große Ehre, dass die Landesregierungsmitglieder sich Zeit genommen haben, den Vormittag zumindest immer in einer Person bei uns zu verbringen. Danke vielmals der steirischen Landesregierung. *(Beifall)*

Natürlich wäre die steirische Politik nichts, hätten wir nicht die steirischen Landtagsabgeordneten, die uns heute auch sehr zahlreich die Ehre erwiesen und unseren Worten, die wir herangetragen haben an die steirische Politik, sehr aufmerksam gelauscht haben. Danke vielmals! *(Beifall)*

Aber nur das Zusammentreffen von Landtagspräsidium, Landesräten und Abgeordneten wäre nicht genug gewesen, um einen Jugendlandtag zu veranstalten. Ich glaube, es ist ganz notwendig, an diesem Punkt erstens einmal Mag. Jutta Petz zu danken – Jutta *(Beifall)* – und zwar das mit einem ganz, ganz großem Applaus. Weil die Zeit, die Jutta mit ihrem Team in das investiert, was heute zustande gekommen ist und was auch gestern war, habe ich in ein paar Teilbereichen mitbekommen dürfen. Ich habe es gestern Abend noch gezählt, es waren 14 Emails, die allein zwischen Landesschülervertretung und Landesjugendreferat hin- und hergegangen sind, um Adressen abklären zu können. Man muss sich vorstellen, alle steirischen Jugendlichen erreichen zu wollen, um wirklich jedem die Möglichkeit zu geben, hier seine Worte an den Landtag richten zu können, ist eine riesengroße Aufgabe. Und in meinen Augen war sie fehlerfrei, perfekt und einfach – ich finde keine Worte für wie genial und wie toll die Organisation da abgelaufen ist. Danke, danke, Jutta! *(Tosender Beifall)*

Und zu guter Letzt darf ich mich im Namen der drei Ausschussvorsitzenden für die Super-Zusammenarbeit innerhalb der Ausschüsse ohne größere Zwischenfälle für die Mitarbeit von euch und uns allen recht herzlich bedanken. Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, glaube ich, war doch das große Bild, was der Jugendlandtag gebracht hat, ein Vorbild teilweise für die Erwachsenenpolitik. Von Zwischenrufen und Untergriffen, die in der alltäglichen Politik vielleicht schon Usus sind, waren wir Gott sei Dank weit entfernt. Und vielleicht kann die Politik in diesem Punkt ein kleines Auge auf den Jugendlandtag werfen und nicht nur auf die Vorschläge, die der Jugendlandtag unterbreiten hat dürfen, hören, sondern auch sich an dem ein Beispiel nehmen. Danke vielmals noch an die besagten Leute. *(Beifall – 13.16 Uhr)*

Präsident: Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine Damen und Herren Abgeordneten, aber vor allem meine Damen und Herren jugendliche Abgeordnete!

Ich hoffe und ich habe gespürt, dass heute hier Menschen diskutiert haben, die sich tatsächlich mit Politik sehr intensiv auseinandersetzen, dass Sie sich mit einer Selbstverständlichkeit und mit einer Souveränität zu Wort gemeldet haben, und dass Sie vor allem eines bewiesen haben: Es stimmt nicht, dass es keine Jugendlichen gibt, die sich für Politik interessieren.

Das Schlimmste, meine Damen und Herren, was uns passieren könnte, ist, dass sich junge Menschen nicht mehr für Demokratie interessieren, dass sich junge Menschen nicht mehr interessieren und dafür eintreten, dass gewählt werden kann, man wählen muss und darf. Das wäre etwas, das in eine Entwicklung gehen würde, es würde hier ein Zustand eintreten, den wir uns alle nicht wünschen. Ich danke Ihnen daher stellvertretend für alle Jugendlichen in diesem Land. Wir haben 45 Wortmeldungen gehabt. Das bedeutet, dass Sie etwas zu sagen gehabt haben. Bedeutet, dass Sie Mitteilungen an die Politik, die hier im Land gewählt wurde und hier vertreten ist, gemacht haben. Dass Sie sich mit Themen auseinandergesetzt haben, die der heutigen Politik durchaus auch große Probleme machen. Mit Themen, die man nicht in einer Debatte allein, die man nicht einfach mit Beschlüssen lösen kann, weil es gravierende Probleme sind. Weil es Probleme sind, bei denen Aufklärung wichtiger ist als Bestrafung. Und daher meine ich, dass gerade Sie als junge Menschen - weil junge auf jüngere eher als auf ältere Menschen hören, das ist eine ganz natürliche Sache und war auch bei uns so - und daher bitte ich, euch auch dafür einzutreten, dass die Frage der Drogen, des Alkohols, die Frage der Arbeitslosigkeit, dass Sie sich mit den Betroffenen auseinandersetzen und sie motivieren, damit sie wiederum auf diesen Weg zurückkehren, wie wir uns das wünschen würden. Aber anordnen kann man das nicht. Ich bedanke mich auch, dass es 7 Wortmeldungen von Regierungsmitgliedern gegeben hat. Sie haben damit bewiesen, dass sie auf Ihre Anliegen und Argumente eingehen. Der Herr Abgeordnete Schwarz und andere haben gemeint, jawohl, wir werden in den Ausschüssen hier im Hohen Haus und im Landtag über diese Themen diskutieren. Weil Ihre Probleme, die heute aufgezeigt wurden, sind auch die Probleme der Abgeordneten und Regierungsmitglieder in diesem Haus. Wichtig ist nur, dass den Betroffenen immer wieder die Dringlichkeit vor Augen geführt wird. Und ich bedanke mich auch, das wurde so vereinbart, dass die Abgeordneten, die heute hier den ganzen Tag anwesend waren, ihre Meinung dazu gesagt haben. Denn nicht nur, dass wir von Ihnen wissen wollen wo der Schuh drückt, Sie haben auch ein Recht darauf, wenn Sie sich zwei Tage hierher begeben in dieses Hohe Haus, dass Sie auch die Meinungen der Fraktionen in diesem Haus hören können. Dass Sie sich auch ein bisschen orientieren könnt und dass auch an diese Abgeordneten herantreten, um Ihre Meinungen, wenn Sie nicht einverstanden sind, mitzuteilen. Das ist gelebte Demokratie. Viele unserer Vorfahren haben dafür gekämpft und wir sollten das auch jeden Tag tun, damit keine Kräfte, wo immer sie herkommen, diese wichtige Regierungsform - die Demokratie - gefährden. Irgendjemand hat einmal wer gesagt: „Sie ist die Schlechteste, aber es gibt keine Bessere.“

Das wurde gestern auch von unserem Landtagsdirektor gesagt, dem ich danke, dass er heute die ganze Zeit anwesend war, gesagt. Die Demokratie ist eben eine schwierige Aufgabe. Die Demokratie braucht auch Zeit. In der Demokratie muss man auch Debatten zulassen und wichtig ist, dass Sie als junge Menschen und auch die Politiker, die das auch nicht alle tun - das ist schon richtig -, wichtig ist, dass wir die Meinung des anderen akzeptieren, solange sie sich auf demokratischem Boden bewegt. Das ist eine ganz wichtige Sache im Leben. Nicht nur in der Familie, nicht nur hier im Landtag, sondern das

wird Sie das ganze Leben hindurch, auch im Beruf, begleiten, dass das Zuhören und die Meinung anderer aufzunehmen und auf sie einzugehen, ein wichtiger Faktor ist, wenn wir ein Miteinander, ein Zusammenleben haben wollen, das uns in Harmonie, in sozialer Sicherheit in diesem Lande zusammenführt.

Meine Damen und Herren, ich darf auch Worte des Dankes sagen. Vorher möchte ich noch Folgendes sagen, damit Sie wissen, dass wir die Jugendarbeit ernst nehmen.

Wir haben in der Sitzung, Dienstag vor einer Woche, hier im Landtag beschlossen, dass wir hier am 2. und 3. Mai im nächsten Jahr einen internationalen Jugendlandtag durchführen werden. Zu diesem werden wir Jugendliche aus den Nachbarländern Kroatien, Slowenien, Ungarn, Serbien und anderen einladen. In einem Workshop wie bei Ihnen gestern, werden sie sich einen oder eineinhalb Tage vorbereiten und es werden in diesem Landtag – erstmals überhaupt in der Geschichte – Jugendliche unserer Nachbarländer zu Wort kommen. Weil ich meine, dass die Probleme auch in anderen Ländern, denen es nicht so gut geht wie uns, auch dieselben oder ähnliche sind wie bei uns und wir sollten das hier auch ausdrücken. Wir werden auch die Europaparlamentarier hierher einladen, dass sie auch Stellung beziehen. Denn Jugendarbeitslosigkeit, Drogen, Alkohol – all diese Probleme – sind nicht Probleme, die an der Grenze halt machen. Daher wird der Landtag Steiermark nächstes Jahr – und das war einstimmig – den internationalen Jugendlandtag fortführen oder erstmals durchführen und wenn er so gut läuft wie dieser, werden wir selbstverständlich diesen internationalen Jugendlandtag mit unseren Jugendlichen wiederum durchführen.

Ich bedanke mich ganz herzlich beim stenografischen Dienst. Sie haben ja nicht nur heute die Freude hier mitzuschreiben und zwar alles, jeden Zwischenruf, jedes Wort mitzuschreiben, sie haben das auch bei Landtagssitzungen und da gibt es halt auch immer mehr Freude oder weniger. Letztendlich schaffen Sie es immer wieder, jedes Wort, das hier gesprochen wird, zu Papier zu bringen. Dafür sollten wir uns herzlichst bedanken. *(Beifall)*

Wir werden in den nächsten Tagen, Anfang Dezember, eine DVD vorstellen, die wir in diesem Jahr anfertigen ließen. Diese heißt „Unser Landtag Steiermark“, beschäftigt sich mit der Landtagsarbeit, mit der Geschichte, mit dem Land Steiermark. Wir haben diese DVD gemeinsam mit dem Landesschulrat gestaltet, weil wir wollen, dass sie für Unterrichtszwecke in politischer Bildung, im Geschichtsunterricht verwendet wird. *(Beifall)* Ich habe darauf Wert gelegt, dass diese DVD jeder Schule in der Steiermark bis zur Maturareife kostenlos zur Verfügung gestellt wird und im Unterricht verwendet werden soll. Wenn die Schülerinnen und Schüler wollen, sind sie in weiterer Folge herzlichst eingeladen, hier in diesem Haus sich das alles anzuschauen und mit dem Präsidenten oder anderen Politikern zu diskutieren. Ich habe dann noch dazu gesagt, „so buche ich meinen Präsidenten“. Selbstverständlich kommen wir auch in die Schulen, um vor Ort über den Landtag, über dieses Parlament zu diskutieren. Ich bitte Sie dafür zu werben, damit reichlich von dieser DVD Gebrauch gemacht wird.

Ich bedanke mich noch einmal bei Frau Mag. Petz vom Landesjugendreferat. Sie hat das hervorragend gemacht. Dr. Weiss war der Projektleiter der Landtagsdirektion. Ich bedanke mich bei ihm. Er hat das auch hervorragend vorbereitet. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsdirektion und im Jugendreferat. Ohne ihre Arbeit und ohne ihre Vorbereitung würden wir heute nicht hier sitzen.

In diesem Sinne darf ich noch auf das Zitat eingehen, ich musste böse sein. Der Präsident ist nie böse. Er hält nur die Geschäftsordnung ein, denn sonst fragt ihn ein anderer, warum er diese nicht einhält. Böse Menschen sind keine guten Menschen und nach dem ich mich zu den guten zähle, bin ich nicht böse.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen fürs Kommen, für Ihr Engagement. Behalten Sie sich das bei. Ich schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 13:30 Uhr